



31. Jahrgang · 2004 · Heft 4

Franz Steiner Verlag

Vierteljahresschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst



Schwerpunkt:

Stadt am Fluss – Stadt und Wasser

Herausgegeben von August Gebessler



Die alte Stadt

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr. AUGUST
GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED MÖNCH (Bespre-
chungen).

Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für
Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE,
Universität Göttingen, Geographisches Institut –
Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbe-
reich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Uni-
versität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen –
Dr. HELMUT HERBST, Galerie der Stadt Waiblingen –
Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städte-
bau-Institut – Prof. Dr. RAINER JOOSS, PH Schwäbisch
Gmünd, Historisches Seminar – Prof. Dr. URSULA VON
PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtpla-
nung – VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum Ham-
burg – Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof.
Dr. DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of
Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER
SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Insti-
tut.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungs-
exemplare werden an die Redaktionsadresse
erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726
Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N.,
Tel.: (0711) 3512 3242,
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglie-
derschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeits-
gemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 76,- Einzelheft EUR 19,-,
jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für
Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen
Studienbescheinigung EUR 57,- zzgl. Versandkosten.
Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet

bestellt, zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündi-
gungen des Abonnements können nur zum Ablauf
eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15.
November des laufenden Jahres beim Verlag
eingegangen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH,
Sitz Stuttgart
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach
101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de

Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne
Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen
Publikationen veröffentlicht werden. Mit der
Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor
dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die
Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlos-
sen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung
elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in
Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfälti-
gung und Verbreitung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser Zeit-
schrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert
oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache
übertragen werden.

Druck: Printservice Decker & Bokor, München

© 2004 Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



Stadt am Fluss – Stadt und Wasser

Herausgegeben von August Gebeßler

Abhandlungen

AUGUST GEBESSLER, Editorial	239
JÖRG SCHLAICH, Brückenbau und Baukultur	241
KLAUS GREWE, Die Eifelwasserleitung nach Köln. Vom römischen Aquädukt zum Steinbruch für romanische Bauten	247
HARTMUT FISCHER, Denkmalzone Mainzer Rheinufer. Nutzungswandel und Zielvorstellungen	259
SIEGFRIED HOCHÉ, Brückenschläge in Görlitz. Der Fluss als territoriale Schranke	273
WERNER KONOLD, Wasser als Lebensgrundlage der Stadt	282
OLIVER KAISER / ISO HIMMELSBACH, Projekt »StadtGewässer«. Bewertung und Entwicklung urbaner Fließgewässer unter Berücksichtigung soziokultureller und städtebaulicher Aspekte	297
Autoren	316

Besprechungen

RICHARD BAUER, Geschichte Münchens (<i>Wilhelm Ribbhegge</i>)	317
MARTIN SCHIEBER, Nürnberg. Eine illustrierte Geschichte der Stadt (<i>Wilhelm Ribbhegge</i>)	317
JOHANN DORNER, Herzogin Hedwig und ihr Hofstaat. Das Alltagsleben auf der Burg Burghausen (<i>Michael Kaiser</i>)	319
BARBARA ROMMÉ, Das Königreich der Täufer (<i>Daniel Kirn</i>)	320
WERNER ZAPOTETZKY, Karlstadt im Dreißigjährigen Krieg (<i>Max Plassmann</i>)	321
JOACHIM EIBACH, Frankfurter Verhöre. Städtische Lebenswelten und Kriminalität im 18. Jahrhundert (<i>Michael Kaiser</i>)	322
CHRISTOPH CORNELISSEN / STEFAN FISCH / ANNETTE MAAS, Grenzstadt Straßburg (<i>Daniel Kirn</i>)	324

HORST HECKER, 100 Jahre Strom in Frankenberg (<i>Martin Burkhardt</i>)	325
JÖRG ENGELBRECHT / CLEMENS VON LOOZ-CORSWAREM, Krieg und Frieden in Düsseldorf (<i>Max Plassmann</i>)	326
KIRSTEN BAUMANN / ROLF SACHSSE, Moderne Grüße. Fotografierte Architektur auf Ansichtskarten 1919-1939 (<i>Winfried Mönch</i>)	327
ADELHEID VON SALDERN (Hrsg.), Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsen- tationen in DDR-Städten Grüße. Fotografierte Architektur auf Ansichtskarten 1919-1939 (<i>Andreas Ludwig</i>)	328
Annotationen	330

August Gebeßler

Stadt am Fluss – Stadt und Wasser

Editorial

Das vorliegende Themenheft dieser Zeitschrift bezieht sich auf die Internationale Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“ in Burghausen an der Salzach im Mai 2004.

Den Anstoß, für diese Tagung das Stichwort „Wasser“ zu thematisieren, lieferte uns die Tagungsstadt selbst. Burghausen ist in jeder Hinsicht – im wirtschaftlichen Aufwachen, im schmalen Stadtgrundriss zwischen Burgberg und Salzach und bis hin zur neuen Hochwasser-Schutzmauer – vom Zusammenleben mit dem Wasser, mit dem Fluss geprägt.

Das Wasserthema wurde für diese Tagung allerdings umso mehr aufgegriffen, weil es heute in vielerlei Daseinsfragen und als Handlungsbedarf eine zunehmend wichtige Rolle spielt: Es begegnet uns in der Umweltpolitik, in der Wasserwirtschaft, in der Freizeitgestaltung, im kulturellen Stadtleben – und nicht zuletzt in der Stadtforschung. Wasser findet auch als emotionale Erlebnismöglichkeit mehr denn je Aufmerksamkeit in der Gesellschaft. Viele Städte, so heißt es, hätten ihr Verhältnis zum Wasser neu entdeckt.

Es ist jedenfalls lohnend, im Zuschnitt auf unsere Städte beispielhaft nicht nur die Fülle heutiger Wassermaßnahmen zur Sprache zu bringen, sondern dabei auch die Rolle des Wassers im Stadtleben der Vergangenheit. Menschliche Ansiedlungen haben von jeher immer auch die Nähe zum Wasser gesucht: an Flüssen, an Seen, an einer Furt oder an flussquerenden Landwegen. Der Fluss wurde von Anbeginn städtischer Siedlungen dienstbar gemacht als Transportweg, als Energiespender und als Grundlage früherer Gewerbe- und Handwerksformen.

Die Wasserversorgung und Wasserentsorgung in den Städten ist Jahrhunderte hindurch eine Geschichte schwieriger und intelligent gelöster Bau- und Tiefbauaufgaben, die uns erst durch die neuere Stadtforschung und Stadtarchäologie zugänglich gemacht wurden.

In der letzten Zeit ist im Zusammenleben mit Fluss und Wasser verstärkt ein Wandel und dementsprechend ein Handlungsbedarf zu registrieren. Wir erleben in vielen Städten eine bedachte Rekultivierung all der Bereiche, die mit dem Wasser zusammenhängen – und dabei insbesondere die Renaturierung der früheren Fließgewässer und ganz generell der belebenden und ökologischen Qualität des Naturelementes im Stadtraum bis hin zu künstlich angelegten Wasser-Spielbereichen.

Aber auch die Rolle der Flüsse für das Stadtleben, wie sie sich aus der Nutzung für bestimmte Gewerbe, für Schifffahrt und zuletzt für Industrieanlagen entwickelt

hat, ist heute zugunsten von Freizeitmöglichkeiten, Erlebnisgewinn und ökologischen Maßnahmen einem Wandel unterworfen. Gravierende Veränderungen in der Handelsschifffahrt und im Umschlag der Handelsgüter führen vielfach zu Brachen, ausgedienten Lagerhallen und Speicherbauten und mithin zu stadtpolitischen Fragen einer stadtdienlichen Gelände-Neunutzung.

Hochwasserkatastrophen als auch Trockenheit machen das Wasser stets von neuem als Naturelement bewusst. Dem Jahrhunderte hindurch hingenommenen Risiko Fluss steht vielfach die Diskussion um das (stadttopographische und Stadtbild-) Risiko heutiger Schutzbaupraxis entgegen. Auch der Bau von Brücken, mit dem in der jüngeren Vergangenheit die kreuzenden Landverkehrswege vielfach als bloße „Schneisen“ über den Fluss geführt wurden, wird zunehmend wieder in der stadtbildprägenden Bedeutung und insofern als Aufgabe eines baukulturellen Gestaltungsanspruchs erkannt.

Bei all den heute anstehenden Maßnahmen ist es gut, auch um die in Jahrhunderten geschehene Entwicklung im Umgang mit Gewässern zu wissen. Die materiellen Spuren aus dieser Entwicklung sind vielfältig noch im Stadtboden vorhanden, werden durch unsere Archäologen anschaulich erschlossen oder sind in der Stadttopographie und in geschichtlichen Bauten noch ablesbar. Sie geben Zeugnis darüber, wie die Menschen im Zusammenleben mit dem Wasser früher ihre Lebensverhältnisse bewältigten.

Zu all diesen Einzelthemen wurden in Burghausen/Salzach Vorträge gehalten, die die aktuellen Erkenntnisse der Archäologen und die der Gewässerkunde ebenso vermitteln konnten wie die Erfahrungen aus Baumaßnahmen, die für die Einlösung heutiger Bedürfnisse und Notwendigkeiten im Wasserzusammenhang von Zugewinn sein sollten. Auf vielfältigen Wunsch werden wesentliche Vorträge aus dieser Tagung in diesem Themenheft publiziert.

Esslingen, November 2004

Jörg Schlaich

Brückenbau und Baukultur¹

Der internationale Großbrückenbau konnte im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts mit berechtigtem Stolz noch einige spektakuläre Spannweitenrekorde vermelden, nachdem sich die Marke in den sechs Jahrzehnten davor eher stetig nach oben geschoben hatte.

Im Schrägseilbrückenbau, der eigentlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg reifte, wurden aus dem Stand Spannweiten zwischen 300 und 400 m gebaut, und sie pendelten sich seither im Bereich zwischen 400 und 500 m ein. Deshalb fiel der 1991 von der Skarnsundet Brücke in Norwegen mit 530 m erreichte Rekord kaum auf. Dann aber wurde er plötzlich von den 856 m der Normandiebrücke, die die Seine-Mündung bei le Havre überspannt, im Jahre 1994 deklassiert. Doch nur für kurze Zeit, denn die Tataro-Brücke in Japan erreichte 1999 mit 890 m fast eine Verdoppelung!

Die Hängeseilbrücken überschritten mit der George Washington Brücke in New York 1932 die 1.000-m-Marke und brauchten ab 1935 noch 45 Jahre, um die 1.280 m der Golden Gate Brücke auf die 1.410 m der Humberbrücke im Jahre 1980 in England hochzuschrauben. Bald wurde sie von der Akashi Kaikyo Brücke in Japan mit 1.990 m Spannweite so weit überholt, dass die 1.624 m der gleichzeitig entstandenen Storebelt Brücke in Dänemark kaum noch erwähnenswert erschienen - wenn Brückenbau nur ein sportliches Ereignis wäre.

Im Gegensatz dazu sind die alltäglichen Brücken, wegen ihrer großen Zahl und weil sie uns zum Anfassen nahe sind, aber zuerst ein kulturelles Ereignis – oder sollten es jedenfalls sein.

Die Vielfalt und der Stolz des früheren Brückenbaus, insbesondere jenes nach der industriellen Revolution und noch bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts, mit Namen, bei deren Klang uns die Augen glänzen, sind der Monotonie und dem Kleinmut gewichen! Damals unterschied sich eine Straßenbrücke in Material

1 Anm. der Redaktion: Der Vortrag von Prof. Jörg Schlaich auf der Internationalen Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“ wurde im Mai 2004 in freier Rede und ohne Manuskript gehalten. Um dennoch Fakten dieses außerordentlich beeindruckenden Vortrages festzuhalten, kommt hier ein aktualisierter schriftlicher Beitrag von Prof. Schlaich zum Abdruck, der auf ein Editorial in der Zeitschrift Bautechnik 70 (1993), Heft 1 zurückgeht und sinngemäß die Gedanken des Burghausener Vortrages wiedergibt. Die Abbildungen und die beigegebenen Bildtexte wurden dem Ausstellungskatalog „leicht weit. Light structures. Jörg Schlaich und Rudolf Bergermann“, hrsg. vom Deutschen Architekturmuseum, Frankfurt am Main 2004, entnommen.



Abb. 1: Kalkutta: Hooghly-Brücke (1993).

Kalkutta, die überquellende indische Metropole im Flussdelta des Ganges, droht permanent im Verkehr zu ersticken. Eine wesentliche Verbesserung der Verbindung zum Vorort Howrah brachte die 1993 fertig gestellte zweite Brücke über den Hooghly, einen der Mündungsarme des Ganges.

Die Hooghly-Brücke ist das Ergebnis eines unendlich mühsamen, aber lohnenden Planungs- und Bauprozesses von über 20 Jahren. Die damals mit 457 m Spannweite größte Schrägseilbrücke Asiens wurde so entworfen und konstruiert, dass sie durch örtliche Baufirmen „indigenous“, also mit Hilfe von ausschließlich einheimischen Arbeitskräften und lokalen Werkstoffen, gebaut werden konnte. Von diesem Projekt stammt die Erfahrung, dass Entwicklungshilfe in Form von Arbeitsplätzen dank eines technologischen Wissenstransfers, Teil eines verantwortungsvollen ingenieurmäßigen Handelns sein kann und dass „angepasste“ Technologie nicht diskriminierend oder „primitiv“ ist! Denn die für die örtlichen Bedingungen entwickelte Konstruktion gab entscheidende Impulse auch für die Weiterentwicklung der Schrägseilbrücken weltweit.



Abb. 2: Ingolstadt: Glacisbrücke (1998).

Konsequent aus den Besonderheiten des Ortes entwickelt sich diese zurückhaltende, transparente Brücke: Ohne oben liegende Bögen oder Pylone, auch ohne Stützen in der Donau und mit dünnsten Abmessungen fügt sich die Brücke in die Umgebung mit geschlossener Uferbepflanzung, wertvollem Baumbestand am Glacis und Luitpoldpark ein. Die Fahrbahnplatte aus Stahlbeton wird durch ein Sprengwerk und eine Unterspannung getragen, seitlich schwingen sich Geh- und Radwege über die Donau.

und Form noch deutlich von einer Eisenbahnbrücke, eine innerstädtische von einer Flussbrücke in freier Landschaft. Der ganze Formenkanon des Brückenbaus wurde ausgeschöpft. Heute sind sie alle gleich, plumpe Hohlkästen, nicht zu unterscheiden, ob aus Beton oder Stahl, Regelspannweiten, längs und quer durch Fugen zerschnitten, Überbauten und Pfeiler durch Lager – aber natürlich keine anschaulichen Rollenlager mehr, sondern platte Töpfe – so getrennt, dass jeder Überbau auf jeden Pfeiler passt, auswechselbar, austauschbar, geschlechtslos. Die wenigen Ausnahmen machen uns die Richtigkeit und Widrigkeit dieser Beobachtung besonders schmerzlich bewusst.



Abb. 3: Ingolstadt: Donaubrücke der Bahn (2001).

Mit drei schwungvollen Wellen überbrückt die neue eingleisige Eisenbahnbrücke in Ingolstadt die Donau. Sie wurde im Zuge des Ausbaus der ICE-Verbindung München-Nürnberg erforderlich und liegt unmittelbar neben der bestehenden zweigleisigen Eisenbahnbrücke. Mit ihrer schlichten neuartigen Konstruktion reagiert die Brücke sensibel auf die schöne Fachwerkbrücke von 1869, auch indem sie deren Spannweiten aufgreift. Schlank erstrecken sich ihre stählernen Segel über die Donau. Diese bilden die Stege der mehrfeldrigen Trogbücke mit zwei Hauptfeldern von 55 Meter Spannweite und sind entsprechend der Beanspruchung nach der Biegemomentenfläche eines Durchlaufträgers geformt. Die Steifen zur Verstärkung der Segel orientieren sich am Fluss der Querkräfte zu den Stützen hin. Die hauptsächlich zugbeanspruchten Stege erinnern an eine Hängebrücke mit ausgerundeten Sätteln und bestehen werkstoffgerecht aus Stahl. Der Untergurt, ein umgekehrter Plattenbalken, wird wie die Fahrbahn einer selbst verankerten Hängebrücke gedrückt und ist ebenfalls werkstoffgerecht aus Beton. Jenseits der Donau laufen die Stege über Straßen und Uferwege hinweg und, mit anschaulichen Pendeln gestützt, schlicht aus.

Wenn's denn unbedingt bei einer innerstädtischen Brücke mal mehr sein sollte, dann holt man sich einen Architekten, der ein paar Aussichtskanzeln zum Verweilen dranhängt, ein schwülstiges Gesims aufsetzt und sich mit einem aufwendigen Geländer und bizarren Leuchten verwirklicht. Inzwischen gibt es gar Architektenwett-

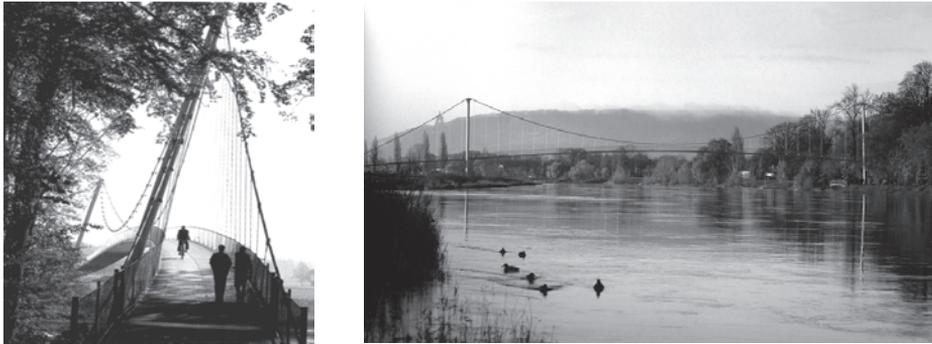


Abb. 4 und 5: Minden: Glacisbrücke (1994).

Filigran und leicht, eine Brücke, die man kaum sieht – ein Etikett welches besonders auf diese rückverankerte Hängebrücke in Minden zutrifft. Um die Wege der anschließenden Parklandschaft aufzunehmen und auf die nicht parallelen Ufer zu reagieren, schwebt sie mit einer leichten Krümmung über die Weser hinweg, an zwei geneigten und abgespannten Masten hängend.

bewerbe für Brücken, bei denen Ingenieure den Komm-her-da spielen dürfen. Und sie sind selbst daran schuld, weil sie ihre Kreativität, beginnend im ersten Semester ihrer Ausbildung, verkümmern ließen und damit die schönste Seite ihres Berufes verleugnen, um sich statt dessen in Rissbreiten- oder Biegedrillknicknachweisen zu vergraben, unsägliche Vorschriften zu schreiben und zu befriedigen. Besonders beliebt wurde es, immer mehr immer genauer auszurechnen, um im gleichen Atemzug über den Computer zu schimpfen. Dabei könnte uns gerade der Computer, wenn richtig verstanden und eingesetzt, der Sorge um den formalen Nachweis entheben und uns so frei machen für den phantasievollen Entwurf, der begleitet wird von einfach überschlägigen Abschätzungen der Kräfte und Verformungen, so dass er am Ende nur noch bestätigt, was wir schon wissen. Wie kommt es, fragt man sich bestürzt, dass zwischen dem rasanten wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte, dank dem heute angeblich alles problemlos machbar ist, und der Qualität der Bauten voran die Brücken, solche Abgründe klaffen?

Welcher Widersinn, eine Brücke erst unnötig steif zu machen, dass sie, um ihre Dauerhaftigkeit zu sichern, Fugen und Lager braucht, also planmäßige Schadstellen. Was ist das für eine Entwurfsphilosophie, die nur wiederkaut, was man schon

immer so macht? Oder ist man nur zu feige für ein eigenverantwortliches Entwerfen? Nein, kein Lager ist das beste Lager, und die Qualität eines Bauwerkes umgekehrt proportional zur Länge seiner Fugen, eine kräftige Platte ist viel robuster, obwohl schlanker, als ein dicker Hohlkasten aus dünnen Elementen. Filigrane und sensibel dimensionierte Bauteile sind weniger fragil und anfällig als plumpe, aber gleichzeitig schöner. Die Betonbauer sollten sich sagen lassen, dass Stahl nicht erst dadurch akzeptabel wird, dass man in einbetoniert, ebenso wie die Stahlbauer Beton auch noch oberhalb der Fundamente gutheißen sollten; Werkstoffgerechtigkeit verspricht Abwechslung und Vielfalt. Ganzheitliches, synthetisches Denken und Entwerfen ist ingeniös, nicht spezialisiertes und analytisches. Dieser Aufruf ergeht aber ebenso an die Bürokratie, die Normenmacher, die Behörden. Wer eine Brücke allein nach dem Angebotspreis zuzüglich eines nebulösen Qualitätsmerkmals, das er Dauerhaftigkeit nennt, aber nicht quantifizieren kann, beurteilt, macht es sich zu einfach. Er verstößt zunächst gegen seinen kulturellen Auftrag, wobei ihm gar nicht auffällt, dass er laut lachen würde bei der Vorstellung, ein Maler vor einer von ihm verantworteten Brücke seine Staffelei aufbauen könnte, er aber in den Galerien Museen besucht und sich an Brückenbildern von Blechen, Monet, Kirchner u.v.a. delectiert. Er muss lernen, den von seiner Brücke verursachten gesamten materiellen und ideellen Aufwand zu erfassen und mit dem anderer Brücken zu vergleichen, bevor er den Auftrag vergibt, den Land-, Energie- und Rohstoffverbrauch, die Lärm- und Schadstoffemissionen während des Baus, in Gebrauch und bei der Wartung zu sondieren, die Umnutzbarkeit, die Demontier- und Wiederverwendbarkeit, die Gestaltqualität usw.

Schließlich kann sich ein rohstoffarmes, von der Technik in höchstem Maße abhängiges Land nichts weniger leisten als Technikfeindlichkeit und wir Bauingenieure ein schlechtes Image unseres Berufes. Hässliche monotone Bauten sind nicht von ungefähr das bevorzugte Angriffsziel der Sprayer unterschiedlichster Couleur; und auch da registrieren wir wieder nur die Kosten für die Reinigung. Sie sind ein verschwindender Bruchteil des durch solche Bauten wirklich angerichteten Schadens, ja Schmerzes, ganz zu schweigen von der ungenutzten kulturellen Chance, die jeder Quadratmeter verbauter Natur in sich birgt und dadurch herausfordert, dass er unwiederbringlich verschwindet. Das einzige, der Natur Adäquate, das der Mensch schaffen kann, ist Kultur. Die Brücken sind untrennbarer Bestandteil der Baukultur.

Klaus Grewe

Die Eifelwasserleitung nach Köln

Vom römischen Aquädukt zum Steinbruch für romanischen Bauten¹

1. Einleitung

Die Entwicklung der Wasserversorgung Kölns ist auf das engste verbunden mit der Geschichte der Stadtwerdung dieser antiken Großstadt. Die wichtigsten Stufen des Ausbaus von der Ubierstadt bis zur Hauptstadt Niedergermaniens lassen sich auch in den Bauphasen der städtischen Aquädukte ablesen: Schon ab ca. 30 n.Chr. wurde das Oppidum Ubiorum durch eine mehrere Kilometer lange Fernwasserleitung von den Quellen im Hang des Vorgebirges versorgt. Mit Erlangung der Rechte einer Colonia wurde das vorhandene System ausgebaut. Nachdem Köln um 90 n.Chr. Hauptstadt der neu eingerichteten Provinz Niedergermanien geworden war, orientierte man sich in der Wasserversorgung gänzlich neu und baute den fast 100 km langen Aquädukt in die Eifel.

Liegen nördlich der Alpen die Reste der antiken Wasserversorgung zumeist im Erdreich verborgen, so wird man in südlichen Ländern durchaus Bauwerke finden, die man ohne weiteres der Schauarchitektur zurechnen kann. Ja es scheint sogar, als hätten die römischen Baumeister gerade die Wasserbauten benutzt, um das ganze Spektrum ihres technischen Könnens aufzuzeigen. Die imposanten Aquäduktbrücken, wie der Pont du Gard bei Nîmes (Frankreich), die Brücken von Tarragona, Segovia und Mérida (Spanien) aber auch beispielsweise der Ponte Lupo bei Rom vermochten schon in antiker Zeit dadurch zu beeindrucken, dass sie dem Betrachter vor Augen führten, wie die römischen Ingenieure mit den von ihnen konstruierten Bogenstellungen beispielsweise die Grenzen der statischen Gesetze scheinbar überschritten. Auch die überdimensionalen Druckwasserleitungen aus Ton-, Blei- oder Steinrohren leisteten schier Unglaubliches, führten sie das kostbare Trinkwasser doch tatsächlich quer durch kilometerbreite und mehr als 50 m tiefe Täler. Beispiele für diese, dem Laien damals unvorstellbare Technik, finden wir in Almuñecar (Spanien), Lyon (Frankreich) sowie in Patara und Aspendos (Türkei).

1 Zur Eifelwasserleitung nach Köln vgl. auch K. Grewe, Atlas der römischen Wasserleitungen nach Köln, Köln 1986; ders., Neue Befunde zu den römischen Wasserleitungen nach Köln, in: Bonner Jb. 191 (1991), S. 385-422; ders., Der Römerkanal-Wanderweg – Ein archäologischer Wanderführer, Düren 1988; ders., Aquädukt-Marmor – Kalksinter der römischen Eifelwasserleitung als Baustoff des Mittelalters. in: Bonner Jb. 191 (1991), S. 277-343; ders., Die Eifelwasserleitung. Aquädukt für das römische Köln und Steinbruch für die romanischen Großbauten, Köln 1997.

Wie aber mussten in den wasserarmen Ländern des Südens erst die großartigen Nymphäen in den römischen Städten beeindrucken. Nicht nur die auf Wirkung gedachten Prospekte dieser öffentlichen Brunnenanlagen zeugten von Reichtum und Kultur, sondern besonders das dabei vorgeführte Ausmaß der Wasserverschwendung wird seine Wirkung auf ländliche Besucher und noch mehr auf die Urbevölkerung nicht verfehlt haben.

In den nördlich der Alpen gelegenen Provinzen des römischen Reiches war mit derartigen Prunkbauten kaum Eindruck zu machen. Wasser war reichlich und vor allen Dingen das ganze Jahr über vorhanden. Allenfalls der Qualitätsanspruch führte auch hier dazu, Bauwerke von bis dahin unbekanntem Ausmaßen zu errichten, wie die Fernwasserleitungen zu den großen Städten links des Rheins zeigen. Und lag der größte Teil des am Rhein umgesetzten technischen Könnens auch vor den Augen der Umwelt unter der Erde verborgen, so war auch hier nicht ganz ohne Großbauten auszukommen. Allerdings ist in den großen Brücken von Metz, Mainz und Köln nicht nur das Imposante, sondern mehr noch das Zweckmäßige zu sehen. Und die drei an Rhein und Saar gebauten Tunnel – technische Großtaten ohne Zweifel – entzogen sich den Augen potentieller Bewunderer ohnehin gänzlich.

Folgt man diesen Gedankengängen, so wird klar, wie selbstverständlich eine einwandfreie Trinkwasserversorgung für das Funktionieren eines städtischen Gemeinwesens in römischer Zeit war. In allen großen Aquädukten, deren Reste wir heute noch bewundern können, wird der Pragmatismus der römischen Ingenieure deutlich: Wir finden in ihnen genau das Maß an Technik wieder, das zum Betrieb der Anlagen nötig war.

Ob militärisches Lager, kleine Zivilsiedlung oder Provinzhauptstadt, zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung finden wir an den meisten antiken Siedlungsplätzen technische Einrichtungen wie Zisternen, Brunnen und Flussentnahmen; aber auch Leitungen zu entfernt liegenden Quellgebieten sind archäologisch nachzuweisen. Es wird deutlich, dass einer Fernwasserleitung aus verschiedenen Gründen der Vorzug gegeben wurde, denn mit einer solchen Einrichtung waren nicht nur die reicheren Wasservorkommen auszubeuten, sondern es war auch bezüglich der Wasserqualität an ausgesuchtere Quellgebiete heranzukommen. Es scheint, als hätten die Römer das Wasser der Quellen in Kalksteinformationen besonders bevorzugt, denn viele der gebauten Leitungen führen zu Quellen, die besonders kalkhaltiges Wasser schütten.

2. Das Bauwerk

Die großen Leitungen waren zumeist in Stein gebaut. Es gab zwar auch in römischer Zeit Leitungen aus Tonrohren (Straßburg) und aus Holz- und Bleirohren, doch wurden letztere meist nur in ein städtisches Versorgungsnetz installiert. So kann als

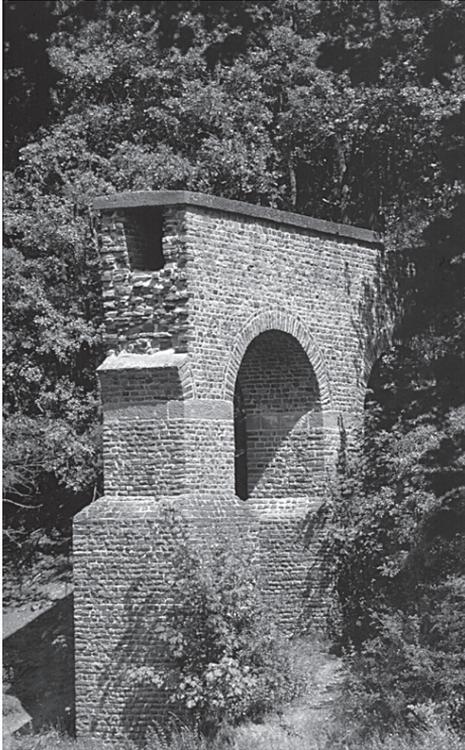


Abb. 1: Eifelwasserleitung bei Vussem.

typische Bauweise für eine Fernwasserleitung der Freispiegelkanal gelten. Dieser schmiegt sich mit seinem Verlauf an das vorgegebene Geländere relief an; das Wasser folgt also einer natürlichen Gefällelinie talwärts. Sein u-förmiger Querschnitt ist entweder aus Beton (*Opus caementicium*) gegossen oder aus Stein gemauert.

In Deutschland gab es größere derartige Leitungen beispielsweise für die Versorgung der römischen Siedlungsplätze in Mainz, Trier, Bonn, Köln und Xanten. Besonders das römische Köln fällt in dieser Liste etwas aus dem Rahmen, denn für ihre *Colonia Claudia Ara Agrippinensium* (CCAA) haben die Römer eine Trasse verwirklicht, die mit 95,4 km zu den längsten überhaupt gebauten Leitungen gehört. Sie wird nur von Leitungen für Karthago und Istanbul um einige Kilometer übertroffen.

Für Köln waren insgesamt fünf Quellen genutzt worden, deren Fassungen entweder als Sickergalerien angelegt wurden oder die bis in die Grundwasser führenden Erdschichten reichten. All diese Quellen liegen in der nördlichen Eifel rund 50 km Luftlinie von Köln entfernt. Darüber hinaus befanden sich diese Quellen über ein Gebiet verteilt, das wir heute geologisch die »Sötenicher Kalkmulde« nennen. Das hier zu findende kalkhaltige Wasser hat die Ansprüche an Qualität und Ge-



Abb. 2: Eifelwasserleitung bei Kreuzweingarten.

schmack sicherlich erfüllt. Erst im Bewusstsein dieser antiken Qualitätsansprüche wird der Grund erkennbar, warum die Römer sich aus so weit von der Stadt entfernt liegenden Quellen versorgt haben, obwohl ergiebige Quellen durchaus schon in der Voreifel zu finden gewesen wären.

Auch durch die in den Eifeler Quellen angetroffenen Schüttmengen war der Aufwand, den der Bau einer fast 100 km langen Leitung erforderte, durchaus gerechtfertigt, denn täglich wurden durch den „Römerkanal“, 20 Millionen Liter Wasser nach Köln geführt, womit den Kölner Römern pro Kopf und Tag etwa 1.200 Liter Wasser zur Verfügung gestanden haben; immerhin rund die achtfache Menge, die von den modernen Kölnern verbraucht werden kann.

Die um 90 n.Chr fertig gestellte Leitung in die Eifel sollte die städtische Versorgung für rund 190 Jahre sicherstellen. Abgelöst wurden dadurch die alten Leitungssysteme aus dem näher gelegenen Vorgebirge.

3. Die Trasse

Der gebauten Trassenlänge von 95,4 km stand eine Entfernung in Luftlinie von »nur« 50 km gegenüber, eine Diskrepanz die an dem zu bewältigendem Gelände lag, das im Falle der Kölner Leitungen als besonders schwierig bezeichnet werden muss.



Abb. 3: Durchlass unter der Eifelwasserleitung bei Urft-Dalbenden.



Abb. 4: Sammelbecken zweier Leitungsstränge in Mechernich-Eiserfey.

Eine dieser Schwierigkeiten lag in der Überwindung der Wasserscheide zwischen Urft und Erft und damit letztendlich zwischen Maas und Rhein. Um das Wasser der Quelle Grüner Pütz bei Nettersheim aus dem Urfttal heraus in das Einzugsgebiet des Rheins zu führen, war eine vorsichtige Trassenplanung mit möglichst schwachem Gefälle in das Gelände zu übertragen, denn nur an einer einzigen Stelle war es möglich, diese Wasserscheide zu überwinden. Dass an derselben Stelle die im 19. Jahrhundert gebaute Eisenbahnlinie Köln-Trier über die Wasserscheide geführt worden ist, macht die qualitätvolle Arbeit der römischen Ingenieure deutlich, die bei ihren Trassierungen ohne die Kartenunterlagen der modernen Planer auskommen mussten.

Das größte Geländehindernis im Gesamtverlauf der Eifelleitung war allerdings der sich von Süden nach Norden erstreckende Höhenrücken der Ville. Wie ein riesiger Riegel schiebt sich dieser quer zwischen Quell- und Versorgungsgebiet. Von Köln aus betrachtet, steigt das Vorgebirge 100 m hoch an, um auf seiner Westseite um 50 m wiederum abzufallen, und zwar zum weiten Tal der Erft hin, die sich hier

mit dem Swistbach vereinigt hat. Der Anstieg von der Erft zu den Eifelquellen macht zwar noch einmal 300 m aus, hier werden allerdings keine größeren Geländeschwierigkeiten offenkundig, sieht man von der zuvor erwähnten Wasserscheide und einigen lokalen Problemen einmal ab.

In Verlaufsrichtung der Wasserleitung bildet das Vorgebirge also einen 50 m hohen Sperrriegel. Wäre die Wasserleitung im Verlauf ihrer Luftlinie gebaut worden, so hätte man zur Überwindung des Swistbachtals eine mehrere Kilometer lange und bis zu 50 m hohe Aquäduktbrücke oder eine Druckleitungsstrecke mit entsprechenden Dimensionen errichten müssen, um den Villerücken zu überqueren. Auch durch den Bau eines Tunnels wäre das Problem zu lösen gewesen.

Man hatte sich vor der Swist-Niederung jedoch für eine andere Lösung entschieden, die sicherlich einfacher zu bauen und auch kostengünstiger durchzuführen war: In einer ostwärts geführten Trassenschleife, die den Leitungsverlauf allerdings um rund 20 km verlängerte, hatte man das Swistbachtal in einem weiten Bogen ausgefahren. Diese Umgehung wurde so weit geführt, wie es zur höhengleichen Erreichung des Villerückens notwendig war – immer darauf achtend, genügend Gefälle für das Fließen des Wassers zur Verfügung zu behalten. Im Scheitel dieses großen Trassenbogens wurde zur Überquerung des Swistbaches eine Aquäduktbrücke errichtet, die man sicherlich zu den Großbauwerken im Zuge von Aquädukten rechnen kann: zwar nur rund 11 m hoch über der Talsohle, erreichte die Brücke mit knapp 300 Bogenstellungen aber eine Länge von 1.400 m.

Wenn wir im Verlauf der Kölner Leitung solch beeindruckende Bauwerke wie den Pont du Gard mit seinen 50 m Höhe vermissen, so liegt das ganz sicher nicht an mangelndem technischen Können der Kölner Ingenieure, sondern ganz einfach an den Erfordernissen, die durch die Lage der Quellen zur Stadt und durch die Form der zu durchfahrenden Landschaft gestellt waren. Neben den beiden großen Aquäduktbrücken über die Erft (550 m lang) und den Swistbach waren unzählige kleinere Brücken und Brückchen zur Überquerung der Leitung von Bächen und Seitentälern erforderlich. Eine dieser kleineren Brücken mit einer Länge von 7,3 m und einer Durchlassweite von 1,12 m konnte 1981 bei Mechernich komplett erhalten ausgegraben werden. Sie wurde nach erfolgter Ausgrabung und Dokumentation allerdings wieder abgedeckt.

Das Kanalbauwerk selbst hat einen Aufbau, der fast auf der gesamten Länge der Trasse mehr oder weniger gleichmäßig ausgeführt worden war: In einen ausgehobenen Baugraben wurde zuunterst eine Sticking (Packlage) aus Bruchsteinen gesetzt, worauf die Sohle aus »opus caementicium« gegossen wurde. Für die Errichtung der Seitenwangen brachte man entweder eine Holzschalung ein oder mauerte aus handlichen Quadersteinen eine »verlorene« Schalung auf. In beiden Fällen wurde der Raum zwischen Schalung und Baugrubenwand mit Beton ausgegossen.

In dem Berggebiet des Trassenverlaufs wurde als zusätzliches Element auf der Bergseite des Kanals eine Drainage aus losen Steinen eingebracht, durch die später das Oberflächenwasser seitlich vom Bauwerk bis zu einem Drainagekanälchen in

Höhe der Stickung durchsickern konnte. Auf diese Weise wurde verhindert, dass Schwemmwasser in die Leitung eindringen konnte. Um dem Gerinne Dichtigkeit zu verleihen, wurde es auf der Sohle und an den Wangen mit einer Schicht hydraulischen Putzes (*opus signinum*) verkleidet, den man in den unteren Ecken zu einem Viertelstab ausformte, um diese bruchgefährdeten Stellen besonders vor Rissen zu schützen. Die hydraulische Wirkung dieses Verputzes (in Italien durch Beimengung von Vulkanasche aus der Gegend von Pozzuoli erreicht), erzielte man hier durch Zugabe von gemahlenem Tuff aus der Mayener Gegend; im Falle der Wasserleitungen nach Köln auch durch Zuschlag von zerstoßenen Ziegelsteinen. Dies ist auch der Grund für die rötliche Färbung der Innenflächen in verschiedenen Trassenabschnitten der Kölner Wasserleitung.

Nach Fertigstellung der Wangen wurde ein Lehrgerüst in Form eines Halbkreises aufgesetzt, das die Oberkanten der Wangen als Schultern benutzte. Darauf wurde dann unter reichlicher Verwendung von Mörtel das Gewölbe gesetzt, ehe der Kanal mit einer etwa 1 m starken Lage Erdreich zwecks Frostsicherung abgedeckt wurde. In unterschiedlichen Abständen, deren Länge von der Problematik des Geländes abhing, wurde auch Einstiegschächte für Revisionszwecke und Reparaturarbeiten eingebaut.

Neben den Quelfassungen und den Brücken waren auch im Verlauf der Kölner Leitungen einige Kleinbauwerke erforderlich, die nicht unerwähnt bleiben sollen. Hierzu gehören Sammelbecken, in denen das Wasser zweier Leitungsäste vereinigt wurde, Absetzbecken zur Klärung des Wassers und Tosbecken zur Ausgleichung von Höhendifferenzen, die in der Nahtstelle von zwei Baulosen auftreten konnten. Die Existenz eines Wasserschlosses (*castellum divisorium*) können wir aufgrund der archäologischen Befundlage im Endpunkt der Leitung annehmen; es war vermutlich in einem der Türme der Stadtmauer untergebracht.

Von hier aus wurde das Wasser, wie in anderen antiken Städten auch (siehe Pompeji), in einem Druckleitungsnetz aus Bleirohren über das Stadtgebiet verteilt. Dabei wurden dann sowohl die öffentlichen Brunnen und Thermen als auch verschiedene Privatanschlüsse versorgt. Im Falle Kölns ist dieses Rohrnetz allerdings der mittelalterlichen »Bleigewinnung« zum Opfer gefallen. Ebenso erging es der steinernen Eifelleitung, besonders den oberirdischen Brückenbauwerken, die über weite Streckenabschnitte als mittelalterlicher Steinbruch dienten. Dabei war nicht nur das Mauerwerk Ziel dieser Tätigkeit, sondern in ganz besonderen Maßen auch die bis zu 30 cm starke Schicht der Kalkablagerungen. Während man aus den gewonnenen Steinblöcken Burgen, Kirchen und Klöster in der Umgebung errichtete, wurde der Kalk zu Säulen, Altarplatten u.ä. verarbeitet und diente vornehmlich der Ausschmückung der romanischen Kirchen. Dieses Material war dann ein begehrtes Handelsgut, das wir heute selbst in Dänemark, den Niederlanden und in Großbritannien wieder finden.

4. Der Steinbruch „Römerkanal“

Nach einer Betriebszeit von rund 190 Jahren hatte die römische Wasserleitung aus der Eifel nach Köln, eine der größten Einrichtungen städtischer Infrastruktur nördlich der Alpen, ausgedient. Das Ende kam abrupt; nach unseren heutigen Kenntnissen deuten verschiedene Fakten darauf hin, dass es die Zerstörungen der Franken um 270/280 n.Chr. gewesen sein mussten, die den Kollaps dieses technischen Großbauwerks verursachten. Durch die Bauteile über der Erde war dieses Versorgungssystem von Feindeshand leicht zu zerstören. Um die Stadt von der Versorgung aus der Eifel abzuschneiden, bedurfte nur eines Angriffs auf eine der vielen Aquäduktbrücken, deren aufwendigste über den Swistbach immerhin 1,4 km Länge aufwies. Auch die rund 7 km lange Hochleitung zwischen Hürth-Hermülheim und Köln dürfte ein einladendes und taktisch begehrlches Ziel bei einem Angriff auf die Stadt gewesen sein.

Vieles deutet also darauf hin, dass beim fränkischen Großangriff auf das römische Rheinland in der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts auch die Eifelwasserleitung zerstört worden ist. Damit war eine beeindruckende Epoche der Technikgeschichte zu Ende. Bemerkenswerterweise ist diese großartige Versorgungseinrichtung auch nach einer Neukonsolidierung der römischen Herrschaft in der Spätantike nicht wieder in Betrieb genommen worden. Die Stadt versorgte sich ab dem Ende des 3. Jahrhunderts n.Chr. aus Brunnen – in eingeschränktem Maße möglicherweise auch die reaktivierten älteren Vorgebirgsleitungen – und überließ den Eifelkanal dem Verfall.

Insgesamt betrachtet wäre dieses Leitungssystem ohnehin nicht auf Dauer in Betrieb zu halten gewesen. Die Verkalkung des Leitungserinnes, ein chemischer Vorgang, der heute noch in jedem Haushalt bei der Nutzung kalkhaltigen Wassers beobachtet werden kann, hätte auf lange Sicht zum allmählichen Versiegen der Wasserleitung geführt. Durch den 190 Jahre währenden stetigen Betrieb waren im Mittellauf der Trasse, im Streckenabschnitt zwischen Mechernich und der Erft, die Kalkablagerungen bereits auf eine Stärke von 30 cm angewachsen. Dies betraf nicht nur die benetzte Leitungssohle, sondern in gleichem Maße auch den oberen Rand der beiden Seitenwangen. Doch selbst diese massenhaften Ablagerungen hat die Transportleistung der Eifelleitung in ihrer Betriebszeit nicht behindert. Dies wäre erst dann der Fall gewesen, wenn durch das Anwachsen der Sohle der Wasserspiegel in der Leitung den Scheitelpunkt der Gewölbeabdeckung erreicht hätte.

Vitruv, der im 1. Jahrhundert v.Chr. im achten seiner »Zehn Bücher über Architektur« verschiedene Erkennungsmerkmale für gutes und geschmackvolles Wasser aufzeigt, erwähnt zwar mit keinem Wort den Kalk und dessen Auswirkungen auf Qualität und Geschmack von Trinkwasser. Dennoch kann allein der Aufwand, den die römischen Ingenieure betrieben haben, um Wasserangebote aus Quellen kalkhaltiger Böden auszunutzen, als Beleg gelten, dass man solches Wasser schätzte und anderem vorgezogen hat.

Der Bau von Fernwasserleitungen über Längen bis zu 240 km zeigt, dass solchermaßen Aufwand nicht zu groß war, um den Ansprüchen der antiken Stadtbewohner zu entsprechen. Dabei nahm man den unangenehmen Nebeneffekt der Kalkablagerungen wohl in Kauf. Die großen Querschnitte römischer Freispiegelleitungen sind sicherlich angelegt worden, um die Kanäle von Zeit zu Zeit auf Bauwerkschäden inspizieren zu können. Zugleich war damit auch die Möglichkeit »auf Zuwachs« angelegt. Der große Bauwerksquerschnitt erscheint somit als wirkungsvolles Planungsergebnis für einen weitgehend wartungsfreien Betrieb der antiken Fernwasserleitungen über einen jahrzehntelangen Zeitraum.

Die Überlegungen zur Entstehung des Kalksinters in Wasserleitungen führen zugleich zu der Frage, ob es sich bei den schon mit bloßem Auge sichtbaren Schichtungen möglicherweise um periodische Ablagerungen handelt, die ihren Ursprung etwa in jahreszeitlich bedingten Schwankungen, z.B. durch Auswirkungen von Temperatureinflüssen, haben. Diese Frage ist verschiedenen Laboruntersuchungen zugrunde gelegt worden und kann nunmehr eindeutig bejaht werden. Diese Abscheidungen kommen sowohl in der Natur als auch in der Technik vor. Natürliche Kalksinterbildungen von imponierenden Ausmaßen finden wir beispielsweise in Pamukkale in der Türkei, wo das Wasser der auf einem Bergplateau entspringende heißen Quellen in einem Hang des Berges zu Tale fließt und dabei leuchtendweiße Kalksinter-Terrassen bildet.

Die Ausfällung des gelösten Kalks ist im Versuch einfach zu beobachten. Gemeint ist die Bildung von Kalkrückständen in Kochgefäßen für Wasser. Beim Kochen von Wasser entweicht u.a. Kohlendioxid, wodurch ein Ungleichgewicht im Verhältnis von Kohlendioxid zum gelösten Calciumhydrogencarbonat entsteht. In dieser Lösung kann sich der Kalk nicht mehr halten und fällt aus. Ein sichtbarer Vorgang selbst für das bloße Auge, wenn man Wasser in einem hitzebeständigen Glasgefäß zum Sieden bringt: Nach einiger Zeit wird es sich durch unzählige winzige Calciumcarbonat-Partikelchen trüben, die sich alsbald an den Wänden und auf dem Boden des Gefäßes niederschlagen. Ähnlich ist auch die Kalksinterbildung in einer dem Gefälle folgenden Wasserleitung zu erklären: Da sämtliche für die Speisung der Eifelwasserleitung genutzten Quellen in einem Gebiet zutage treten, das wir geologisch die Sötenicher Kalkmulde nennen, konnte und kann hier natürlich nur kalkhaltiges Trinkwasser gewonnen werden. Beim Übertritt des Wassers aus dem stark kohlendioxidhaltigen Boden in die Atmosphäre entsteht ein Ungleichgewicht im Verhältnis von Calciumhydrogencarbonat zum Kohlendioxid; in seiner neuen Umgebung entsteht ein kalkübersättigtes Wasser. Es wird sich nun soviel Kalk aus dem Wasser ausfällen, bis sich der für die neue Umgebung richtige Sättigungsgrad eingestellt hat.

Im Falle der Eifelwasserleitung wuchsen die Ablagerungen bis zu einer Stärke von 30 cm an. Und nur in der Eifel entstand ein Kalksinter, dessen Qualität einem Marmor gleichkam. In keiner anderen Wasserleitung der Römerzeit war ein ver-

gleichbares Material zu gewinnen; so war beispielsweise der Kalksinter des Pont du Gard im Zuge der römischen Wasserleitung nach Nîmes in Südfrankreich trotz seiner Stärke von 50 cm nur als Baustein zu verwenden, weil er für eine weitergehendere Bearbeitung zu porös war.

Einer der Gründe für den mannigfachen Abbau des Kalksinters in der Eifel lag in der Tatsache begründet, dass im hohen Mittelalter die Verkehrswege über die Alpen zu den großen Marmorbrüchen in Italien nicht mehr für Schwertransporte zu nutzen waren. Da war es einfacher, die Ressourcen der näheren Umgebung zu nutzen. Und schon Karl der Große hat einen Landtausch vornehmen lassen, um ein Grundstück im Verlauf der Eifelwasserleitung in seinen Besitz zu bekommen. Hier brach er den Kalksinter zur Ausschmückung seiner Pfalzkapelle in Aachen. In großem Stil erfolgte der Abbau zwischen dem 11. und dem 13. Jahrhundert, eben jener Zeit, in der beispielsweise in Köln mehr als ein Dutzend der romanischen Kirchen aus dem Boden wuchsen. Es wird in Köln in dieser Zeit keine Kirche gegeben haben, in welcher kein Kalksinter verbaut worden ist.

In Köln haben wir ohne Zweifel das Zentrum der Verwertung des Kalksinters im Mittelalter vor uns. Hier befanden sich nicht nur die meisten Baustellen, auf denen dieses Material innerhalb einer Stadt verwendet worden ist, sondern von hier aus dürften auch Abbruch und Verarbeitung sowie der Handel des Sinters innerhalb der Region und nach außerhalb organisiert worden sein. Vermutlich dürfte eines der großen Klöster mit Grundbesitz in der Nordeifel für dieses Geschäft in Frage kommen.

Gerade in den vergangenen Jahren sind die romanischen Kirchen Kölns noch einmal in das Rampenlicht gerückt, als es galt, die nach der Behebung der schweren Kriegsschäden neu entstandenen Bauwerke der Öffentlichkeit vorzustellen. Trotz der schweren Kriegsschäden an fast allen Kölner Kirchen, sind Beispiele für den Erhalt von Kalksintersäulen an ihrem ursprünglichen Standort zu nennen. Sie sind, besonders wenn sie im Außenbereich der Kirchen verbaut worden sind, wegen starker Verwitterungsspuren nicht immer einfach zu erkennen. So sollten in der Krypta von St. Cäcilien (heute Schnütgen-Museum) zwei Sintersäulen in der Krypta stehen, die aber 1985 vor Ort nicht mehr zu verifizieren waren; statt dessen wurden bei diesem Ortstermin die acht im Chor außen eingebauten Säulen als Sintersäulen erkannt. Zuvor waren bei Ausgrabungen im Fundamentbereich des romanischen Kirchenbaus bereits Bruchstücke aus Kalksinter gefunden worden.

Im ca. 1180 angebauten Westchor von St. Georg sind zahlreiche Säulen aus Kalksinter (2,76 m lang) verbaut worden, die allerdings heute nur sehr schwer zu erkennen sind, da man sie zwischenzeitlich übertüncht hatte. Besonders gut zu erkennen ist allerdings eine der Säulen in der Westfassade, da sie der Länge nach gespalten ist, wodurch in der Bruchfläche die Marmorstruktur des Materials sehr schön sichtbar wurde.



Abb. 5: Aus Kalksinter wird Aquäduktmarmor: Die beiden vorderen Säulen des Baldachins über dem Hochaltar von Maria Laach.

St. Maria Lyskirchen, Kölns Kirche im ehemaligen Hafenviertel, zeigt uns heute noch drei Kalksintersäulen am ursprünglichen Standort: in beiden Aufgängen zur Empore ist jeweils der Schaft einer Säule aus Kalksinter (Länge 1,49 m, Durchmesser 0,19 m); am südlichen Aufgang ist auch die 1,36 m lange Säule auf der Empore aus Sinter gefertigt. Zwei Kirchen in Kölner Vororten zeigen weitere Beispiele für die Verwendung des Aquädukt-Marmors. Im Westteil der Kirche St. Nikolaus in Köln-Dünnwald kann man zwei Kalksintersäulen (Länge 1,05 m, Durchmesser 0,23 m) sehen, die dort das Kreuzgewölbe tragen. Bei nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführten Ausgrabungen wurde nachgewiesen, dass ehemals mindestens vier, wahrscheinlich sogar sechs weitere Säulen in der Kirche standen, da deren Basen unter dem jetzigen Fußboden nachzuweisen waren. St. Michael in Köln-Porz-Niederzündorf zeigt ein sehr schönes Beispiel für die Verarbeitung des Kalksinters zu Grabplatten. Eine dort zu sehende Platte hat wegen der eingehauenen Inschrift besondere Bedeutung. Der Stein befand sich bis 1932 im Boden des 1906 abgebrochenen nördlichen Seitenschiffes. Es handelt sich hierbei um den Grabstein der Adelmuet; die Inschrift nennt in 5,7 cm großen Unzialen den Namen und das Todesdatum der Verstorbenen. Der Stein wird nach der Buchstabenform in das 12. Jahrhundert datiert.

Weitere Grabplatten sind in Köln unter dem Dom gefunden worden: Im westlichen Atrium fanden sich zwei Sarkophage, deren Deckplatten aus Kalksinter gefertigt sind. Die Platten sind zwar zerbrochen, aber bei einer von ihnen lassen sich die ehemaligen Abmessungen auf 0,65 m x 1,95 m rekonstruieren. Ein weiteres Grabsteinfragment be-

findet sich in Privatbesitz. Es stammt aus dem 11./12. Jahrhundert; von seiner Inschrift ist der Teil »An den Kalenden des März starb« lesbar; der Fundort ist unbekannt.

Einzigster Profanbau Kölns, der mit Aquädukt-Marmor verschönert worden war, scheint das Rathaus gewesen zu sein. Jedenfalls deutet das bei der Rathaus-Grabung gefundene Bruchstück einer großen Platte darauf hin. Die Platte war rechtwinklig zugeschlagen und besaß eine Eisenverdübelung, von der sich geringe Reste noch erhalten haben. Eine Ecke und ein seitlicher Abschluss der Platte waren abgesplittert; Mörtelreste der Wiederverwendung hafteten ihr noch an.

Außerhalb Kölns finden wir Bauwerke mit Sinterverwendung natürlich in der näheren Umgebung des Gewinnungsgebietes. Zahlreiche Kirchen der Nordeifel und des Gebietes zwischen Rhein und Maas weisen noch heute Werkstücke aus diesem seltenen Material auf. Wir finden den Sinter aber auch in den Kirchen der Städte entlang der alten Handelswege zu Wasser oder zu Lande. Essen, Soest, Hildesheim, Paderborn und Helmstedt sind beispielsweise beiderseits des Hellwegs vom Rhein zur Weser zu nennen. In vielen Kirchen der Niederlande, ohnehin aus Andernacher Tuffstein gebaut, finden sich heute noch Säulen aus Kölner Aquäduktmarmor.

Doch nicht allein Kirchen wurden mit diesem Material ausgeschmückt, auch in einigen großen Burgen Deutschlands sind Sintersäulen verbaut worden. Bei Führungen auf der Wartburg werden die Besucher mit Sicherheit auf die Herkunft von rund 25 noch erhaltener Sintersäulen hingewiesen. Von den auf Burg Trifels oberhalb Annweiler in der Pfalz verbauten Sintersäulen ist noch ein Exemplar erhalten und heute im Museum der Pfalz in Speyer ausgestellt. Und für den Wiederaufbau der Burg Dankwarderode in Braunschweig wurde Ende des vorigen Jahrhunderts sogar noch einmal Sinter in der Eifel gebrochen.

Wegen der außergewöhnlichen Entfernung vom Ursprungsgebiet sind die Sinterfunde in Canterbury, Roskilde und Dalby von Interesse. In Canterbury (England) findet sich eine kleine Altarplatte aus diesem Material. Im Dom von Roskilde sind die Grabkammern für Königin Estrid, König Svend und Bischof Wilhelm im Jahre 1225 mit Sinterplatten verschlossen worden, die vorher schon an anderer Stelle im Dom als Grabplatten verwendet waren. Und selbst die kleine Heiligkreuz-Kirche in Dalby (Schweden) besitzt heute noch eine Säule dieses Materials.

Die weite Verbreitung des Kalksinter-Materials bis in das nördliche Europa zeugt von der außergewöhnlichen Beliebtheit dieses Schmucksteins im Mittelalter: »Ein Marmor, der unter den Marmoren Europas durch seine mannigfaltige Farbigkeit herausragt«, schrieb schon der Kölner Geschichtsschreiber Ägidius Gelenius in seinem 1645 erschienenen Werk »De Magnitudine Coloniae Claudiae Agrippinensis« voller Bewunderung.

Hartmut Fischer

Denkmalzone Mainzer Rheinufer.

Nutzungswandel und Zielvorstellungen

1. Stadt und Fluss

Mainz besteht als städtisches Gemeinwesen seit dem Jahr 12 v. Chr. Am linken Rheinufer unterhalb eines großen Legionslagers („castrum“, heute: Kästrich) gelegen, gewann das römische „Moguntiacum“ schnell an Bedeutung und wurde schließlich Hauptstadt von Obergermanien („germania superior“). Von hier aus unternahmen die römischen Streitkräfte ihre zwar zahlreichen, letztlich aber erfolglosen Feldzüge in die germanischen Siedlungsgebiete.

Mainz am Rhein: Von Beginn an war der Fluss so etwas wie die Lebensader der Stadt. Er war Verkehrsweg nach Süden und Norden sowie über den Main nach Osten. Der Rhein war Nahrungsquelle und sicherte zahlreichen Fischern ein Auskommen. Auf dem Fluss waren zahlreiche Schiffsmühlen vertäut. Den Fährleuten garantierte der Rhein Jahrhunderte lang einträgliche Geschäfte. An seinem Ufer belud man Schiffe und löschte die Fracht. Das Ufer war Lagerplatz für eine Reihe von Handelswaren. Dort baute und reparierte man Boote und Kähne (vgl. Abb. 1). Allerdings: Die für die unterschiedlichen Nutzungen zur Verfügung stehende Fläche war vom jeweiligen Wasserstand abhängig. Kaimauern mit entsprechenden Aufschüttungen gab es nur an wenigen Stellen. Im Westen setzte die Stadtmauer eine deutliche Grenze.

Ab dem 17. Jahrhundert entstanden am Ufer befestigte Geschützstellungen. Diese wurden im frühen 19. Jahrhundert, als Mainz die Funktion einer Festung des Deutschen Bundes übernahm, entsprechend dem Fortschritt der Waffentechnik aus- und umgebaut. An der Funktion des Ufers als Warenumsschlag- und Lagerplatz änderte dies jedoch noch nichts. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wandelte sich das Bild der Uferzone grundlegend. Anlass war die Absicht der Rheinanliegerstaaten, den Fluss umfassend zu regulieren, um die Schiffbarkeit während des gesamten Jahres zu gewährleisten. Das bedeutete nicht nur die Begradigung des bis dahin auf weiten Strecken mäandrierenden Stroms, sondern auch erhebliche Querschnittsverringerungen, die die Fließgeschwindigkeit erhöhen und so die Verlandungsgefahr vermindern sollten.¹

1 Vgl. H. Fischer, Das Mainzer Rheinufer, in: Die Alte Stadt 2/1993, S. 241 ff.



Abb. 1: Kupferstich um 1700. Das Mainzer Rheinufer, damals weitgehend unbefestigt, diente in erster Linie als Warenumschlagplatz. Im Vordergrund ein Fährnachen. Rechts dahinter zwei Kähne vor der noch mittelalterlichen Stadtmauer (*Stadtarchiv Mainz*).

2. Das neue Ufer nach der Regulierung

Mit den umfangreichen Uferaufschüttungen und der Anlegung von drei Häfen entstand eine Kaimauer, die sich teilweise mehr als 100 Meter vor der alten Uferlinie erstreckte. Zuerst erwog man, auf dem neu gewonnenen Land die Bahnanlagen zu erweitern. Mit der 1884 erfolgten Bahnwestumfahrung bot sich schließlich die Möglichkeit einer Stadterweiterung zum Rhein hin. Die Verteidigungsfähigkeit der Festungsstadt musste aber weiterhin gewährleistet bleiben. Deshalb verlangten die Militärs eine uferparallele, mindestens 3,5 Meter hohe Quadermauer als Schutz vor Infanterieangriffen. Stadtbaumeister Kreyßig wollte aber den Blick zum Rhein nicht verbaut wissen. Er erreichte, dass der größte Teil der „Rheinkehl-Befestigung“ nur als ein zwar unüberwindbares, trotzdem aber transparentes Stab-Eisengitter hergestellt wurde. Damit ging einher die umfassende Neugestaltung der gesamten Uferzone vom Winterhafen im Süden bis zum zeitgleich erbauten Zoll- und Binnenhafen im Norden. Erstmals spielte hierbei die gewerbliche Ufernutzung nicht mehr die Hauptrolle. In den Mittelpunkt des Interesses rückte die Eignung des vor der Innenstadt gelegenen Uferabschnitts als flussbegleitende Flanierzone von hohem landschaftlichem Reiz. Es galt nun, militärischen Nutzen, schiffahrtsbezogene Gewer-



Abb. 2: Foto um 1890. Die nunmehr auf Grund der Rheinregulierung befestigte Uferzone gliedert sich in eine untere Ebene mit überwiegend schiffahrtsbezogener Nutzung und abschnittsweise mit Treppen zum Wasser hin ausgestattet, sowie eine obere Ebene, die als baumbestandene Allee ausgebildet war (*Stadtarchiv Mainz*).

be und Naherholung geschickt zu kombinieren. Gegenseitige Störungen mussten auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Mainz betrat mit dieser Aufgabenstellung städtebauliches Neuland.

3. Zwei Uferebenen

Stadtbaumeister Kreyßig schuf zwei unterschiedliche Uferebenen (vgl. Abb. 2). Die obere Ebene begrenzte stadtseitig ein kilometerlanger, auf einem hohen Sandsteinsockel stehender Eisengitterzaun, unterbrochen von Mauerscheiben. Hierbei handelte es sich um aufwändig gestaltete und aus behauenen Rot- und Gelbsandsteinquadern bestehende „Rheintore“. Sie besaßen für Fußgänger und Fahrzeuge unterschiedlich breite Durchgänge. Ihre Schießöffnungen hatten nur symbolische Bedeutung und dienten eher als Bauzier. Ebenfalls schmückende Funktion kam den Torbekrönungen zu in Gestalt von Musenfiguren, Wappenkartuschen, Löwen u.ä. Zwar ähnelten sich alle Rheintore, in der Detailausbildung unterschieden sie sich jedoch erheblich. Parallel zu dem Eisengitterzaun verlief stadtseitig eine Straße, die die

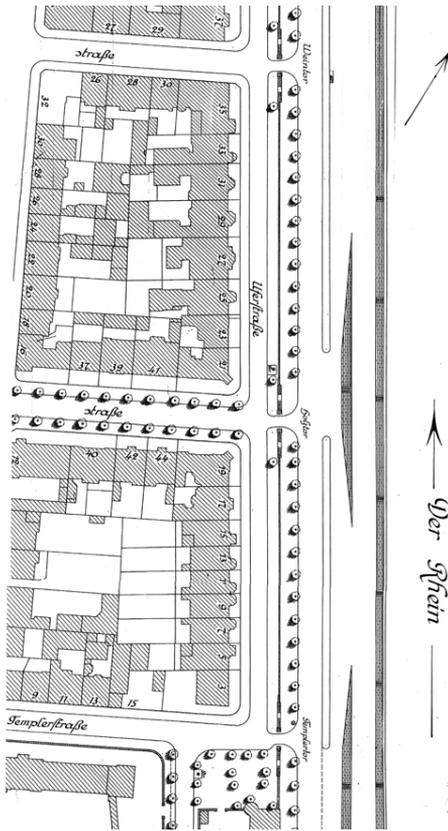


Abb. 4: Ursprünglich war die gesamte Uferzone in eine untere Ebene und eine stadtsseitig sie begleitende Promenade gegliedert. Die Fahrverbindung zwischen beiden Ebenen gewährleisteten Doppelrampen. Der südliche Uferabschnitt wurde Anfang der 1960er Jahre völlig umgestaltet.

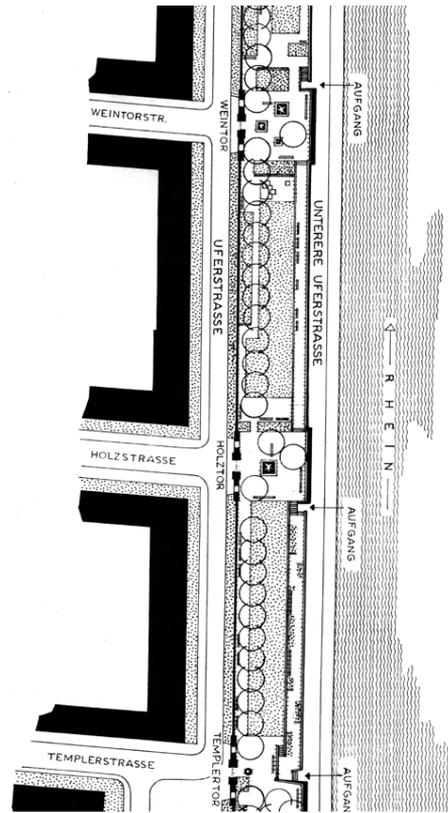


Abb. 5: Nach der Planung von Gottfried Kühn wurde 1964 die lineare Gliederung des südlichen Abschnitts der Uferzone aufgegeben zu Gunsten einer verbreiterten, nunmehr kleinteilig strukturierten Promenade mit "raumbildender" Bepflanzung und sich verkröpfenden Wegen, die sich stellenweise platzartig erweiterten.

dortigen Wohnhausgrundstücke erschloss. Rheinseitig legte Kreyßig auf dem gleichen Niveau eine baumbestandene Promenade an, ausgestattet mit einer wassergebundenen Decke, die so zum Spaziergehen besser geeignet war als ein Pflaster- oder Asphaltbelag.²

2 Vgl. Joseph Stübgen, *Der Städtebau*, S. 106 ff., Wiesbaden 1890.

Die untere, entlang der Kaimauer gelegene und wesentlich breitere Ebene musste ausreichend Platz bieten für den Güterumschlag. Auch den spezifischen Bedürfnissen der Personenschifffahrt hatte die untere Uferterrasse Rechnung zu tragen. Erreichbar war sie für Fahrzeuge über Doppelrampen, für Fußgänger über integrierte Treppen. Als Standorte der Rampen und Treppenanlagen wählte man die östliche Verlängerung der Rheintor-Achsen. So entstand eine kennzeichnende Rhythmisierung der Uferzone mit einem lebendigen Geländeprofil (vgl. Abb. 4). Die durchgehende Pflasterung besaß eine lineare Gliederung durch ein Eisenbahngleis, das die Verbindung zum Zoll- und Binnenhafen herstellte. Breite Treppenanlagen unterbrachen die Kaimauer in Höhe der wichtigsten Rheintore und erlaubten den direkten Zugang zum Wasser. Dort landeten kleine Lastkähne an. Das ersparte spezielle Landungsbrücken für diesen Bootstyp. Von den Treppen aus gelangte man später auch zu den hölzernen, auf Pontons errichteten Rhein-Schwimmbädern und zu einer Mainzer Besonderheit, den schwimmenden „Waschbrücken“. Bis in die 1950er Jahre wuschen Mainzer Hausfrauen dort ihre häuslichen Textilien.

Als städtebauliche Dominante entstand vor dem Neuen Zeughaus des 18. Jahrhunderts fast zeitgleich mit der ebenfalls das Uferbild prägenden Stadthalle im Jahr 1884 die Straßenbrücke, damals wohl die eleganteste Bogenkonstruktion am Rhein, hervorgegangen aus einem reichsweiten Wettbewerb und entworfen vom Architekten Friedrich von Thiersch. Die zunehmende Beliebtheit der Uferpromenade als Flanierzone führte zum Bau hölzerner Kioske mit quadratischem oder sechseckigem Grundriss und oft aufwändiger Dachgestaltung. In der Nähe der Stadthalle leistete sich die Köln-Düsseldorfer-Personenschifffahrtsgesellschaft eine Fahrgast-Station, die in ihrer Opulenz einem Bahnhof-Empfangsgebäude ähnelte. Die überall spürbare Liebe zum gestalterischen Detail ließ das neue Rheinufer bis zum Ersten Weltkrieg zu einem Gesamtkunstwerk des öffentlichen Raums werden.

4. Neues Erscheinungsbild

Nach dem Ersten Weltkrieg bekam auch die inzwischen verteidigungstechnisch obsolet gewordene und deshalb ihres Eisengitters beraubte Uferzone den Wandel vom Historismus zum Bauhausgedanken zu spüren. Weg vom Ornament, hin zur Neuen Sachlichkeit - daran orientierten sich nunmehr alle baulichen Neuschöpfungen am Rhein. Den Anfang machte die Köln-Düsseldorfer-Personenschifffahrtsgesellschaft. Sie ersetzte ihre alte Fahrgast-Station durch einen zwar prägnanten, in seiner recht nüchternen Ausformung aber durchaus zeittypischen Neubau. Sachlichkeit zeichnete auch den Rheinpegel-Bau an der Kaimauer in Höhe des Brückentors aus. Der Wille zur Gestaltung war aber bei beiden Bauten noch deutlich spürbar. Sie wirkten alles andere als provisorisch. Mit ihrer Verbreiterung verlor die Straßenbrücke 1930 ihre vier „Octroi-Häuschen“ und ihre die Pfeilerstellung betonenden Sandstein-Py-

lone. Am Fischtorplatz erinnert seit den 1930er Jahren neben der Treppenanlage eine adlerbekrönte Sandstein-Stele an den 1914 gesunkenen Kreuzer „Mainz“.

Schließlich verschwand nach dem Zweiten Weltkrieg fast das gesamte gusseiserne Promenadengeländer. Der Bau einer hölzernen Notbrücke führte zur Teilerstörung des Kaisertors. Wenig später brach man zwecks Verbreiterung der Uferzufahrt den nördlichen Teil des Raimundtors ab. Mitte der 1960er Jahre kam es zwischen Fischtorplatz und Winterhafen zur völligen Beseitigung des alten Uferprofils. Nach Plänen von Gottfried Kühn wurde dort die Promenade verbreitert und angehoben sowie mittels unterschiedlicher Grünflächen und „raumbildender“ Bepflanzungen kleinteilig strukturiert (vgl. Abb. 5). Die einst gradlinigen, uferparallelen Wege wurden mehrfach verkröpft. Nur einige Promenadenbäume erinnern heute noch an die frühere Ufergestaltung. Außerdem wurde der begrünte Geländestreifen zwischen der einstigen Sockelmauer und der Ufer- bzw. Taunusstraße mit amorphem Gehölz bepflanzt. Nach kräftigem Wachstum begann es, allmählich den Blick auf den Rhein zu beeinträchtigen.

Was der Altstadt recht war, sollte 1972/73 der Neustadt billig sein. Dort baute man am Frauenlobtor die Treppenanlage um, installierte einen Brunnen mit Bronzeplastik und ersetzte in der unteren Ebene das Pflaster durch Rasen, Gehölze und einen feuerdornumrandeten, mit Maschendraht umzäunten Kinderspielplatz. Am Fuß der Promenadenmauer wucherten bald Gehölze, die an einzelnen Stellen übermannshoch und sichtsperrend diese Promenade überragten.

Seit 1974 dominieren zwischen Theodor-Heuss-Brücke und Fischtorplatz als Folge des Rathaus-Neubaus statt Granit und Grauwacke nunmehr Betonsteinbeläge und -brüstungen. Auch hier hob man die untere Ebene auf das Niveau der Promenade an. So verschwanden zahlreiche Ufertreppen. Der Neugestaltung fiel auch die Köln-Düsseldorfer-Fahrgast-Station aus den 1920er Jahren zum Opfer. Sie wurde durch einen Fahrkartenverkaufscontainer einfachster Machart ersetzt. Schon bald nach den Wiederaufbaujahren waren wegen der zunehmenden Wasserverschmutzung die Schwimmbadanlagen und die „Waschbrücken“ verschwunden. Die noch aus der Vorkriegszeit stammenden Kioske wurden beseitigt. Neu hinzu kam neben der Theodor-Heuss-Brücke eine vom Rathaus-Architekten Arne Jacobsen anspruchsvoll gestaltete Flusswassermessstation.

5. Anzeichen von Verwahrlosung

Trotz der gravierenden Veränderungen nutzten auch weiterhin insbesondere an schönen Wochenenden Scharen von Spaziergängern die Uferpromenade. Der großzügige Landschaftsraum mit dem breiten Fluss und den Fernblicken auf den Taunus besaß weiterhin eine außerordentliche Anziehungskraft. Nichtsdestotrotz mehrten sich Anzeichen der Verwahrlosung, so insbesondere im Bereich des umgestalteten Ufers

südlich des Fischtorplatzes. Zwischen Theodor-Heuss-Brücke und Kaisertor wurde die untere Uferebene zunehmend als Parkplatz genutzt, was schließlich in den 1980er Jahren zu dessen Bewirtschaftung führte. Verbunden war dies mit der Errichtung von Schranken, Kassenautomaten und kleineren Umbauten, die insgesamt das Bild des Ufers spürbar veränderten.

Schon Ende der 1970er Jahre kam der Wunsch auf, die parkenden Autos am Rheinufer in einer Tiefgarage verschwinden zu lassen. Es blieb vorläufig bei unverbindlichen Planungsüberlegungen. In den 1980er Jahren wurde der dortige Uferabschnitt jedoch immer unansehnlicher. So überwucherte Unkraut die zum Wasser hin führenden Treppen. Zwischen Fischtorplatz und Winterhafen begannen in den Ritzen der Böschungen Pappeln zu wachsen.

Am Stresemann-Ufer wurde eine bronzene Tigerplastik Opfer des um sich greifenden Vandalismus. 1989 entdeckte man erhebliche Schäden an der hundert Jahre alten Kaimauer. Ihre Standfestigkeit galt als gefährdet. Das ließ die Anhänger eines Uferparkdecks frohlocken. Sie hofften, die Kaimauerreparatur mit einem Tiefgaragenbau verbinden zu können.

Eine Wende zum Positiven im bisherigen Umgang mit dem Rheinufer schien sich 1986 anzubahnen. Es begannen umfassende Restaurierungsarbeiten am Schlossstor, dem schönsten der erhalten gebliebenen Rheintore. Zwecks Anfertigung von Kopien nahm man 1990 die beiden figürlichen Torbekrönungen ab.

In den frühen 1990er Jahren drohte eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen das immer noch einigermaßen geschlossene Bild der Uferzone zu gefährden. Für Touristenbusse suchte man Parkplätze, eine öffentliche Toilette wurde gewünscht, Unternehmen der Fahrgastschiffahrt errichteten unbehelligt am Fischtorplatz große Werbetafeln und Schaukästen. Es mehrten sich die Anträge, im Uferbereich während des Sommers Wirtschaftsgärten einzurichten, natürlich mit der notwendigen Infrastruktur wie Bierausschankwagen und provisorische Toiletten u. a. Die Aufforderung an die Köln-Düsseldorfer Personenschiffahrtsgesellschaft, den Fahrkartentainer durch ein anspruchsvolleres Bauwerk zu ersetzen, blieb nach jahrelangen Verhandlungen dagegen bis heute erfolglos.

6. Das Rheinufer als Kulturdenkmal

Seit der Herausgabe des ersten Bandes der Denkmaltopographie für Mainz im Jahr 1986 stand fest, dass die gesamte Uferzone zwischen Winterhafen sowie Zoll- und Binnenhafen die Eigenschaft einer Denkmalzone besaß. Die städtische Denkmalpflege wollte deshalb dem schleichenden Niedergang nicht tatenlos zusehen. Sie erarbeitete im Frühjahr 1991 einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung des Zeugniswerts des Rheinufers. Zeitgleich bemühte man sich um eine gestalterische Aufwertung der Theodor-Heuss-Brücke. Hierzu bot sich ab 1992 wegen der fälligen

Sanierungsarbeiten eine gute Chance, die auch genutzt wurde. In den Mittelpunkt des Interesses der städtischen Denkmalpflege rückten aber auch die Rheintore, an denen mit Ausnahme des Schlosstors seit Jahrzehnten keine Instandhaltungsmaßnahmen mehr durchgeführt worden waren.

1992 verstärkten sich in der Presse die Rufe nach mehr Aufmerksamkeit für das Rheinufer und nach einer fachübergreifenden Projektgruppe, die ein unkoordiniertes Nebeneinanderherplanen verhindern sollte. Von der Gesellschaft für stadtnahes Parken in Mainz wurde die Idee eines Rheinufer-Parkdecks erneut ins Gespräch gebracht. Das Monatsblatt „Mainzer“ veröffentlichte 1994 eine Titelgeschichte mit der Überschrift „Das Rheinufer: Kein Aushängeschild für die Stadt“. Im gleichen Jahr erhielt das Schlosstor eine der beiden 1990 abgenommenen Figurenaufsätze in Kopie wieder zurück. Die Restaurierung der zweiten Figur wurde 2004 in Auftrag gegeben. 1995 drängte die städtische Denkmalpflege darauf, die aus den 1960er Jahren stammende Grünanlage zwischen Fischtorplatz und Templerstraße in ihrer Formensprache etwas zu straffen und damit die Strukturen der 1890er Jahre wieder deutlicher herauszuarbeiten. Immer noch zeigte sich dort die bronzene Tigerplastik demoliert und graffitiverschmiert.

Ebenfalls 1995 kündigte sich im südlichen Abschnitt des Rheinufers als Folge der Fertigstellung des ufernahen Neubaukomplexes „Fort Malakoff Park“ eine gravierende Änderung des bisherigen Erscheinungsbildes der dortigen Freiflächen an. Nach dem Ergebnis eines Realisierungswettbewerbs, den das Büro „realgrün“ aus München gewonnen hatte, sollten die hergebrachten Gestaltungsmerkmale wie die Uferstraße, Bürgersteige und Sockelstreifen sowie Böschungsmauern ersetzt werden durch eine großzügige Terrasse aus Betonplatten und eine breite, teilweise mit Holzsitzstufen versehene Treppenanlage.

7. Rheinuferforum

Die kommunalen CDU- und SPD-Fraktionen hatten im Mai 1996 für das Rheinufer ein Gesamtkonzept angemahnt. Nach der Erörterung im Stadtrat Anfang März 1997 titelte die Allgemeine Zeitung: „Schönheit statt Beton und Autos. Stadt Mainz will dem „Vater Rhein“ netteres Gesicht zuwenden“. Unter Federführung des Stadtplanungsamtes etablierte sich im Januar 1998 ein „Rheinuferforum“ als „große Ideenbörse“, wie die Allgemeine Zeitung schrieb. Beteiligt waren neben einer „Lenkungsgruppe“, der u.a. auch Hartmut Arras von der „Stiftung für Zukunftsgestaltung“ (Basel) angehörte, eine Gruppe von Anwohnern, ein Architekt und Landschaftsarchitekt, ein Mitarbeiter der Denkmalfachbehörde, der ehemalige Präsident der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest sowie ein Grafikdesigner. Von Seiten der Wirtschaft nahmen der ehemalige City-Manager sowie Repräsentanten der beiden Schifffahrtslinien teil. Die „Grundeigentümer“ waren vertreten durch die Mainzer Auf-

baugesellschaft, die Stadtwerke Mainz AG, das Congress Centrum Mainz, das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften sowie den Direktor des Landtags Rheinland-Pfalz. Von der städtischen Verwaltung kamen die Leiter mehrerer Ämter hinzu. Die „Politik“ war mit Stadtratsmitgliedern sowie den Ortsvorstehern Mainz-Altstadt und -Neustadt zugegen. Auch die rechte Rheinseite durfte mitmachen. Die Ortsvorsteher von Mainz-Amöneburg, -Kastel und -Kostheim (zum Stadtkreis Wiesbaden gehörig) wurden eingeladen. Ein Vertreter des Stadtplanungsamts Wiesbaden und die Planergruppe Hydrek, Thomas Weyell & Weyell diskutierten ebenfalls mit.

Das Rheinuferforum tagte fünf Mal zu verschiedenen Themen zwischen Januar und Mai 1998. Die lokale Presse nahm außerordentlich regen Anteil, so dass eine umfassende Information der Bevölkerung über den jeweiligen Beratungsstand gewährleistet war. Im Mai 1999 wurde ein Empfehlungskatalog verabschiedet. Er gliederte sich in „Hauptempfehlungen“ mit zwölf Unterpunkten sowie „Empfehlungen im Einzelnen“ mit den Kapiteln „Gestaltung“ (18 Unterpunkte), „Nutzung“ (8 Unterpunkte), „Erschließung“ (7 Unterpunkte), „Verkehr/ruhender Verkehr“ (6 Unterpunkte) und „Sicherheit und Sauberkeit“ (2 Unterpunkte). Auf das Thema eingestimmt hatte das Stadtplanungsamt bereits 1997 mit einer Broschüre „Rheinufer - Geschichte, Bestand, Analyse“.³ Die Ergebnisse des Rheinuferforums wurden im Jahr 2000 ebenfalls als Broschüre in einem Schlussbericht zusammengefasst.⁴

Bereits 1998 hatten einzelne Ämter der Stadtverwaltung begonnen, sich um die Verwirklichung jener Vorschläge des Rheinuferforums zu bemühen, die kurzfristig ohne außerordentlich hohen Finanzaufwand umgesetzt werden konnten. Dazu gehörte in erster Linie die „Entrümpelung“ der Uferzone. Das betraf sowohl den Schilderwald als auch das stellenweise wild wuchernde Grün. Die neue „Malakoff-Terrasse“ in der Nähe des Winterhafens mit ihren großzügigen Sitztreppen wurde Mitte Mai 1998 fertig gestellt und im Nu von meist jugendlichen Flaneuren begeistert in Besitz genommen. Man lernte die ungewohnte Großzügigkeit der Uferzone als außerordentlich kommunikationsfördernd zu schätzen.

Die am 21. Mai 1999 auf der Abschlussitzung des Rheinuferforums beschlossenen Hauptempfehlungen bestätigten die von unterschiedlicher Seite schon vorher erhobene Forderung, alle Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Aufenthalts- und Gestaltqualität an einem Gesamtkonzept zu orientieren. Des Weiteren wurde die Bedeutung der noch erhaltenen historischen Strukturen als „Grundgerüst“ für eine behutsame Weiterentwicklung unterstrichen. Insbesondere den Rheintoren sollte man als wichtigem Identitätsfaktor mehr Aufmerksamkeit widmen. Das verlangte u.a. nach Beseitigung jener hoch gewachsenen Gehölze, hinter denen die Tore stellenweise zu verschwinden drohten. Die Wiederherstellung des Kaisertor-Mittelteils gehörte ebenfalls zum Forderungskatalog des Rheinuferforums.

3 *Stadtplanungsamt Mainz*, Rheinufer-Geschichte, Bestand, Analyse: Mainz 1997.

4 *Stadtplanungsamt Mainz*, Rheinuferforum Mainz, Schlussbericht; Mainz 2000.

Man empfahl darüber hinaus, die das historische Ufer deutlich linear gliedernden Strukturen auch in den nach 1945 veränderten Bereichen zumindest ansatzweise wieder erkennbar zu machen, so insbesondere zwischen Fischtorplatz und Templertor. Das bedeutete dort eine Abkehr von der Kleingliedrigkeit der 1960er Jahre und die Rückbesinnung auf den eher städtischen Alleecharakter mit gradlinig geführter Promenade. Die Forderung nach gestalterischer Sorgfalt auch im Detail zielte nicht nur auf harmonisch aufeinander abgestimmte Möblierungselemente, sondern verlangte auch nach einer Reduzierung diverser Schilder, Schaltkästen, Absperripoller u.ä., die sich unkoordiniert im Laufe der Jahre angesammelt hatten und das Erscheinungsbild der Uferzone zunehmend beeinträchtigten. Eine zentrale, ämterübergreifende Verantwortlichkeit für das Rheinufer sollte künftigen „Wildwuchs“ schon im Keim ersticken sowie eine regelmäßige Grünpflege, die konsequente Sauberhaltung und die prompte Beseitigung von Graffiti-Schmierereien gewährleisten.

Die der Promenade vorgelagerten Flächen auf der unteren Ebene schienen - bei einem abschnittswisen Verzicht auf die grundsätzlich angestrebte Begrünung - geeignet für Messen, Märkte und Veranstaltungen. Am ehesten kam hierfür der Uferabschnitt vor dem Kurfürstlichen Schloss in Frage, ebenso die Malakoff-Terrasse und das Umfeld von Rathaus und Rheingoldhalle. Skepsis bestand 1999 gegenüber der in Rede stehenden Rheingoldhallen-Erweiterung Richtung Rathaus/Jockel-Fuchs-Platz. Eine solche Erweiterung sah man im Widerspruch zum Ziel, das Ufer unter Hervorhebung städtebaulicher Achsen besser mit der Stadt zu verbinden.

Schließlich sprach sich das Rheinuferforum dafür aus, gastronomische Nutzungen auf Schwerpunkte zu konzentrieren und bei der Auswahl von geeigneten Standorten die Nähe von Wohngebieten zu meiden. Auch Restaurant-Schiffe und -Pontons wurden als Möglichkeit angesehen, die uferspezifische Attraktivität zu steigern. Überörtliche Bedeutung maß das Forum einem durchgehenden Radweg zu von der Ingelheimer Aue über den Zoll- und Binnenhafen bis zur Eisenbahnbrücke und zum Stadtpark. Für die auf der Mainz-Kasteler Seite liegende Maaraue wünschte man sich eine bessere Erreichbarkeit. Man hielt eine Verringerung des Verkehrsaufkommens auf der Theodor-Heuss-Brücke für erstrebenswert und empfahl, die Auswirkungen einer zusätzlichen, rheinabwärts erwogenen Rheinbrücke sorgfältig zu überprüfen. Die gewünschte Verkehrsentlastung des uferparallelen Straßenzugs setzte eine mit Wiesbaden abgestimmte Verkehrsplanung voraus.

8. Wunsch und Wirklichkeit

Die Empfehlungen des Rheinuferforums fanden in der örtlichen Presse ein lebhaftes Echo. Dem Ideenkatalog räumte die Mainzer Rheinzeitung im Januar 2000 eine Sonderseite ein, während die Allgemeine Zeitung dem Thema eine dreiteilige Serie widmete. Ebenfalls im Januar 2000 wurden Ideenskizzen eines privaten Planungsbüros für die gestalterische Aufwertung des Stresemannufers zwischen Fischtorplatz und

Templertor veröffentlicht. Im Juni des gleichen Jahres beschloss der Stadtrat einen auf der Grundlage der Rheinuferforum-Empfehlungen vom Stadtplanungsamt erarbeiteten „Rahmenplan Rheinufer“.

Die Überlegungen zum Bau einer Tiefgarage zwischen Kaisertor und Schlosstor waren Ende 2001 in ein konkretes Stadium getreten. Für die Oberflächengestaltung und die Garagenerschließung hatten die beiden kooperierenden Büros Bierbaum + Partner und planquadrat Entwürfe ausgearbeitet. Sie sahen auf der Tiefgaragendecke eine Rasenfläche mit begleitenden Wegen vor und stadtseits zwischen den Rheintoren gläserne Treppenhausbauten zur Fußgängererschließung der Tiefgarage. Am Raimunditor war eine vollsignalisierte Ein- und Ausfahrt geplant. Gegen die Auflage der unteren Denkmalschutzbehörde angesichts der durch die Erschließungsbauwerke zu erwartenden Beeinträchtigungen sozusagen als eine Art Ausgleich zumindest den nördlichen Teil des Raimunditors wieder herzustellen, erhob der Bauherr der Tiefgarage Widerspruch. Man einigte sich später darauf, zumindest den Torsokkel und daran anschließend die historische Sockelmauer zu rekonstruieren, und zwar in der Hoffnung, dass die Wiederherstellung der nördlichen Torhälfte durch Sponsorengelder dereinst gelingen möge. Die strikte Kostendeckelung stellte allerdings noch vor der Fertigstellung der 12 Millionen Euro teuren Tiefgarage diese Übereinkunft wieder in Frage, wie überhaupt sich in den monatelangen Abstimmungsgesprächen die Schwerpunkte der Diskussion weg vom Ziel der gestalterischen Aufwertung und hin zu den technischen Details bewegten.

Die drohende Gefahr einer vom engen Kostenrahmen diktierten Beschränkung auf das funktional Notwendige verstärkte sich mit zunehmendem Baufortschritt. Hoch schlugen die Wellen im November 2003, als es um die Möblierung des wegen des Tiefgaragenbaus neu zu gestaltenden Uferabschnitts ging. Der Bauausschuss hatte auf der Basis von Vorschlägen einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe und des beauftragten Planungsbüros ein gestalterisch anspruchsvolles „Beleuchtungs- und Möblierungskonzept“ für das gesamte Rheinufer zwischen Zoll- und Binnenhafen und Winterhafen beschlossen sowie empfohlen, Muster der einzelnen Möblierungselemente aufzustellen und den Ortsbeiräten sowie der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich hierzu eine Meinung zu bilden.

Keinen Anklang fand das Möblierungskonzept beim Ortsbeirat Mainz-Neustadt. In den beiden Mainzer Lokalzeitungen fanden sich Anfang Dezember 2003 folgende Überschriften: „Zu modern und inhaltslos - Ortsbeirat übt Kritik“ sowie „Laternen alle zu modern – Ortsbeirat Neustadt fordert weitere Varianten“. Die Aufstellung der Musterexemplare begleitete die Allgemeine Zeitung mit der Überschrift „Welche Bank hätten Sie denn gerne?“, und die Mainzer Rhein-Zeitung stellte die ähnliche Frage „Welche Möbel sind gut fürs Rheinufer?“ Danach startete die Allgemeine Zeitung eine Telefonaktion, deren Ergebnis „Ein leichtes Plus für Holzbänke“ war. Dem Möblierungsbeschluss des Bauausschusses vom 15. Januar 2004 begegnete die Lokalpresse mit nörglerischen Überschriften wie „Neue noble Möbel



Abb. 6: Die 1998 fertig gestellte Malakoff-Terrasse weitet die Promenade zu einem großen Platz auf, der sich mit einer breiten Treppenanlage zum Rhein hin öffnet. Pflanz- und Möblierungselemente wurden bewusst nur sparsam eingesetzt.

am Rheinufer“ und „Nobel-Mülleimer am Rheinufer?“ Prompt riefen die recht hohen Preise pro Sitzbank und Papierkorb umgehend Kritiker von der FDP und den Grünen auf den Plan. Auch der Steuerzahlerbund zeigte sich „empört“ und kritisierte die Ausschussempfehlung „scharf“.

Erst nach wochenlangem Hickhack sah sich die Herstellerfirma in der Lage, die favorisierten Bänke und Papierkörbe drastisch zu verbilligen. Außerdem tat sich ein Sponsor auf, der zehn Bänke zu finanzieren versprach. Damit war das Thema vom Tisch. Im März 2004 wurden mit großem Presseecho die 27 vor Beginn der Bauarbeiten von der Promenade entfernten Platanen wieder an ihren alten Standort zurückgebracht. Im Oktober 2004 feierte man die Eröffnung der Tiefgarage.

9. Aktueller Zwischenstand

Von dem umfassenden Zielkatalog des Rheinuferforums und von den innerhalb der Verwaltung aufgestellten Erledigungslisten ließ sich bis zum Jahr 2004 nicht zuletzt wegen der außerordentlich angespannten Haushaltslage erst ein kleiner Teil abar-

beiten. So wurde der grüne Wildwuchs auf der Uferböschung zwischen Fischtor und Templertor entfernt. Zumindest teilweise kam es zu Bereinigungen bei Schildern, Pollern und Schaukästen. Das Angebot an punktuellen Spielmöglichkeiten (Spielpunkte) konnte komplettiert werden, und die Rheintore zwischen Fischtorplatz und Holzstraße stehen dank Gehölzrückschnitt wieder frei. Die demolierte und jahrelang durch Graffiti-Schmierereien verunstaltete Tiger-Plastik wurde mit privaten Geldern instand gesetzt und gereinigt.

Zwischen Schlosstor und Kaisertor zeigt sich ein Teil der unteren Uferzone bereits in seiner endgültigen Gestalt mit großflächigen Rasen-Hochbeeten. Damit erhielt dieser ursprünglich aus Zweckmäßigkeitsgründen gänzlich gepflasterte Uferabschnitt eine Qualität, die auf vorbildliche Weise das gestalterische Konzept von Stadtbaumeister Kreyßig ohne die sich aus einer gewerblichen Nutzung ergebenden Restriktionen zeitgemäß fortschreibt. Unter Verzicht auf gestalterische Aufgeregtheiten im Detail strahlen die Rasen-Hochbeete eine wohlthuende Ruhe aus, die mit der klaren Linearität der Promenadenallee eindrucksvoll harmoniert. Vor dem Raimundtor, dessen Nordhälfte noch der Rekonstruktion harrt, betont ein mit großformatigen Platten belegter Platz die gliedernde und gestalterische Identität vermittelnde Bedeutung der historischen Toranlagen. Bei den übrigen Toren sind solche Plätze ebenfalls vorgesehen. Auf Grund ihrer Materialtransparenz drängen sich die neuen Treppenhauskuben zwischen den Rheintoren optisch nicht in den Vordergrund. Die Verkehrssignalanlagen an der Tiefgaragen-Rampe waren leider unvermeidbar.

10. Vorschläge und Initiativen

Im September 2004 wollte eine Stadtratsfraktion den neuen Mittelstreifen der uferbegleitenden Peter-Altmeier-Allee mit „winterharten Palmen und Zypressen“ von einem privaten Sponsor bepflanzen lassen. Als Ausgleich sollte dem Gartenbaubetrieb die Möglichkeit geboten werden, mit einem Schild auf seinen Betrieb hinzuweisen. Der aus Geldnot erzwungene Verzicht auf die Komplettierung des Raimundtors blieb bei den städtischen Gremien ohne erkennbare Reaktion. Derweil kam die Forderung nach einem an der Kaimauer anzubringenden Schriftzug „Mainz“ ins Gespräch. Vorbeifahrenden Schiffstouristen ausländischer Herkunft sollte so die Stadt nicht mehr unerkant bleiben. Voraussichtliche Kosten: bis zu 15.000 Euro.

Inwieweit wieder Restaurantschiffe, von denen das letzte Anfang Januar 2004 für immer ablegte, oder die von einem Planungsbüro vorgeschlagenen Restaurant-Pontons zur gewünschten Belebung des Ufers dereinst beitragen werden, lässt sich gegenwärtig nicht prognostizieren. Einvernehmen bestand bei allen Beteiligten darüber, dass Biergarten-Nutzungen gestalterische Mindestanforderungen erfüllen müssen. Angesichts der Begehrlichkeiten, die ein schönes Rheinufer weckt, waren aber diesbezüglich schon vor Jahren Konflikte abzusehen. Und so kam es auch.

Im Sommer 2004 jubelte die Lokalpresse wochenlang über die Absicht einer Gruppe Mainzer Szene-Kneipiers, an der Theodor-Heuss-Brücke tausend Tonnen Sand auf das Uferpflaster zu schütten, um bei Sonnenhungrigen „Urlaubsgefühle“ (FAZ) zu wecken. Als Vorbild galten ähnliche Aktionen in anderen Städten, so u.a. an der Seine in Paris, denen dort durchaus Erfolg beschieden war. Unbeschadet des meist wenig besucherfreundlichen Wetters bekundeten die Initiatoren am Ende der Sommersaison, sie planten 2005 eine Neuauflage des Sandstrands. Skeptiker sehen in dieser Ankündigung eher eine Drohung als eine Verheißung. Denn der „Sandstrand“ war verbunden mit wenig ansprechenden Sperrzäunen, unübersehbaren Reklametransparenten und Abfall-Containern sowie entlang der Promenade mit einer Ansammlung extrem hässlicher Buden und Baracken. Angesichts des experimentellen Charakters, den das Vorhaben auszeichnete, konnte es natürlich nicht verwundern, dass die Betreiber hohe Investitionsausgaben für gut gestaltete Kioske, Bierwagen, Toiletten u.ä. scheuten und deshalb Provisorien bevorzugten.

11. Ausblick

Das Sandstrand-Beispiel dokumentiert einen Grundkonflikt, der so ohne weiteres nicht lösbar ist: Je mehr Menschen das allmählich wieder attraktiver werdende Rheinufer anlockt, umso mehr weckt dies Begehrlichkeiten bei denen, die daraus ein Geschäft machen wollen. Allerdings dürfen die Erscheinungsformen privatwirtschaftlicher Nutzungen der erklärten Absicht der Stadt nicht zuwiderlaufen, den am Ufer erkennbar gewordenen Verwahrlosungsprozess zu stoppen und Zug um Zug sowie mit der gebotenen Konsequenz eine gestalterische Aufwertung zu erreichen. Dabei spielen die überlieferten Freiraumstrukturen für die Gewährleistung der Identität und damit auch der Attraktivität des Ortes eine ausschlaggebende Rolle.

Man muss abwarten, ob privatwirtschaftliches Engagement dem gerecht wird, zumal die entsprechenden Nutzungen vorab Investitionen erfordern, die sich erst nach Jahren rechnen dürften. Es gilt des Weiteren, das Interesse der gewählten Volksvertreter an der Instandsetzung der arg in die Jahre gekommenen Rheintore wach zu halten und hierfür die notwendigen Finanzmittel bereit zu stellen. Auch kommt es darauf an, die gestalterische Straffung des südlichen Uferabschnitts und die damit verbundene Annäherung an bauzeitliche Qualitäten zielgerichtet zu Ende zu bringen. Nicht zuletzt müssen so profane Aufgaben wie die unverzügliche Beseitigung von Graffiti-Schmierereien ordentlich erfüllt werden.

Ob dies alles in den nächsten Jahren gelingen wird, ist sicherlich eine Frage des Geldes. Es hängt aber auch davon ab, wie hoch die Kommunalpolitik den Stellenwert eines attraktiven uferbegleitenden Freiraums im Standortwettbewerb der Städte und Regionen einschätzt.

Siegfried Hoche

Brückenschläge in Görlitz

Der Fluss als territoriale Schranke

Ausschlaggebend für die Entwicklung eines Ortes – besonders im Mittelalter – waren die Landverbindungen: Wege und Straßen mit ihren Pässen, Brücken und Furtten.¹ Görlitz lag an der „Hohen Straße“ oder „via regia“, der damals wichtigsten Ost-West-Trasse Mitteleuropas. Man nutzte sie, wie Siedlungsfunde zeigen, schon in ur- und frühgeschichtlicher Zeit. Sie verband Santiago de Compostela, Paris, Reims, Frankfurt/Main, Erfurt Leipzig, Bautzen, Görlitz, Breslau, Krakau und Kiew als Handels-, Heeres-, Post- und Pilgerweg.

Die „via regia“ durchquerte in Görlitz nicht nur die Neiße, sondern kreuzte auch die wichtige Nord-Süd-Verbindung, die den Ostseebereich in Richtung Prag und Venedig verband. Jene Straße verlief bis Zittau parallel zu Oder und Neiße. Verkehrsgeographisch lag Görlitz also an günstiger Position.

Erstmals urkundlich erwähnt findet sich Görlitz im Jahre 1071 als „villa goreliz“² („Brandstätte“). Der Ortsname verweist auf die früheren slawischen Bewohner der Siedlung, welche heute die östlichste Stadt Deutschlands ist. Das kleine rundlingsartige slawische Dorf lag über der Hochwassergrenze am Ufer der Lunitz. Ganz in der Nähe befand sich eine Furt über die Neiße. In der Nähe des Dorfes entwickelte sich um die Mitte des 12. Jahrhunderts direkt an der via regia (heute Steinstraße) eine deutsche Kaufmannssiedlung,³ zu welcher eine Nikolaikirche gehörte.⁴ Auf dem anstoßenden Bergsporn über der Neiße wurde im Jahre 1126 an einer böhmischen Burg gebaut (Vogtshof). Besonders die um das Jahr 1200 die Oberlausitz erreichende deutsche Ostkolonisation, in deren Verlauf hunderttausende Bauern aus den Altsiedelgebieten in das dünn besiedelte Territorium östlich der Saale und Elbe zogen, begünstigte die Entstehung der mittel- und ostdeutschen Städte als Handelsplätze und Handwerkszentren. Diese entstanden entlang den Hauptverkehrswegen etwa im Abstand einer Tagesreise. Mit der Kolonisation entwickelte sich auch die Landesherrschaft, und militärische Beherrschung und Sicherung des Territoriums erforderten die permanente Einsatzmöglichkeit bewaffneter Truppen. Da diese in der Lage

- 1 R. Aurig, Görlitz im mittelalterlichen Verkehrsnetz, in: U. Marquart / N. Faust (Hrsg.), Görlitz. Von der mittelalterlichen Handelsstadt zur Grenzstadt an der Neiße, Görlitz 2000, S. 24.
- 2 Urkunde ediert in: Gustav Köhler, Codex diplomaticus Lusatiae superioris, Görlitz 1856, S. 11-13.
- 3 Pfefferzins im Tafelgüterverzeichnis 1152/53.
- 4 K. Blaschke, Die Anfänge der Stadt Görlitz, in: ders. Beiträge zur Geschichte der Oberlausitz. Gesammelte Aufsätze, Görlitz 2000, S. 220 f.

sein mussten, zu jeder Zeit das andere Ufer der Neiße erreichen zu können, benötigten der böhmische Landvogt und seine Burgbesatzung eine Brücke, da eine Furt bei Hochwasser oder Eisgang schwer oder gar nicht zu überqueren war. Die ständig nutzbare Brücke wiederum war auch für die Kaufleute attraktiv.

Die sich vom Vogtshof erstreckende südliche Höhenlage war für die Entwicklung der Stadt geeigneter als die frühen Siedlungen, zumal die Zeiten kriegerischer wurden. Die im Schutze der Burg planmäßig errichtete neue Siedlung wurde um das Jahr 1250 nochmals erweitert und bildete bis in das 19. Jahrhundert hinein den mauerbewehrten Kern der Stadt. Im Jahre 1528 antwortete der Stadtschreiber Johannes Hass seinem Landesherren, dem böhmischen König Ferdinand, auf die Frage, was der Stadt Nahrung sei, folgendes: „Des burgers Nahrung stunde auff dem bier breuen und hetten iren hendel, am meisten mit Gewande, denn es weren viel tuchmecher bey uns.“⁵

In Görlitz entwickelte sich im 14. und 15. Jahrhundert eine hauptsächlich für den Export produzierende Tuchmacherei. In ihrer Blütezeit standen die Görlitzer Tuchweber auf einer Stufe mit den Zentren des europäischen Textilgewerbes, etwa mit der Florentiner und Flandrischen Wollenindustrie, der Seidenindustrie von Genua und Venedig oder der Augsburger Baumwollweberei.⁶ Etwa 10.000 Einwohner lebten um das Jahr 1500 in Görlitz, womit die Stadt nahezu die Einwohnerzahlen der frühneuzeitlichen Großstädte Deutschlands erreichte. Noch vor Leipzig oder Dresden war Görlitz größte Stadt zwischen Erfurt und Breslau. Zahlreiche Privilegien, besonders aus der Zeit Kaiser Karls IV. und der folgenden Luxemburger, aber auch der während der Zeit der böhmischen Thronstreitigkeiten und unter dem ungarischen König Matthias Corvinus und der folgenden schwachen Landesherren, sorgten für Wachstum, Wohlstand und die Erbauung der heute noch nahezu unzerstört erhaltenen Görlitzer Altstadt mit ihren prächtigen Zeugnissen der Spätgotik und Renaissance. Diese erste Blütezeit der Stadt mit weit überdurchschnittlich exportorientierter Gewerbeleistung bis in die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts hinein wurde maßgeblich ermöglicht durch die Existenz von Brücken und offenen Grenzen. Aus dem Erfurter Raum kam die wichtige Tuchfärberpflanze Waid. Schlesische und polnische Wolle kaufte man auf dem Breslauer Wollmarkt. Görlitzer Tuche wiederum gingen nach Krakau (Polen), Ungarn, Siebenbürgen, in das osmanische Reich und nach Russland. Die Qualität der Görlitzer Tuche hatte einen so guten Ruf, dass ungarische Großhändler sogar auf deren vorherige Besichtigung verzichteten. Umgekehrt erwarb man wichtige Rohstoffe und Waren wie Silber, Kupfer, Blei, Wachs, Alaun und Leder aus Breslau, Spezereien aus Nürnberg. Sehr enge Handelsbeziehungen existierten auch mit Augsburger, Ulmer und Regensburger Händlern.

5 *Scriptores rerum Lusaticarum*. Neue Folge IV, Görlitz 1870, S. 367.

6 *H. Jecht*, Die Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmachergewerbes, in: *NLM* 100 (1924), S. 130.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts allerdings veränderten sich die wirtschaftlichen Grundlagen entscheidend. Politisch bedingte Begrenzungen des Handels führten zu Stagnation und teilweise Niedergang des tradierten Görlitzer Handels. Besonders betroffen war die Tuchmacherei. Die Türkenkriege zogen gewaltige Verluste auf den südosteuropäischen Märkten nach sich. Militärische Konflikte, Handels- und Zollkriege zwischen Sachsen und Preußen im 18. Jahrhundert sowie die Napoleonische Kontinentalsperre ab dem Jahre 1806 hatten fatale Auswirkungen auf das Görlitzer Wirtschaftsleben. Wenigstens gelang es den Görlitzer Kaufleuten, neue Märkte im Überseehandel mit Amerika und Indien zu erschließen.

Die Industrialisierung im 19. Jahrhundert brachte die Stadt zu neuer Blüte, begünstigt durch die kluge Stadtentwicklungspolitik ihres Bürgermeisters Demiani. Heinrich von Treitschke zählte ihn zu den bedeutendsten Kommunalpolitikern des 19. Jahrhunderts. Demiani, ein visionärer und tatkräftiger Kommunalpolitiker, erkannte die neuen, erst schemenhaft sichtbar werdenden Vorzeichen des Industriezeitalters und die daraus resultierende Notwendigkeit der Entwicklung eines angemessenen Bildungswesens und einer zeitgemäßen Infrastruktur. So förderte er insbesondere den Aufbau einer völlig neuartigen, den geistigen wie handwerklichen Anforderungen des Fabrikwesens gerecht werdenden Berufsschule und die planvolle Stadterweiterung. Letzterer verdankt die Stadt ihre stilvollen Wohnquartiere der Gründerzeit, die auch den zahlreichen Arbeitern, im Gegensatz etwa zu Berlin, menschliche Wohnbedingungen boten. Besonders der im Jahre 1847 begonnene Anschluss an die Eisenbahnen mit Verbindungen nach Dresden, Breslau, Berlin, Zittau, Prag und das Riesengebirge wurde für die Stadtentwicklung entscheidend. Zu den kühnsten Brückenbauten dieser Zeit gehörte das 1847 durch den Baumeister Kießler geschaffene Viadukt. Dieser 475 m lange und von 30 Bogen getragene 35 m hohe Brückenschlag nach sorgte für viele Impulse. Mit der Eisenbahn kamen die dringend benötigten Arbeiter aus Schlesien nach Görlitz, und mit der Eisenbahn entstand auch der Görlitzer Wagonbau. Die Firma Lüders wurde ein Weltunternehmen. Im Jahre 1889 baute man für Kaiser Wilhelm II. mehrere Salonwagen, ebenso 1900 für den Fürsten zu Fürstenberg-Donaueschingen. Waggons wurden geliefert nach Russland, Holland, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Belgien – aber auch ganze Züge für die Bagdadbahn. Zwischen 1870 und 1920 wurden 6.796 Personenwagen und 51.395 Güterwagen produziert. Der Umsatz 1920 betrug fast 100 Mio. Mark.

Zusätzliche neue Industriezweige wie die optische Industrie veränderten die Industriestruktur der Stadt. Die Einwohnerzahl stieg von 19.600 im Jahre 1850 auf 90.000 im Jahre 1933. Görlitz war bis 1945 der größte kommunale Grundbesitzer Deutschlands. Der städtische Braunkohlentagebau lieferte 1924 fast 350.000 Tonnen Kohle für das städtische Elektrizitätswerk und den Brikettverkauf. Die Stadt verfügte mit Museen, Bibliotheken und Theater über ein reichhaltiges Kultur- und Bildungsangebot. Durch den großen kommunalen Grundbesitz, die gesunde Wirtschaft, das ausgeprägte Kultur- und Geistesleben und die in Deutschland niedrigsten



Abb. 1: Görlitz 1945, zerstörte Brücke.

kommunalen Steuerbelastungen wurde Görlitz bis 1914 bevorzugter Wohnort vorwiegend Berliner Pensionäre.

Der Niedergang dieser langen Erfolgsgeschichte begann 1933 mit der Machtergreifung Adolf Hitlers. Durch die beginnende Judenverfolgung und letztlich durch den Holocaust verlor die Stadt ihr gesellschaftlich engagiertes und vermögendes jüdisches Bürgertum. Und mit ihm auch Unternehmer, Kommunalpolitiker und Mäzene, welche die Stadt bisher geprägt hatten.

Das Jahr 1945 markiert schließlich die wichtigste geschichtliche Zäsur der Görlitzer Stadtgeschichte überhaupt. Alles was Generationen in Jahrhunderten aufgebaut hatten, war mit dem Ende des „Dritten Reiches“ in Frage gestellt. Der Fluss, die Lausitzer Neiße, dem Görlitz seine Entstehung wesentlich verdankte, wurde erstmals in der Geschichte zur nationalen Grenze. Seit Ende des Jahres 1944 waren hunderttausende Menschen über die Brücken der Stadt vor der vorrückenden roten Armee geflüchtet. Noch am 7. Mai 1945 zerstörte die deutsche Wehrmacht in militärisch sinnloser Aktion sämtliche sieben Brücken der Stadt und des Umlandes. „Görlitz befand sich in derselben Lage wie eine Insel“, schrieb der damalige Ober-

bürgermeister Alfred Fehler.⁷ So symbolträchtig diese Sprengungen auch waren, so blieb die Stadt selbst beim nahezu kampflosen Einmarsch der Roten Armee am 8. Mai glücklicherweise fast unzerstört. Was hingegen der Einmarsch für die Einwohner bedeutete, schildert das „Görlitzer Tagebuch“ des Pfarrers Franz Scholz: „Was kommt, ist der harte Gegenschlag der Rache für alles, was Hitler den Völkern im Osten durch die SS angetan hat. Jetzt sind wir daran, die Rechnung zu bezahlen. Grausig ist es nun (für die 20.000) in Görlitz leben zu müssen. Unzählige Züge von frei schwärmenden, Frauen und Beute suchenden Rotarmisten sind unterwegs.“⁸

Am 1. Juni 1945 um Mitternacht wurde ohne Vorankündigung die von den Russen erbaute Behelfsbrücke für Deutsche gesperrt. Bald befand sich der westliche Teil der Stadt in einer katastrophalen Situation. 55.000 Schlesier, die zurück in die Heimat wollten und die ca. 8.000 vertriebenen Bewohner der östlichen Neiße vorstadt waren kaum zu ernähren und unterzubringen. Ab dem 20. Juni 1945 begannen polnische Milizen zudem mit der Vertreibung der Niederschlesier. Franz Scholz schrieb dazu: „Tausende werden in das verhungerte überfüllte Görlitz-West hineingepresst... Jedes Stückchen Grün ist mit Menschen belagert, den Hungernden, Verzweifelten. Niemand kann helfen.“⁹

Allein im August 1945 starben 945 Menschen.¹⁰ In der Friedhofskapelle stapelten sich die Leichen. Die Totengräber schafften es kaum, sie zu bestatten. Im gleichen Monat gingen die ersten Gerüchte darüber um, dass die Görlitzer Oststadt für immer an Polen angegliedert würde. Die Potsdamer Beschlüsse bestätigten dies. Damit verlor Görlitz den Großteil des Forstbesitzes, die Gas- und Elektrizitätswerke, die Braunkohlengrube sowie die fruchtbareren Teile der landwirtschaftlichen Flächen und Güter.¹¹ Die Infrastruktur der Stadt und Wohnraum für etwa 10.000 Einwohner gingen verloren.

Ab Mai kamen die ersten Flüchtlinge aus Ostpolen in das östlich der Neiße gelegene Zgorzelec: Vertriebene aus den östlichen Gebieten der zweiten polnischen Republik (40%) und Einwohner früherer westlicher Wojewodschaften Polens, darunter besonders Bewohner polnischer Großstädte, die mit deutschen Nachbarn zusammengelebt hatten und deren Mentalität, Tradition und Wirtschaftsleben kannten. Einige dieser Gruppe bereicherten sich nur in den Westgebieten und kehrten dann in ihre alte Heimat zurück. Ferner kamen aus den überbevölkerten ländlichen Gebieten Zentralpolens und den südlichen Wojewodschaften Menschen, um freie Wohnun-

7 H.J. Überschaer, Görlitz 1945-1946, Görlitz 1946, S. 4.

8 F. Scholz, Görlitzer Tagebuch. Chronik einer Vertreibung 1945/46, Sberlin / Frankfurt/M. 1990, S. 34 f.

9 Ebda.

10 N. Schrammek, Görlitz als Stadt im Zentrum des Vertreibungsproblems im Sommer 1945, in: U. Marquart, Norbert Faust (s. A 2), S. 164.

11 D. Jajesniak-Quast / K. Stoklosa, Geteilte Städte an Oder und Neiße, in: Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 5, Frankfurt/O. 2000, S. 34.



Abb. 2: Neißeufer bei Görlitz 1946.

gen und Bauernhöfe zu übernehmen sowie Militärangehörige und demobilisierte Soldaten; ebenso Angehörige des politischen Apparats und Funktionäre des Sicherheitsdienstes.¹²

Diese Siedlergruppen unterschieden sich sehr stark nach geographischer und sozialer Herkunft, aber auch nach Lebens- und Sprachgewohnheiten. Diese Menschen mussten sich erst einmal in völlig neuer Umgebung einleben. Wohnungsnot, Rechtsunsicherheit, Wirtschaftselend, Kapitalnot und Hunger erschwerten den Integrationsprozess. Viele von ihnen fühlten sich unsicher, manche auch schuldig, da sie fremdes Eigentum übernommen hatten. Die Unsicherheit ob der Dauerhaftigkeit der neuen Heimat prägte Generationen. Die Deutschen in Görlitz – unter ihnen ein hoher Prozentsatz vertriebener Schlesier und die ehemaligen Bewohner der östlichen Stadtteile – hofften zumindest bis 1950 auf eine baldige Rückkehr in ihre Heimat. Bis zum Jahre 1946 waren Spaziergänge am Neißeufer verboten. So wurde die militärisch gesicherte und undurchlässige Oder-Neiße-Grenze ergänzt durch eine Grenze in den Köpfen und den Herzen der Bewohner beiderseits der Flüsse. Auf polnischer Seite wurde der Hass auf alles Deutsche zum Integrationsfaktor der gemischten Siedlergemeinschaft. Das Staatsinteresse der schnellen Polonisierung und Inte-

¹² Ebda., S. 46 f.

gration der Westgebiete traf sich mit denen der Ansiedler. Sie wollten schnell vergessen, dass sie in einer ehemals deutschen Stadt lebten. Die Görlitzer wiederum konnten sich mit den entstandenen Verhältnissen nicht abfinden. Die Umstände zwangen aber zur Zusammenarbeit. So lieferte die deutsche Seite Wasser und Elektrizität und die polnische Seite Gas. Die Bürgermeister beider Städte unterzeichneten die entsprechenden Abkommen, und die Verwaltungen nahmen erste Kontakte auf.

Am 6. Juli 1950 wurde der Görlitzer Vertrag über Anerkennung des Grenzverlaufs zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR an Oder und Neiße unterzeichnet. In den folgenden Jahren kam es zu einer verstärkten Propaganda hinsichtlich der so genannten „Oder-Neiße-Friedensgrenze“, besonders mit Blick auf die öffentlichen Forderungen der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik. Trotz verschiedenster Kontakte auf kommunalpolitischer, sportlicher und kultureller Ebene und der in den Medien popularisierten ewigen Freundschaft zwischen Polen und DDR-Bürgern, blieb die Grenze undurchlässig und militärisch stark gesichert. In der jungen DDR wurde die Vertreibung schell zum Tabuthema. Besonders in Görlitz bildeten sich deswegen über Generationen andauernde Wunden. So ist auch nicht verwunderlich, dass die Stadt zu einem Zentrum des Aufstandes am 17. Juni 1953 wurde. Die Aufständischen forderten sehr dezidiert auch die Revision der deutschen Ostgrenze

Seit 1965 arbeiteten ca. 1.000 Polen, überwiegend Frauen, in insgesamt sieben Görlitzer Betrieben. Dadurch entstanden menschliche Kontakte und deutsch-polnische Ehen wurden geschlossen. Kinder polnischer Beschäftigter verbrachten ihre Ferien in den Betriebsferienlagern. Völlig überraschend für die Kommunalverwaltungen wurde im Jahre 1972 der visafreie Verkehr nach Polen und in die Tschechoslowakei eingeführt. Die sonst menschenleere Görlitzer „Friedensbrücke“, schien nun unter dem Verkehr zu bersten. Allerdings resultierten aus dieser kleinen Reisefreiheit von den politischen Entscheidungsträgern nicht kalkulierte, ungeahnte Probleme. So gab es anfangs zu wenige Grenzübergänge und die Geschäfte in Görlitz und den anderen grenznahen deutschen Städten wurden durch polnische Einkäufer regelrecht leer gekauft. Selbst handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen polnischen und deutschen Kunden um die knappen Waren in den deutschen Geschäften blieben nicht aus. Man rationierte deshalb für die polnischen Bürger den Bezug von Lederwaren, Kinderschuhen und anderer bestimmter Warengruppen. Außerdem wurde der Devisenumtausch begrenzt. Kein guter Start für die Entwicklung von Freundschaft zwischen den beiden Völkern. Dennoch, im Görlitzer Centrum-Warenhaus wurden für das Kundenrestaurant polnische Speisekarten gedruckt, deutsch-polnische Hinweistafeln aufgestellt und Mitarbeiter zu polnischen Sprachkursen delegiert. Wirtschaft und Handel zwangen Deutsche und Polen, sich gegenseitig näher zu kommen.

Im Jahre 1973 wurden Görlitz und Zgorzelec Partnerstädte und ein Abkommen über den Kulturaustausch unterzeichnet. In der kurzen Zeit der Grenzöffnung von 1972 bis 1980 entstanden dauerhafte Kontakte besonders zwischen akademisch gebildeten Funktionären des Staates, der Wirtschaft, der Kultur und der Volksbildung. Partnerschaftsverträge zwischen Kulturhäusern und Jugendklubs wurden abgeschlossen. Schüleraustausch und gemeinsamer Unterricht, Deutsch- und Polnischkurse, gemeinsame Lehrerseminare und ein deutsch polnisches Jugendorchester blieben auf der Habenseite des langsamen Aufeinanderzugehens. Aus beruflicher Zusammenarbeit entstanden Freundschaften, von denen so manche bis heute bestehen. Die Görlitzer lernten die Vorzüge des polnischen Brotes und die gewisse Unbeschwertheit der polnischen Mentalität zu schätzen, die Zgorzelecer wiederum forderten ebenso gepflegte Grünanlagen und saubere Bürgersteige wie auf der deutschen Seite.

Als 1980 in Polen das Kriegerrecht verhängt wurde, wurden Oder und Neiße von DDR-Seite wieder zu unpassierbaren Grenzflüssen. Die von den polnischen Kirchen und der Solidarnocs getragene Bürgerrechtsbewegung gegen das kommunistische Regime in Polen empfand die SED-Führung bezogen auf die eigenen Machtverhältnisse als Bedrohung. In der durch die SED gesteuerten Presse frischte man deshalb plötzlich längst vergessen geglaubte antipolnische Ressentiments wieder auf. Dennoch, die entstandenen menschlichen Kontakte überdauerten diese dramatische politische Zuspitzung. Stillschweigend lieferte das Görlitzer Klinikum Einwegspritzen und Schmerzmittel auf die andere Seite der Neiße nach Zgorzelec. Selbst eine polnische Dialysepatientin wurde eigentlich illegal über sechs Jahre in Görlitz behandelt.

Dann endlich im Herbst 1989 beginnt auch in der DDR die politische Wende, und die Grenze ist wieder offen. Gleichzeitig ist der Blick der Görlitzer aber erst einmal nur nach dem Westen gerichtet. Bald schwenkt man Schlesierfahnen und fordert die Errichtung eines eigenen Bundeslandes Niederschlesien. Die Grenzen werden durch einige lautstarke Scharfmacher aus Ost- und Westdeutschland wieder in Frage gestellt. Die polnischen Arbeiter erhalten bei der Abwicklung der DDR-Wirtschaft als erste die Kündigung. Die Zgorzelecer haben diffuse Ängste vor einer deutschen Kolonisierung, vor dem Ausverkauf durch die nun die harte Deutsche Mark besitzenden Görlitzer. Es dauerte in dieser so dramatischen, unüberschaubaren Umbruchsituation einige Zeit für den Einzug der Normalität auf beiden Seiten der Neiße. Dazu bei trug auch der Grenzbestätigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen, der besonders den Bewohnern der polnischen Städte entlang der Grenze viele Ängste nahm. Zugleich schuf er auch die Grundlagen zur Beseitigung der Grenze in den Köpfen. In den folgenden Jahren wurden in nahezu allen Bereichen des Lebens Partnerschaften geknüpft und gemeinsame Projekte in Angriff genommen. Eine Buslinie verbindet beide Städte, das Theater hat einen Salon in Zgorzelec, polnische Untertitel sind bei Theateraufführungen seit Jahren selbstverständlich. In den Geschäften wird fast durchweg die Währung der jeweils anderen Seite akzeptiert. Polnische Kunden genießen das Flair der wieder erstandenen Schönheit



Abb. 3: Menschenmenge auf der neu errichteten Weißerbrücke während des Altstadtfestes 2003.

der Stadt Görlitz und kaufen heute teure Markenware. Die Görlitzer wiederum nutzen die billigen Dienstleistungen der Zgorzelecer. Unternehmer aus Polen und Deutschland arbeiten immer enger zusammen, und zunehmend wird – trotz vieler Ängste und Unsicherheiten auf beiden Seiten die EU-Erweiterung als Chance begriffen. Mutige und weitsichtige Menschen, nicht nur Verwaltungen und Politiker beiderseits der Neiße sind dabei Schrittmacher. 2002 errichten quasi in einer Nacht- und Nebelaktion die Wirte der beiden Mühlenrestaurants an den Brückenköpfen der gesprengten Altstadtbrücke einen hölzernen Steg, auf dem man die Köstlichkeiten beider Städte genießen konnte. Und endlich wurde auch der Beschluss zum Bau der Altstadtbrücke gefasst.¹³ Über diese so symbolträchtige Verbindung zwischen den beiden Schwesternstädten strömten Tausende zum Görlitzer Altstadtfest und feierten gemeinsam auf beiden Seiten der Neiße.

Ein gemeinsamer Stadtratsbeschluss ermöglichte die Bewerbung von Görlitz und Zgorzelec zur europäischen Kulturhauptstadt 2010. Sie versteht sich als Baustelle. Der Bau einer gemeinsamen europäischen Kulturhauptstadt, so hofft man, wird Brücken in den Köpfen und Herzen der Görlitzer und Zgorzelecer, Deutschen und Polen schlagen. So wollen die Bürger beider Städte selbst ihren Teil zur Herstellung der Einheit Europas beitragen.

¹³ Die offizielle Übergabe erfolgte im Oktober 2004.

Werner Konold

Wasser als Lebensgrundlage der Stadt

1. Urbane Gewässer haben ein schlechtes Image

Gewässer im Siedlungsraum, urbane und urbanisierte Gewässer treten uns meist in ganz unterschiedlichen Erscheinungsformen gegenüber: als Fluss, Bach, Gewerbebach/Stadtbach, Kanal, Graben, Rinne, Stadtgraben, Weiher, Parksee – die kleinen Fließgewässer vielfach überbrückt, überdeckelt oder über längere Strecken verdolt. Gemeinsam ist den fließenden Gewässern, dass sie verbaut sind, versteint und eingemauert, glatt und gerade und dass sie oft auch tief eingesenkt sind. Bezüglich ihres Abflussverhaltens sind sie jedoch durchaus unterschiedlich: Die einen besitzen ein mehr oder weniger natürliches Abflussregime mit allen Höhen und Tiefen des Abflusses, andere wie Gewerbebäche und Kanäle weisen einen gesteuerten Abfluss auf, und wiederum andere sind durch extreme Abflussunterschiede gekennzeichnet und können sich bei Starkniederschlägen binnen kurzem vom kläglichen Rinnsal zum ungestümen, reißenden Sturzbach entwickeln. Unterschiedlich sind sie auch bezüglich der verwendeten Baustoffe und des gestalterischen Umgangs. Urbane Gewässer, besonders die Bäche, sind überwiegend stark diskriminiert: Sie seien „*kanalisiert*“ (nur negativ konnotiert), haben ein Hinterhof-Image, seien keine selbständigen Gewässer; sie sind – ganz abwertend – „*künstlich*“ und stünden als minderwertiger Lebensraum ganz im Gegensatz zur Natur. Dies gilt als besonders schwerwiegend, da sich alle gängigen Bewertungen an einem möglichst hohen Maß von Naturnähe orientieren.¹ Doch ist hier in letzter Zeit ein leises Umdenken zu verspüren.

Im Folgenden soll auf die hoch interessante Geschichte, insbesondere die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gewässer schlaglichtartig eingegangen werden, auch um zu zeigen, wie sie zu Stiefkindern der heutigen Stadtentwicklung geworden sind.

2. Wasser für die Stadt und sein vielfältiger Nutzen

Gewässer/Fließgewässer waren ganz wesentliche Bestandteile des städtischen Lebens und meistens auch Bestandteile komplexer wasserwirtschaftlicher Systeme (vgl. Abbildung 1). Im Stromatlas von Bayern schreibt Adrian von Riedl 1806 über München: „Das ganze Werk ist mit einer solchen Geschicklichkeit und Rücksicht auf

1 Zum Beispiel Landesamt für Wasserhaushalt und Küsten Schleswig-Holstein 1995.

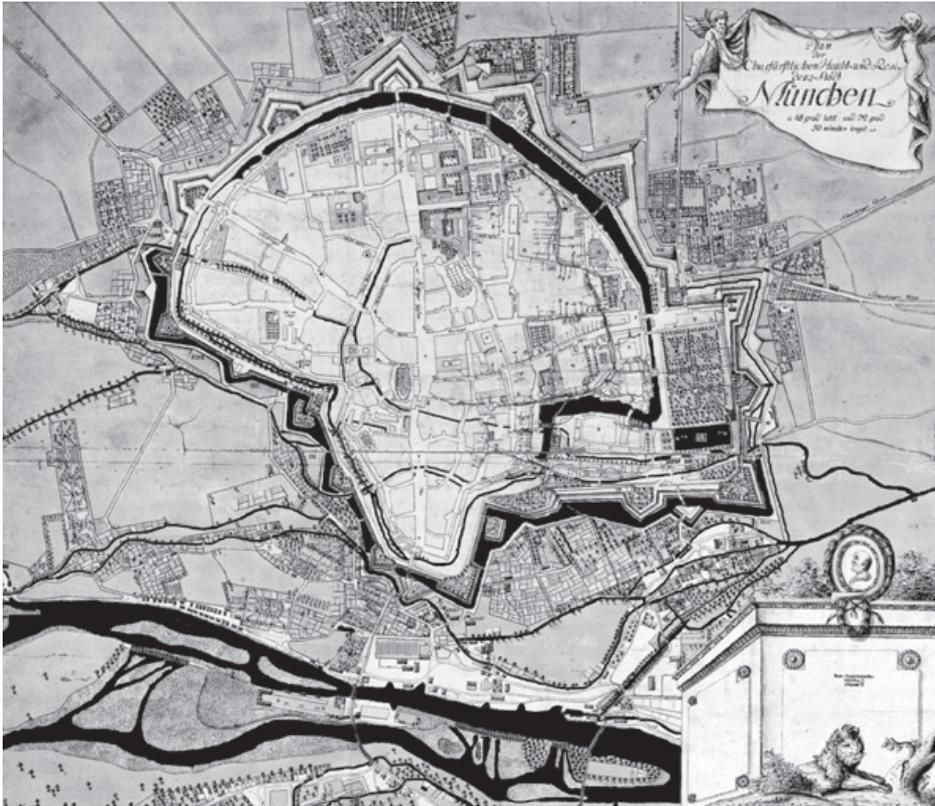


Abb. 1: Die Residenzstadt München im Jahre 1750; Gewässersysteme – der Fluss, dem die Stadt *nicht* zugewandt ist, Flößereinrichtungen, Wallgräben, Stadt bäche, Kanäle und Parkseen; aus: G. Leidel / M.K. Franz (s. A 3); Gewässer hervorgehoben.

alle Verhältnisse angelegt, daß selbst bey dem höchsten Wasserstande alle Mühlen² und Brunnhäuser immer gleich hohes Wasser haben.“³

Innerhalb der Stadtwirtschaft wurde Wasser gespeichert, geführt und verteilt, man wusch, badete, tränkte, löschte, trieb Räder an, nutzte es als Transportmittel,

- 2 Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts trieben die Stadtbäche links und rechts der Isar 280 Wasserräder an, darunter 20 Mahl-, 15 Malz- und 19 Sägemühlen; vgl. H. Kleemaier, Zur Geschichte der Münchner Stadtbäche, in M.-L. Plessen (Hrsg.), Die Isar. Ein Lebenslauf, München 1983, S. 79-93.
- 3 Vgl. G. Leidel / M.K. Franz, Altbayerische Flusslandschaften an Donau, Lech, Isar und Inn, Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 37, Weißenhorn 1998.

verrieselte es und wässerte. Man baute Schutzmauern, Buhnen, Bscla(a)chte und Schwirren, Wuhre, Schwellen, Rechen, Schütze und Faschinen.⁴

Es gibt kaum eine bedeutsame Stadt, die ganz pauschal gesagt nicht an einem Fluss oder einem Bach gegründet worden wäre.⁵ Wasser war Voraussetzung für die wirtschaftliche und damit auch politische Entwicklung einer Stadt.⁶ Anlagen gehen bis ins Frühmittelalter, ja auch bei uns teilweise bis in die Antike zurück. Wasserbautechnisch in höchstem Maße faszinierend sind beispielsweise das frühmittelalterliche Almkanalssystem in Salzburg mit Kanälen und Stollen,⁷ hochmittelalterlich die „alte Runz“ in Freiburg,⁸ aber auch vergleichbare Einrichtungen in Bern, Villingen, Goslar, Jena, Dresden und anderen Städten.⁹

Was die Wasserversorgung im Detail angeht, so gestaltete sich diese nicht immer einfach, da etliche Städte aus militärischen, aber auch aus Gründen des Hochwasserschutzes deutlich über dem Niveau der Gewässer gebaut wurden: auf Terrassen, Schwemmfächern, Spornen, Umlaufbergen, flussnahen Hängen und Steilufern. Es mussten also in vielen Fällen gleichsam als künstliche Lebensadern Kanäle und Stadtbäche angelegt werden. Wenn kein Bach aus dem Hinterland verfügbar war – diese Bäche waren, weil besser beherrschbar, die günstigeren Fälle –, so baute man, wie etwa in Schwäbisch Hall, im Fluss eine Wehr, Wöhrt, Wert oder einen Werder, um sein Wasser in ein künstliches Gerinne leiten zu können und es damit in die Stadt

- 4 Bscla(a)chte oder Schlachte sind Schutzbauwerke, um ein Gewässer abzdämmen, etwa einen Seitenarm, oder dessen Ufer zu sichern, meist ausgeführt aus Holzpfeiler-Stein-Konstruktionen; als Schwirren/Schwirn bezeichnete man lockere Pfeilerreihen unweit der Ufer, um diese vor Treibgut, Wellenschlag und anderen mechanischen Belastungen zu schützen. Wuhre sind Wehre oder Dämme, Schwellen sind mehr oder weniger aus der Sohle eines Fließgewässers herausragende Querbauwerke, die die Strömungsgeschwindigkeit verringern und die Sohle vor Abtrag schützen sollen. Solche Bauwerke waren sehr häufig, so dass flussbauliches Arbeiten zum „Schwellen“ wurde; vgl. *D. Vischer*, Bernische Wasserbauten des 18. Jahrhunderts. Zeugen einer vielfältigen Wasserwirtschaft, in: *T. Lörtscher* (Hrsg.), „währschafft, nuzlich und schön“. Bernische Architekturzeichnungen des 18. Jahrhunderts, Katalog der Ausstellung im Bernischen Historischen Museum, Bern 1994, S. 49-61.
- 5 Vgl. *J. Fuchs*, Stadtbäche und Wasserversorgung in mittelalterlichen Städten Südwestdeutschlands, in: *J. Sydow* (Hrsg.), Städtische Versorgung und Entsorgung im Wandel der Geschichte, Sigmaringen 1981, S. 29-42.
- 6 *G. Pfeiffer*, Wasser und Wald als Faktoren der städtischen Entwicklung in Franken, in: *Jb. für fränkische Landesforschung* 32 (1971), S. 151-170.
- 7 *H. Dopsch*, Der Almkanal in Salzburg, in: *J. Sydow* (Hrsg.), Städtische Versorgung und Entsorgung im Wandel der Geschichte, Sigmaringen 1981, S. 46-76.
- 8 *O. Burger*, Freiburgs Wasserläufe, Kanäle, Stadtbächlein und ihre Bedeutung für die Stadt, in: *Freiburger Almanach* 6 (1955), S. 143-148; *M. Untermann*, Archäologische Beobachtungen zu den Freiburger Altstadt-Straßen und zur Entstehung der „Bächle“, in: *Schau-ins-Land* 114 (1995), S. 9-26.
- 9 *B. Schweineköper*, Beobachtungen zum Problem der „Zähringerstädte“, in: *Schau-ins-Land* 84/85 (1966/67), S. 49-78.

zu verteilen.¹⁰ Speziell die Flüsse dienten dazu, Schiffmühlen anzutreiben, die mit Ketten an den Ufern oder an Brücken fixiert waren.¹¹

Wie bereits beim Beispiel München angedeutet, spielten wegen des enormen Holzbedarfs der Städte die Flößerei (Abbildung 2) und die Holzdrift mit all ihren Infrastruktureinrichtungen eine große Rolle. In Freiburg beispielsweise gehen die diesbezüglichen Quellen ins 15. Jahrhundert zurück. Etliche Bäche aus dem Schwarzwald, die heute den Eindruck absoluter Naturnähe vermitteln, zum Beispiel Wagensteigbach und Bohrerbach, waren floßbar gemacht worden. Das meiste Holz aus dem Schwarzwald wurde auf dem Wasser transportiert. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts waren mehrere hundert Arbeiter auf dem Floß- bzw. Holzplatz beim Schwabentor in Freiburg beschäftigt. Über lange Zeit war ein eigens gebauter „Holzflößkanal“ in Betrieb, der das Holz auf dem schnellsten Weg aus dem Zastlertal nach Freiburg brachte, teils als Erdkanal, teils als Bretterrinne, die, wenn es das Gelände erforderte, aufgeständert war.¹² Die für die Flößerei und die Scheiterholztrift hergerichteten oder gebauten Gewässer besaßen also teilweise einen Charakter wie die innerstädtischen Gewässer. Sie waren gleichsam urbanisiert, nämlich geradlinig, kanalisiert, das heißt, es mussten hier und dort Krümmungen durchstochen werden, die Gewässersohle wurde tiefer gelegt oder angehoben, um die Fließgeschwindigkeiten anzupassen. Die Ufer wurden von Gehölzen frei gehalten und befestigt; teils wurden Baumstämme vorgehängt und Felsen, grobes Geröll, Kies- und Sandbänke wurden entfernt.

Wasser spielte auch bei den Fortifikationen der Städte eine große Rolle.¹³ Die Festungsgräben wurden von Flüssen und Bächen aus geflutet, von Seewasser, zum Beispiel am Bodensee, oder von den Stadtbächen, die schon allerlei mit sich führten, wenn sie die Stadt verließen; allerdings nicht so in Freiburg, wo das angereicherte Wasser mit Hilfe von Kehnern in die außerhalb liegenden Wiesen und Gärten geleitet wurde.¹⁴

10 G. Wunder, Die Stadt am kleinen Fluss: Schwäbisch Hall, in: E. Maschke / J. Sydow (Hrsg.), Die Stadt am Fluss, Sigmaringen 1978, S. 100-109.

11 S. Lüthje, Schiffmühlen auf bayerischen Flüssen, in: Informationsbericht des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft 3 (1983), S. 161-190.

12 H. Brandl, Der Stadtwald von Freiburg, in: Veröff. aus dem Archiv der Stadt Freiburg i. Br. 12, 1970

13 K. Elmshäuser, Kanalbau und technische Wasserführung im frühen Mittelalter, in: Technikgeschichte 59/1(1992), S. 1-26; vgl. hierzu auch den Aufsatz von K. Grewe in diesem Heft.

14 G. Endriss, Von den Freiburger Stadtbächle, in: Nachrichtenblatt der öff. Kultur- und Heimatpflege im Regierungsbezirk Südbaden 5 (1954), S. 60-61.



Abb. 2: Flößerei auf der Donau bei Ulm, 1574; Cosmographia von Sebastian Münster.

3. Optimierte Nutzung der Ressource Wasser

Am Beispiel der Stadt Isny im Allgäu soll nun etwas ausführlicher auf die Wasserwirtschaft in der alten Stadt eingegangen werden.¹⁵ Isny, ganz im Südosten Baden-Württembergs am Rande der Alpen gelegen, geprägt von einem rauen, niederschlagsreichen Klima, ist auch heute noch in besonderer Weise vom Wasser gezeichnet: durch die Isnyer Ach, Kanäle, Gräben und Weiher, allesamt Teile eines ehemals großen und ausgeklügelten wasserwirtschaftlichen Systems. Ganz in der Nähe einer älteren Siedlung¹⁶ wurde 1096 eine Benediktinerabtei gestiftet, welche vom Stifter, dem Grafen Manigoldus, unter anderem mit Wiesen, Mühlen und Gewässern ausgestattet wurde. Das Kloster verstand es weiterhin geschickt, die wichtigsten Wasserrechte an sich zu bringen, niedergelegt in den „Traditiones“ von 1171, einem Ver-

15 Dazu ausführlich und für das Folgende W. Konold, Wasser, Wiesen und Wiesenwässerung in Isny im Allgäu. Ein Beitrag zur Agrar- und Stadtgeschichte, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 109 (1991), S. 161-203.

16 Die Siedlung wurde nach dem Hauptgewässer benannt. Der Wortstamm „is“/„eis“ stammt wohl aus dem Indogermanischen und bedeutet „sich heftig bewegen“. Die Siedlung ist also aus dem Wasser geboren; vgl. B. Boesch, Die Orts- und Gewässernamen der Bodenseelandschaft, in: H. Maurer (Hrsg.), Der Bodensee. Geschichte, Landschaft, Kultur, Sigmaringen 1982, S. 233-280.

trag zwischen dem Kloster und dem „forum villae Ysni“. Es ist von einer unlängst errichteten Mühle, Bächlein, von jüngst angelegten, sorgfältig kultivierten Wiesen die Rede und von Gewässern, die darum herum lägen. Zwischen den Zeilen kann man lesen, dass bereits irgendeine Art von wasserwirtschaftlichen Anlagen vorhanden war. Im so genannten Taidingsvertrag von 1290, einer schiedsgerichtlichen Einigung zwischen dem Kloster und der nunmehrigen Stadt Isny, wo die Wassernutzung großen Raum einnimmt, wird dann *expressis verbis* von ausgedehnten wasserwirtschaftlichen Einrichtungen gesprochen. Das Kloster ließ sich umfangreiche Rechte bestätigen; doch auch die Stadt profitierte von dem Vertrag. Darin ging es um Wasch- und Fischereirechte, die Instandsetzung von Uferabbrüchen, die gemeinsame Nutzung von Grabenwasser und vor allem auch um die Bewässerung der Wiesen. Der Taidingsvertrag regelte alle Fragen im Grundsatz, doch zogen sich die Streitigkeiten um Einzelfragen bis zur Säkularisation des Klosters hin, um so mehr, als die im Jahre 1365 reichsunmittelbar gewordene Stadt während der Reformation evangelisch geworden war und in ihren Mauern das mit den wichtigen Rechten ausgestattete Kloster saß.

Der alte Marktort war ursprünglich zur Isnyer Ach hin orientiert. Nach 1171 dehnte er sich nach Südwesten aus, so dass die Wasserversorgung einer Erweiterung bedurfte. Hierzu bot sich der von Süden kommende Krumbach an (vgl. Abbildung 3), der jedoch im Vergleich zur Ach mit ihrer ausgeglichenen Wasserführung die Gefahr starker Hochwasserabflüsse mit sich brachte, da die Gegend von Isny sehr niederschlagsreich ist (um 1400 mm/Jahr) und es auch häufig zu Starkregen kommt. Dieses Problem wurde auf geniale Weise gelöst¹⁷ (vgl. Abbildung 4). Im oberen Einzugsgebiet des Krumbachs wurden im Laufe der Zeit mehrere Weiher angelegt, die neben der Fischzucht auch als Wasserspeicher dienten. Dies waren die beiden Felderholzweiher, der flächenmäßig sehr große Bleichweiher und der Biesenweiher. Diese Speicher wurden ergänzt von einem höchst ausgeklügelten System aus Überläufen, Streichwehren, Kanälen und Schützen, die allesamt dazu da waren, den Krumbach immer mit ausreichend Wasser zu versorgen, zu große Wassermengen von der Stadt fern zu halten und diese, wenn sie auftraten, dem Rotbach und der Unteren Argen zuzuführen, die die Stadt weiträumig umfließt. Hierbei spielte der Leitbach als letzte Überleitung vor der Stadt eine besondere Rolle. Er zweigte als zunächst künstliches Gerinne nach Osten ab, um nach kurzer Strecke ein natürliches, seichtes Tälchen nach Norden zu benutzen, wo er in der Vorstadt den Feuerschwandenweiher speiste, der seinerseits die Obere Mühle mit Triebwasser versorgte.

17 Bei allen Aussagen ist zu berücksichtigen, dass die ersten Hinweise auf die einzelnen Komponenten aus unterschiedlichen Zeiten stammen, wir also wenig über den tatsächlichen Ablauf der Bautätigkeiten haben. Doch ist es absolut plausibel, alle Komponenten in einem direkten funktionalen Zusammenhang zu sehen.



Abb. 3: Das alte wasserwirtschaftliche System südlich der Stadt Isny im Allgäu; vgl. W. Konold (s. A 9).

Der Krumbach hingegen eilte, nunmehr völlig gebändigt und geregelt, der Stadtmauer zu, versorgte den strategisch wichtigen Oberen Graben- oder Schwanenweiher mit Wasser und trat dann durch eine Doppelmauer mit Turm¹⁸ in die Stadt ein, wo er zum Stadtbach (13. Jahrhundert: „der Bach, der durch die Stadt geht“) wurde, exklusiv für die Bedürfnisse der Bürger, weil das Kloster dort nichts mehr zu sagen hatte.

Die zweite Lebensader der Stadt, allerdings nicht exklusiv für die Bürger, zog sich in Gestalt der Ach durch die später so genannte katholische Vorstadt und die

18 Der Zutritt von Wasserläufen war immer eine Art Achillesferse der Stadt, denn wo Wasser Zugang hatte, konnten auch Feinde eindringen; deshalb hatte man in Isny eine doppelte Mauer und einen Wachturm gebaut.



Abb. 4: Gewässer und alte Wassernutzung in der Stadt Isny im Allgäu; vgl. W. Konold (s. A 9).

Wassertorvorstadt, dem gewerblichen Zentrum. Den Ursprung der Ach hatte man zum Ursprungweiher aufgestaut (erstmal 1476 erwähnt); diesem folgte und folgt heute noch nach kurzer Fließstrecke der Schießstattweiher, heute Insel- oder Sägenweiher, dann der Sauweiher (1528 „suwweyer“), der in klösterlichem Besitz war und als Mühl- und Fischweiher genutzt wurde. Um den Sauweiher herum führt ein Kanal, an dem sich einige Triebwerke befanden. Nördlich der Ach lag die Obere Bleiche, in der der Kehlbach (Quellbach, erstmal 1411 erwähnt) entsprang und sogleich künstlich in Richtung Wassertorvorstadt geführt wurde. Zusätzliches Wasser erhielt er vom Seelhausbach, dem späteren Pfannenstielbach. Beide versorgten dann die Handwerker, insbesondere die Gerber und Färber, mit dem wichtigen Produktionsmittel Wasser; beide konnten mit technischen Vorrichtungen auch der Ach zugeführt oder aber jenseits der Stadt in die Wiesen geleitet werden.

Die Verhältnisse in Isny sind sicherlich ein ganzes Stück weit auf andere städtische Siedlungen übertragbar, auch wenn in Isny die Ach einen ganz besonderen Schatz darstellte. Alle städtischen Gewässer wurden – so auch in Isny – natürlich im Falle eines Brandes zum Feuerlöschen genutzt. In Wangen im Allgäu hießen die

Stadtbäche deshalb „Feuerbächle“. In Stuttgart speisten Leitungen aus dem Nesenbach den heute noch vorhandenen Feuersee.¹⁹ Mit Wasser versorgt werden mussten auch die öffentlichen Waschwäuser und die Badstuben bzw. Badehäuser, die seit dem 13. Jahrhundert fester Bestandteil des städtischen Lebens waren, zum Schwitzen, Schröpfen, Rasieren, Aderlassen, Kommunizieren – angesehene Betriebe mit geschultem Personal.²⁰ Konnten keine Quellen angezapft oder Deichelleitungen gelegt werden, kam das Wasser auch aus den Stadtbächen, also den „bechlin, welche gemeiniglich zu mancherley notwendigem Gebrauch durch die stet und mercktin geleitet werden“, so Walter Ryff im Jahre 1549.²¹

Entsprechend den Anforderungen an den Zustand des Wassers sollten die städtischen Einrichtungen platziert werden.²² Dass dem nicht immer so war, zeigen uns wiederum Isny, aber auch viele andere Städte, wo am Stadtbach fast unmittelbar nach seinem Eintritt in die Stadt die Stadtmetzig angesiedelt war. Bis der Stadtbach oder die Stadtbäche schlechthin die Ummauerung wieder verließen, wurden sie in vielfältiger Weise gebraucht und angereichert (vgl. Abbildung 4). Dies galt für Isny genau so wie für zahlreiche andere Städte. Der Stadtbach versorgte die Wetten (Isny: „In der Wösch“), in denen die Pferde gewaschen wurden, die man gewiss auch als Feuerlöschteich benutzte und wo sich allerlei Federvieh und die Stadtschweine tummelten. Speziell Müllern, Bäckern und Bierbauern war es erlaubt, eine größere Anzahl von Schweinen zu halten.²³ Aufzunehmen und abzutransportieren hatte der Bach Dachabwässer, die ihrerseits Schmutz und Kot von den Straßen mitschwemmten, dann häusliche Abwässer und oftmals auch den Inhalt der Nachtgeschirre, welche zunächst in den Winkeln oder Wustgräben zwischen den Häusern und in den Ehrgräben zwischen den Häuserzeilen gesammelt wurden²⁴ und von dort dem Stadtbach zufließen oder je nach Gefälle der Stadtquartiere durch Auslässe in den Mauern in einen Graben oder Weiher gelangten, der wiederum Teil der Stadtbefestigung war. Hinzu kamen in vielen Städten, so auch in Isny, die Entladungen aus den Aborten oder heimlichen Gemächern, die wie Schwalbennester an den Häusern klebten, sowie die Brühe, die von den Dunglegen weg floss. Diese Praxis war lange Zeit

19 Vgl. *J. Hagel*, Mensch und Wasser in der alten Stadt, in: *Die alte Stadt* 14 (1987), S. 126-139.

20 Vgl. *B. Tuchen*, Grundzüge des mittelalterlichen Badewesens, in: *Kasseler Wasserbau-Forschungsberichte und -Materialien* 15 (2002), S. 23-35.

21 Zit. nach *B. Tuchen*, ebda.

22 Vgl. *F. Glauser*, Oben in der Stadt – Unten am Fluss, in: *Stadt und Landmauern*, Bd. 3, Abgrenzungen – Ausgrenzungen in der Stadt und um die Stadt, Zürich 1999, S. 49-61.

23 Vgl. *F. Ruhland*, Schweinehaltung in und vor der Stadt, in: *B. Friedel / C. Frieser* (Hrsg.), Nürnberg – Archäologie und Kulturgeschichte, Büchenbach 1999, S. 319-325.

24 Vgl. *M. Mengerlinghausen*, Die häusliche Wasserverwendung und Abwasserwirtschaft im Mittelalter, in: *Technikgeschichte* 25 (1936), S. 43-56; *B. Schweineköper*, Beobachtungen zum Problem der „Zähringerstädte“, in: *Schau-ins-Land* 84/85 (1966/67), S. 49-78.

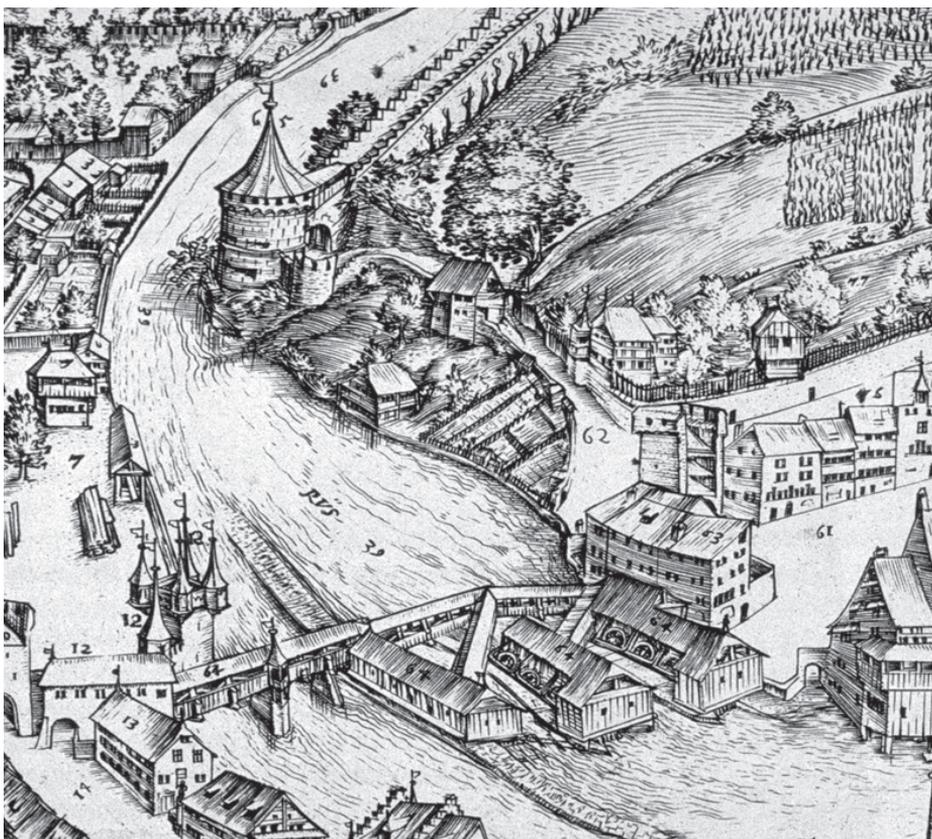


Abb. 5: Die Stadtmühlen auf der Reuss in Luzern, 1597.

gang und gäbe. Im Stadtrecht von Tübingen aus dem Jahre 1492 hieß es beispielsweise: „Wer kein Sprachhaus hat, der mag nachts in den Bach tragen, was sonst in den Winkel käme.“²⁵

Wie oben bereits angedeutet, hatten die Gerber und Färber in der Wassertorvorstadt eine ziemlich exklusive Wasserversorgung. In den meisten Städten hingegen partizipierten sie unmittelbar an den Stadtbächen. Hierdurch wurde das Stadtbachwasser zusätzlich angereichert mit Fleischresten, Blut, Haaren, Salz, Urin, Kalkmilch, Gerberlohe (im Stampf zerstoßen) und Kalialaun sowie anderen organischen

²⁵ Vgl. U. Rauch, Entlang dem Ammerkanal, in: U. Rauch (Hrsg.), Das Tübinger Stadtbild im Wandel, Tübingen 1994.

Substanzen.²⁶ Wir können uns leicht vorstellen, wie sehr die Sinnesorgane strapaziert wurden – auch wenn bei der breiten Masse der Stadtbevölkerung die diesbezüglichen Empfindungen nicht besonders stark ausgeprägt waren. Doch lassen wir ein Mitglied der Oberschicht zu Wort kommen. In den Jahren 1529 bis 1531 weilte Erasmus von Rotterdam in Freiburg. 1934 beschrieb er seine Eindrücke „Hier herrscht große Unreinlichkeit. Durch alle Straßen dieser Stadt läuft ein künstlich geführter Bach [die berühmten heutigen „Bächle“; Anm. d. Verf.]. Dieser nimmt die blutigen Säfte von Fleischern und Metzgern auf, den Gestank aller Küchen, den Schmutz aller Häuser, das Erbrochene und den Harn aller (Passanten), ja sogar die Fäkalien von denen, die zuhause keine Latrine haben.“²⁷ Dabei hatte Freiburg mit den Bächen ein vergleichsweise vorbildliches Entsorgungssystem!

Doch zurück zum Wasser der Stadtbäche, die zu guter letzt noch Triebwasser für die Mühlen liefern mussten. Dies war in Isny innerhalb der Stadtmauern lediglich die Stadtmühle, die wohl eher bescheidene Ausmaße hatte. In anderen Städten waren es ganze Mühlenkaskaden und Mühlenkomplexe (vgl. Abbildung 5). So befanden sich beispielsweise am Ammerkanal in Tübingen, der auf das Hochmittelalter datiert, zeitweise bis zu vierzehn Mühlen.²⁸ Neun Mühlen mit ihren „Platschrädern“ auf kurzer Strecke – wahrscheinlich unterschlächtige Räder im gefällearmen Kanal – sorgten nicht nur für eine eigentümliche Geräuschkulisse, sondern auch für Jahrhunderte langen Konfliktstoff. Ein großer gewerblicher Komplex anderer Art befand sich in Heilbronn am Südkanal (zurück gehend auf das Jahr 1237): zum einen mit einer Mühle mit neun Rädern (neun Mahl- und ein Gerbgang) sowie weiteren Betrieben mit nochmals neun Rädern.²⁹

Für die Mühlen war die oben geschilderte Stadtbachnutzung natürlich ein großes Problem. In Tübingen und auch anderswo versuchte man die Räder mit Rechen zu schützen. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde der Mühlenbetrieb eingestellt, „um den Wust durchlaufen zu lassen“.³⁰ In Villingen musste jede Zunft zehn Männer bereit stellen, um die Bäche von den Hinterlassenschaften der Handwerks- und Gewerbebetriebe zu reinigen.³¹

Verfolgen wir das angereicherte Wasser weiter, paradigmatisch erklärt wiederum am Beispiel von Isny.³² Es liegt auf der Hand, dass gerade dieses Wasser sich

26 Vgl. *H. Cramer*, Gerberhaus und Gerberviertel in der mittelalterlichen Stadt, in: *Studien zur Bau-forschung* 12 (1981).

27 Vgl. *M. Untermann* (s. A 8).

28 Vgl. *U. Rauch* (s. A 25).

29 Vgl. *H. Tuffentsammer*, Heilbronn's Mühlen – Industrielle Keimzellen, in: *Museo*, Veröff. der Städtischen Museen Heilbronn 15 (2000).

30 Vgl. *U. Rauch* (s. A 25).

31 Vgl. *U. Rodenwaldt*, Das Leben im alten Villingen, Villingen-Schwenningen 1976.

32 Eignen würden sich ebenso die Städte Freiburg (vgl. *K. Schwineköper / E. Schüle / W. Konold*, Zur Geschichte der Wässerungsgenossenschaften am Beispiel der Stadt Freiburg, in: *Alemannisches Jahrbuch* 1995/96 (1996), S. 257-292) oder Offenburg.

ganz hervorragend für einen weiteren Nutzen heran ziehen ließ, nämlich zur Bewässerung, insbesondere der düngenden Bewässerung der Wiesen. Diese Kulturtechnik geht in Isny auf das Hochmittelalter zurück³³ und ist – wie bereits angedeutet – im Jahre 1290 wesentlicher Gegenstand des Taidingvertrags zwischen Marktort und Kloster. Das nährstoffreiche Wasser von Kehlbach, Seelhausbach, Ach und Stadtbach wurde mit Hilfe eines ausgefeilten Systems von Fallen, Fachbäumen (die „Scheide“), Aquaedukte („Kehner“), Wuhren, also eingedämmte Kanäle, von geschwungenen und geraden Gräben und Rinnen, die jährlich neu gezogen werden mussten, aufgeteilt und verteilt auf städtische, klösterliche und spitälische Wiesen. Das gute Stadtbachwasser kam ausschließlich auf die zum Teil weit entfernten städtischen Wiesen. Der „Brief der Stadt“ von 1411 vermittelt uns das Bild einer bereits großartig ausgebauten Bewässerungsanlage, bei der die Wasserverteilung aufs Genaueste in Wässerbüchern und Wiesenordnungen geregelt und von vereidigten Wieswässern – einem städtischen und einem klösterlichen – organisiert war. Diese wurden mit einem Grabgeld entlohnt. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die damals knappen Nährstoffressourcen optimal genutzt wurden, allerdings verbunden mit einem sehr hohen Aufwand an Arbeit.³⁴

Im Übrigen wurde die Bewässerung in Isny erst in den 1970er Jahren endgültig eingestellt. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründete Wässergenossenschaft ist – wie einige andere derartige Genossenschaften auch – bis auf den heutigen Tag nicht aufgelöst.

3. Die Flussverschmutzung und deren Ende: neue Funktionen für urbane Gewässer

Kehren wir zu den Stadtbächen und deren Zustand zurück. Es gab allenthalben Bemühungen, vielfach dokumentiert, der zunehmenden Verunreinigung Einhalt zu gebieten; doch verschärfte sich bis auf wenige Ausnahmen die Situation weiter, ausgelöst von dem enormen Bevölkerungswachstum und der im 19. Jahrhundert einsetzenden Industrialisierung. Es gibt hierzu etliche drastische Schilderungen, so etwa aus dem Frankfurt des Jahres 1868: In der „alten Stadt“ vermische sich „das Haus- und Küchenabwasser mit dem Straßenkoth in Rinnen neben den Fußsteigen“ und ergieße sich dann in einen Kanal. Die „Schmiere“ stehe oder fließe und überflute auch manchmal die ganze Straßenbreite. Die wenigen Kanäle seien „bis zum Scheitel gefüllt mit dicker, schwärzlicher, stinkender Masse“, der Ammoniakgestank sei

33 Für das Weitere vgl. *W. Konold* (s. A 15).

34 Dazu *W. Konold*, Obrigkeit und Nachhaltwirtschaft. Ausbeutung, Behaarung und Naturschutz. Beispiele aus dem südlichen Schwarzwald, in: *R. Döring / M. Rühls* (Hrsg.), Ökonomische Rationalität und praktische Vernunft. Gerechtigkeit, Ökologische Ökonomie und Naturschutz. Festschrift Ulrich Hampicke, Würzburg 2004, S. 319-337.

unerträglich.³⁵ Für das Freiburg des Jahres 1876 ermittelte der Medizin-Rath Kast 4.000 bis 5.000 Menschen, die in den Gewerbebach entsorgten. Der Inhalt vieler Gruben und Aborte kam ebenfalls in den Gewerbebach.³⁶

Man sieht, dass das Wassermanagement den Städten entglitten war; man konnte bei den städtischen Gewässern wahrlich nicht mehr von Lebensgrundlage und Lebensadern sprechen. Kein Wunder, dass man zum einen die stinkenden Gerinne überdeckelte, verdolte und sich zum anderen eindringlich bemühte, die Abfall- und Abwasserfrage zu lösen. Es gab dazu heftige und auch für uns Heutige noch höchst interessante Diskussionen und Streitigkeiten.³⁷ Soll man die Fäkalien in einem Gruben- und Tonnensystem³⁸ erfassen und der Landwirtschaft zuführen oder sollen in den Häusern Wasserklosetts und damit verbunden die Schwemmkanalisation eingeführt werden? Die Vertreter der zweiten Alternative obsiegten. Das bedeutete, dass die Stadtbäche sukzessive entlastet und eigentlich auch gar nicht mehr gebraucht wurden, denn auch die Brandbekämpfung, die Energieversorgung und die Straßenreinigung waren mittlerweile anders organisiert. Die Stadtbäche wurden deshalb beseitigt oder einfach außer Funktion gesetzt und abgehängt.

Die größeren Bäche und die Flüsse, in die die Abwasserkanäle einmündeten, sahen jedoch einer traurigen Zukunft entgegen. Dies wurde zunächst zeitgenössisch nicht so gesehen, denn die Ingenieure versicherten, die Flüsse seien die „natürlichen Wege zur Beseitigung allen Unrathes“; von diesem natürlichen Recht sei überall Gebrauch gemacht worden, solange die Welt bestehe.³⁹ Die Realität sah bald ganz anders aus. Auch hierzu gibt es drastische Beschreibungen sowie aussagefähiges Bildmaterial. Da ist die Rede von Gasblasen, die am Wasserspiegel platzten, das Wasser sei bedeckt mit organischen Resten aller Art, mit Gemüse, Geweben, Kadavern von Haustieren und dergleichen mehr. Nur am Rande angedeutet sei, dass einige Städte hier andere, sehr fortschrittliche und über lange Zeit wirksame Lösungen gefunden hatten in Form von Rieselfeldern, auf denen Gras und Feldfrüchte erzeugt

35 Vgl. *G. Varrentrapp*, Über Entwässerung der Städte, über Werth oder Unwerth der Wasserclosette, Berlin 1868.

36 Vgl. *A. Schulte*, Die Abwasserbeseitigung in Freiburg, Diss. Freiburg 1924.

37 Vgl. *M. Strell*, Die Abwasserfrage in ihrer geschichtlichen Entwicklung von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Leipzig 1913; *E. Bach*, Pettenkofer. Sein Beitrag zur Lösung der Abwasserfrage, in: Informationsbericht des Bayer. Landesamtes für Wasserwirtschaft 4/1981, S. 261-285; *H. Rehwald*, Stadtentwässerung von München von den ersten Kanälen im Jahre 1811 bis zum Gordon'schen Projekt, in: ebda., S. 247-260.

38 Als diesbezüglich vorbildlich galten zum Beispiel Neumünster, Kiel, Heidelberg und Weimar, vgl. *F.-J. Brüggemeier / M. Toyka-Seid* (Hrsg.), Industrie-Natur. Lesebuch zur Geschichte der Umwelt im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1995, Quelle Nr. 58 und 59.

39 Vgl. *J. v. Simson*, Die Flußverunreinigungsfrage im 19. Jahrhundert, in: *VJSWG* 65/3 (1978), S. 370-390; *J. Büschenfeld*, Flüsse und Kloaken. Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung (1870-1918), Stuttgart 1997.



Abb. 6: Strukturelle Defizite:
die Körsch in Stuttgart-
Möhringen, 1995.

wurden, so in Berlin 1873, in Freiburg 1889 und in Dortmund 1899. Mit der Kanalwasserbewässerung sei die hygienische als auch die Culturfrage als gelöst zu betrachten, so der Civilingenieur Fegebeutel im Jahre 1874.

Der schlechte Zustand vieler Flüsse reicht bis in die jüngere Vergangenheit hinein. Doch wurden in den letzten Jahrzehnten sehr große Fortschritte bei der Abwasserentsorgung und -reinigung erzielt. Die Situation heute ist, dass sehr viele Flüsse und Bäche und damit auch die ausgeleiteten Kanäle und Gräben, soweit noch vorhanden und nicht häufiger von Kanalabschlägen belastet, eine ordentliche bis gute Wasserqualität besitzen, sie jedoch – und damit sei der Kreis geschlossen – von der Lage und auch vom baulichen bzw. strukturellen Zustand her extrem defizitär sind (vgl. Abbildung 6). Einige positive Gegenbeispiele schwächen diese Aussage nur wenig ab. Auch sind mit Ausnahme der punktuellen Wasserkraftnutzung die alten funktionalen, im Wesentlichen auf wirtschaftlicher Nutzung beruhenden Zusammenhänge nicht mehr gegeben. Die Konsequenz daraus kann nur sein, die Gewässer mit neuen Funktionen auszustatten, nämlich ästhetischen, sozialen, kulturellen, denk-

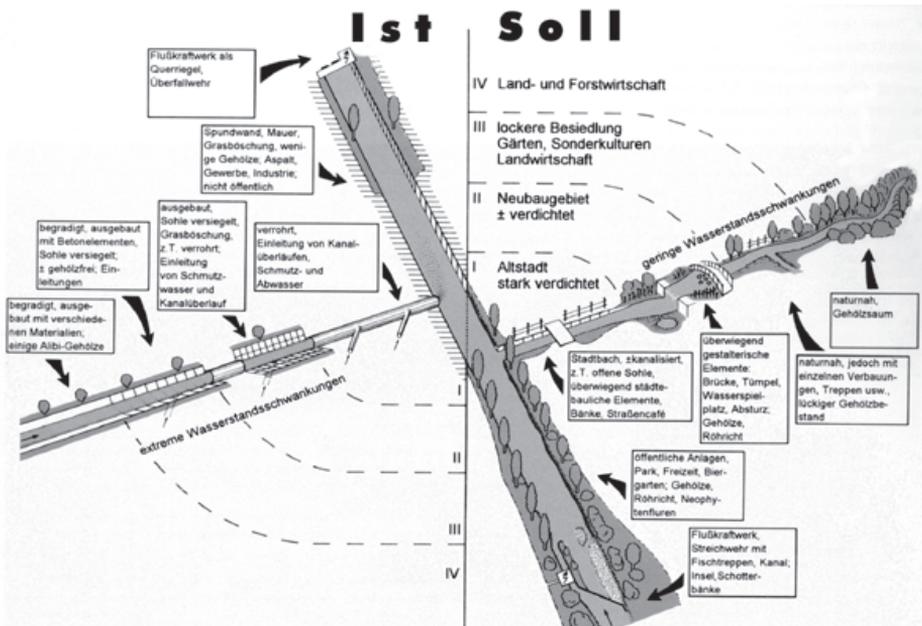


Abb. 7: Ist und Soll städtischer Gewässer.

malpflegerischen, städtebaulichen und in gewissem Umfang auch ökologischen.⁴⁰ Wie das Vorher zum Nachher aussehen könnte, vermittelt Abbildung 7.⁴¹ So werden die Gewässer wieder zur Lebensgrundlage der Stadt, aber sie zeigen sich uns teils in anderer Gestalt, teils in anderen Gefäßen und in einem anderen Zustand.

40 Vergleiche hierzu den Beitrag von Oliver Kaiser in diesem Heft.

41 Vgl. W. Konold / J. Schreiner, Quellen, Bäche, Flüsse und andere Fließgewässer, in: Weitprecht-Biotopbestimmungsbücher, hrsg. von C.-P. Hutter, Stuttgart 1996.

Oliver Kaiser / Iso Himmelbach

Projekt „StadtGewässer“

Bewertung und Entwicklung urbaner Fließgewässer unter Berücksichtigung soziokultureller und städtebaulicher Aspekte

1. Historische Entwicklung und heutige Situation

Die Verfügbarkeit von Wasser war seit jeher die entscheidende Voraussetzung für die Gründung von Siedlungen. Vor allem die Fließgewässer hatten als Energieträger, Produktions- und Transportmittel maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche, politische und bauliche Entwicklung der Städte und ihres Umfelds.¹ Sie versorgten die Städte mit Brauch-, Lösch- und Trinkwasser, entsorgten Abwässer, lieferten Antriebsenergie für Mühlen und Triebwerke und dienten dem Transport von Waren und Menschen. Über Jahrhunderte hinweg wurden sie den Ansprüchen der Menschen angepasst und für die industrielle und gewerbliche Nutzung optimiert. Verbaut, begradigt und verschmutzt, verkamen sie zunehmend zu stinkenden Kloaken, die in unzugänglichen Kanälen und Verrohrungen verschwanden.² Mit dem Rückgang der industriellen und gewerblichen Nutzung in den letzten Jahrzehnten hat sich die Wasserqualität der Fließgewässer zwar deutlich verbessert, die strukturellen und gestalterischen Defizite sind zunächst jedoch vielerorts geblieben. Während in den vergangenen Jahren zahlreiche Fließgewässer in der freien Landschaft aufwändig renaturiert wurden, blieben die Entwicklungsmöglichkeiten der urbanen Fließgewässer meist ungenutzt.

Heute dagegen zeichnet sich eine Renaissance der Gewässer in der Stadt ab. In immer mehr Städten und Kommunen werden Flüsse und Bäche wieder als Lebens- und Erholungsraum und gestalterisches Element in die Stadt integriert. Uferpromenaden und Plätze werden vom Autoverkehr befreit und als Aufenthalts- und Freiraum für die Stadtbevölkerung neu gestaltet. Auf ehemaligen Industriestandorten und Hafenableen entstehen neue Wohn- und Dienstleistungsviertel, so zum Beispiel in der Hamburger Speicherstadt, in den Berliner Wasserstädten Spandau und Rummelsburger Bucht oder die Londoner Docklands. Die schmutzigen Armutsviertel und heruntergekommenen Hafenanlagen der Vergangenheit verwandeln sich in

1 Vgl. H. Schuhmacher, Stadtgewässer, in: H. Sukopp / R. Wittig (Hrsg.), Stadtökologie, Stuttgart 1998, S. 201–217.

2 Vgl. P. Seiffert / B. Burkart / W. Konold, Wasser und seine Bedeutung in der Stadt, in: Gewässerdirektion südl. Oberrhein/Hochrhein (Hrsg.), Lebensader Wasser in einer modernen Stadt, Lahr 2000, S. 12 f.



Abb. 1: Neben ökologischen Aspekten sollten auch ökonomische und soziokulturelle Faktoren bei der Bewertung der Gewässer berücksichtigt werden.

2. Handlungsbedarf

Trotz der positiven Beispiele gibt es noch vielerorts Defizite. Zahlreiche Gewässer sind nach wie vor eher unattraktiv gestaltet, kaum in das Stadtbild integriert und ökologisch von geringem Wert. Die denkmalpflegerischen und identifikationsstiftenden Aspekte der Gewässer und die sich hieraus ergebenden städtebaulichen und soziokulturellen Potenziale werden bei der Gewässerentwicklung zu wenig berücksichtigt. Diese zu nutzen ist eine wichtige Aufgabe für die zukünftige Stadtplanung.

Bezüglich der systematischen Erfassung des Zustands urbaner Gewässer und der Bewertung von Entwicklungsmöglichkeiten gibt es jedoch erhebliche Defizite. So orientieren sich herkömmliche Bewertungsverfahren vor allem an ökologischen Leitbildern und Kriterien der Naturnähe.³ Auch die europäische Wasserrahmenrichtlinie⁴ zielt in ihrer Bewertung allein auf den ökologischen Zustand der Gewässer ab. Wichtige soziokulturelle, städtebauliche und ökonomische Aspekte wie die Erlebbarkeit, Zugänglichkeit, Aufenthaltsqualität und die Freizeit- und Erholungsnutzung spielen bei der Bewertung der Gewässer dagegen allenfalls eine untergeordnete Rolle (vgl. Abb. 1). Auch der denkmalpflegerische Wert und die gestalterische Integration der Gewässer werden zu wenig berücksichtigt. Entsprechende Defizite und Entwick-

3 Vgl. G. Friedrich / E. Coring / B. Küchenhoff, Vergleich verschiedener europäischer Untersuchungs- und Bewertungsmethoden für Fließgewässer, Essen 1995.

4 Europäische Union, Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000.

gewinnträchtige Spekulationsobjekte. Die Gewässer sind jedoch nicht nur Kulisse für den Städtebau. Ästhetik und Gestaltung werden zunehmend auch mit ökologischen, erlebnispädagogischen und soziokulturellen Aspekten verknüpft. Gelungene Beispiele für diese gestalterische und funktionelle Verzahnung von Gewässern und städtischem Raum sind die Rekonstruktion des Stadtkanals in Potsdam, die Öffnung des Pleißemühlgrabens in Leipzig und die Umgestaltung der Isar in München.

lungspotenziale an Flüssen, Bächen und Kanälen bleiben so häufig unerkannt. Zwar wurden in einzelnen Arbeiten von Hauser⁵ oder Schmidgall⁶ neue Bewertungskriterien diskutiert, ein umfassender Bewertungsansatz fehlt bisher jedoch.

Handlungsbedarf besteht auch hinsichtlich der derzeitigen Praxis der Gewässerentwicklungsplanung. So fordert die europäische Wasserrahmenrichtlinie⁷ im Zuge der Planung und Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen eine frühzeitige Information und Beteiligung der Nutzer- und Interessensgruppen (Stakeholder). Gerade bei urbanen Fließgewässern scheint dies sinnvoll, treffen doch hier viele verschiedene Nutzungsansprüche aufeinander. Eine solche umfassende und aktive Beteiligung, die über die gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungs- und Bewilligungsverfahren hinausgeht, ist jedoch selten. Wenn überhaupt werden meist nur die organisierten Stakeholder, wie Wasserwirtschafts-, Fischerei- und Naturschutzorganisationen eingebunden.⁸ Der Bürger als Teil der „nicht organisierten, breiten Öffentlichkeit“ wird dagegen nur selten frühzeitig an wasserwirtschaftlichen Verfahren beteiligt. Er hat daher kaum die Möglichkeit, eigene Ideen und Vorstellungen rechtzeitig in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen. Die kreativen Ressourcen sowie der Gestaltungswillen der Bürger bleiben meist ungenutzt.⁹ Dass gerade dieses Engagement ein großer Gewinn für die Städte und ihre Gewässer sein kann, zeigen bürgerschaftliche Initiativen wie „Neue Ufer“ in Leipzig, „Forelle 2010“ in Hamburg-Wandsbek und Projekte wie die Freilegung der Lutter in Bielefeld oder die Wiederherstellung des Stadtkanals in Potsdam.

Die zukünftige Entwicklung urbaner Fließgewässer erfordert somit nicht nur geeignete Bewertungs- und Planungsinstrumente zur systematischen Erfassung von Defiziten und Entwicklungspotenzialen, sondern auch neue Impulse für die Kommunikation und Partizipation. Nur so werden Gewässerentwicklungsmaßnahmen sowohl den ökologischen Anforderungen als auch den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen gerecht und können von den Betroffenen mitgetragen werden.

3. Das Freiburger Projekt „StadtGewässer“

Übergeordnetes Ziel des Projekts „StadtGewässer“ des Instituts für Landespflege war es daher, neue Wege und Möglichkeiten der Bewertung und Entwicklung städtischer Fließgewässer aufzuzeigen. Es wurden Leitbilder, Kriterien, und Verfahrens-

5 Vgl. F. Hauser, Des- und Re-Integration urbaner Gewässer. Eine Zustands- und Potentialanalyse in Schweizer Städten, Bern 2000.

6 Vgl. C. Schmidgall, Der Fleinsbach in Filderstadt – Entwicklungsmöglichkeiten für Mensch und Natur, Nürtingen 2002.

7 Europäische Union (s. A 4).

8 Vgl. E. Kampa / N. Kranz / W. Hansen, Public Participation in River Basin Management in Germany, Berlin 2003.

9 CAF/Agenda-Transfer Methoden der BürgerInnenbeteiligung, CAF/Agenda-Transfer, Bonn 1999.

Aspekt	Bewertungskriterien	Bewertungskategorien
Profiltyp	Forum und Gestaltung des Querprofils	6 Grundtypen: Kastenprofil, Trapezprofil, Trogprofil, V-Profil, Gewölbeprofil, naturnahes Profil
Sichtprofil, Abflussprofil	Profiltiefe und -breite	beliebig detailliert, hier 0,2 m-Schritte
hydraulische Leistungsfähigkeit	gefahrlos abführbare Wassermenge	beliebig detailliert, hier 0,5 m ³ /s-Schritte
Struktur Güte	ökologische Lebensraumqualität, Strukturvielfalt	gemäß LAWA 2000 ¹⁰ : unverändert bis vollständig verändert (7 Kategorien)
Querbauwerkstypen	Typ von Querbauwerken	6 Grundtypen: Absturz, Rampe, Gleite, Schwelle, Rechen, Stellfalle
Längsdurchgängigkeit der Querbauwerke	Langsdurchgängigkeit für Forellenartige, Kleinfische und Wirbellose	gut durchgängig, bedingt durchgängig, schlecht durchgängig, nicht durchgängig
Materialien, Substrate, Uferverbauung und Vegetation	Baumaterialien, Substrate und Vegetationstypen im und am Gewässer	31 Material-, Substrat- und Vegetationstypen

Tab. 1: Morphologische Bewertungskriterien für urbane Fließgewässer

ansätze für eine umfassende Bewertung der Gewässer und ihrer Funktionen erarbeitet. Diese Bewertungsverfahren wurden an zwei Fließgewässern in Freiburg erprobt. Zum einen am Freiburger Gewerbekanal, einem künstlichen Wasserlauf, der mit seinen beiden Armen weite Teile der Stadt durchzieht und in früheren Jahrhunderten als Triebwerks-, Brauch- und Abwasserkanal genutzt wurde. Zum anderem am Glasbach, einem kleinen Schwarzwaldbach, der im Stadtbereich stark verbaut und unattraktiv gestaltet ist. An beiden Gewässern wurden Defizite und Entwicklungspotenziale analysiert und im Rahmen einer Bürgerbeteiligung aufgegriffen. Gemeinsam mit Bürgern, Fachleuten und Behördenvertretern wurden von Ende 2002 bis Sommer 2003 Vorschläge und Konzepte zur Aufwertung der beiden Gewässer erarbeitet. Dabei standen Aspekte wie Erlebbarkeit, Zugänglichkeit, Aufenthaltsqualität und städtebauliche Integration im Vordergrund. Der Ablauf und die Ergebnisse des Partizipationsverfahrens wurden im Sinne der Aktionsforschung analysiert.

Im Folgenden werden einige Ergebnisse des Forschungsprojekts „StadtGewässer“ vorgestellt.¹¹ Im Vordergrund stehen dabei die neu erarbeiteten Bewertungsan-

10 [Weitere Informationen unter: <http://www.landespflege-freiburg.de/stadtgewaesser.html>]; 10/2004.

11 Vgl. O. Kaiser / F. Schüle, Bewertung städtischer Fließgewässer, in: Wasserwirtschaft, Heft 4/04, S. 20-26.

Aspekt	Bewertungskriterien	Bewertungskategorien
Zugänglichkeit des Wassers	Möglichkeit der physischen Kontaktaufnahme mit dem Wasser	uneingeschränkt zugänglich, bedingt zugänglich, schwer zugänglich, nicht zugänglich, verdolt
Erreichbarkeit des Gewässers	durchgängiges Wegenetz am Gewässer	gut erreichbar, bedingt erreichbar, schlecht erreichbar, nicht erreichbar
Visuelle Wahrnehmbarkeit	Sichtbarkeit des Wassers, „Sichtweite“ (abhängig von Gewässerbreite)	gut sichtbar, bedingt sichtbar, schlecht sichtbar, nicht sichtbar, verdolt
Akustische Wahrnehmbarkeit	Wahrnehmbarkeit von Wassergeräuschen, „Hörweite“	gut wahrnehmbar, bedingt wahrnehmbar, schlecht wahrnehmbar, nicht wahrnehmbar, verdolt
Nutzung des Gewässerumfelds	vorwiegende Nutzung des weiteren Gewässerumfelds (10–200 m)	9 Grundtypen: z. B. Wohngebiet, Industriegebiet, Grünanlage
Abgrenzung des öffentlichen Raums	zugänglicher, öffentlicher Raum am Gewässer	öffentlicher Raum, nicht öffentlicher Raum
Eigenart des Gewässerabschnitts	Charakter und Attraktivität des Gewässerabschnitts	hohe Eigenart, mittlere Eigenart, geringe Eigenart, keine Eigenart
Erlebnis- und Aufenthaltsqualität	Erlebnis- und Aufenthaltsqualität fördernde bzw. - mindernde Ausstattungs- und Störfaktoren	individuelle Bewertung und Gewichtung einzelner Elemente (leitbildabhängig!)

Tab. 2: Soziokulturelle Bewertungskriterien

sätze für urbane Gewässer und einzelne Resultate des partizipativen Planungsverfahrens.

4. Neue Wege bei der Gewässerbewertung

Gängige Bewertungsverfahren für Fließgewässer sind überwiegend ökologisch ausgerichtet und berücksichtigen städtebauliche und soziokulturelle Aspekte nur unzureichend. Im Rahmen des Projekts „StadtGewässer“ wurden daher unter Berücksichtigung der zahlreichen Funktionen und Nutzungsansprüche an urbane Fließgewässer geeignete Ansätze zur Charakterisierung und Evaluierung entwickelt. Neben „harten“, quantifizierbaren Faktoren wurden hierbei auch so genannte „weiche“ Faktoren wie die Erlebnis- und Aufenthaltsqualität in die Untersuchung einbezogen. Die „Leitart Mensch“ sollte bei der Bewertung im Vordergrund stehen. Die Tabel-



Abb. 2: An dieser alten Natursteinmauer am Freiburger Gewerbekanal sind noch Reste einer Wasserkraftanlage zu sehen. Die Ufermauer bietet daher nicht nur einen attraktiven Anblick und Nischen für Pflanzen und Tiere, sie ist auch aus denkmalpflegerischer Sicht von Bedeutung.

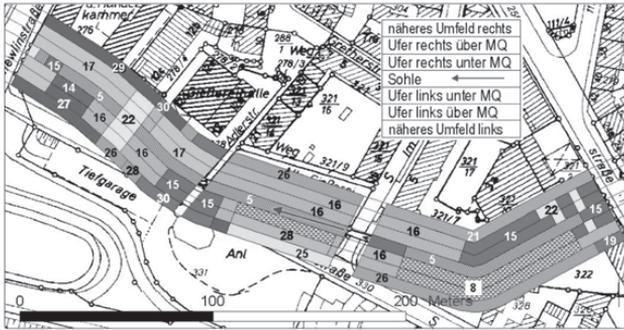
len 1 und 2 geben einen Überblick über die morphologischen und soziokulturellen Bewertungsverfahren und -kriterien.¹²

4.1 Materialkartierung und Vegetation

Substrate und Baumaterialien im und am Gewässer sind maßgebend für Erscheinungsbild, Strukturvielfalt und Lebensraumqualität eines Bachs. So ist ein strukturarmes, betoniertes Gewässerprofil nicht nur für den Menschen unattraktiv, es bietet auch kaum Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Eine Ufermauer aus Bruchsteinen dagegen ist für einen Betrachter in der Regel attraktiver und bietet zudem Pflanzen und Tieren Nischen und Rückzugsmöglichkeiten. Die detaillierte Material- und Substratkartierung erlaubt sowohl Aussagen zum Verbauungsgrad eines Gewässerabschnitts als auch zu seiner Attraktivität, seiner Eigenart und seinem historischen Wert (vgl. Abb. 2).

Bei der Kartierung der Materialien und Substrate werden die Sohle, die Ufer und das nähere Umfeld des Gewässers getrennt aufgenommen. Beim Ufer und dem gewässernahen Umfeld werden die linke und rechte Gewässerseite getrennt erfasst, beim Ufer außerdem der Bereich oberhalb und unterhalb der Mittelwasserlinie unterschieden. Das Profil wird somit in insgesamt sieben Bereiche gegliedert. Bei der Kartierung des gewässernahen Umfelds wird nur die unmittelbare Umgebung des Gewässerlaufs berücksichtigt (max. 20 Meter Abstand vom Gewässerrand). Das weitere Umfeld des Gewässers dagegen wird bei einer Umfeldanalyse erfasst. Die

¹² F. Hauser (s. A 5), S. 71 ff.



Material-, Substrat- und Vegetationstypen

1 verdolt	16 rauher Naturstein verfugt
2 Schlack, Schlamm	17 glatter Naturstein verfugt
3 Ton, Lehm	18 rauher Kunststein unverfugt
4 Sand (<2cm)	19 glatter Kunststein unverfugt
5 Kies und Schotter(2-10cm)	20 rauher Kunststein verfugt
6 Schotter (5-10cm)	21 glatter Kunststein verfugt
7 Schotter und Steine (5-30cm)	22 Beton, Mauerputz
8 Blöcke, Schotter, Steine (5->30cm)	23 Holz
9 Blockwerk (>30cm)	24 Metall
10 anstehender Fels	25 Rasen
11 Wiese	26 Gärten, Krautflur, Stauden (nicht standortg.)
12 Krautflur, Stauden (standortgerecht)	27 Gehölze (nicht standortgerecht)
13 Gehölze (standortgerecht)	28 andere unversiegelte Flächen
14 rauher Naturstein unverfugt	29 Gebäude
15 glatter Naturstein unverfugt	30 Asphalt, andere versiegelte Flächen
	31 Nitrophytenflur

Abb. 3: Darstellung der Material-, Substrat- und Vegetationstypen in einem Geographischen Informationssystem (GIS).

Zahl der zu differenzierenden Substrat-, Material- und Vegetationstypen kann an die planerischen Anforderungen angepasst werden. Eine genaue Differenzierung ist dann sinnvoll, wenn detaillierte Aussagen zur ökologischen Lebensraumqualität, zur städtebaulichen Attraktivität und dem denkmalpflegerischen Wert eines Gewässerabschnitts gemacht werden sollen. Am Glasbach und Gewerbekanal in Freiburg wurden 31 Substrat-, Vegetations- und Materialtypen unterschieden. Die Ergebnisse der Kartierung wurden in einem Geographischen Informationssystem (GIS) mittels einer Bändersignatur mit sieben Einzelbändern dargestellt (vgl. Abb. 3).

4.2 Zugänglichkeit des Wassers

Die Zugänglichkeit eines Gewässers ist ein wesentlicher Faktor für dessen Erlebniswert und Nutzbarkeit. Kriterium für die Zugänglichkeit ist die Möglichkeit, mit dem Element Wasser vom Ufer aus in Berührung zu kommen, also physischen Kontakt aufzunehmen. Die Bewertung orientiert sich an der Profiltiefe und -form des Gewässers sowie der Gestaltung und Bebauung des Uferbereichs. Die durchgeführten



Profil- und Materialkartierungen können somit als Bewertungsgrundlage herangezogen und durch Geländeerhebungen ergänzt werden. Die Abstufung der Merkmalsausprägung erfolgt in Anlehnung an einen Verfahrensansatz von Hauser¹³ (vgl. Abb. 4):

– *direkt zugänglich*:

Der Kontakt mit dem Wasser ist direkt möglich, es bestehen keine nennenswerten Hindernisse. Flache Ufer oder Treppen ermöglichen einen bequemen Zugang.

– *eingeschränkt zugänglich*:

Der Zugang kann mit vertretbarem Aufwand erreicht werden, es gibt keine direkten Hindernisse wie Mauern oder Zäune, die Uferböschung ist relativ flach. Eigentlich unzugängliche Gewässerabschnitte können dieser Kategorie zugeordnet werden, wenn sie mehrere, dicht aufeinander folgende Zugänge, zum Beispiel Treppen, aufweisen.

– *schwer zugänglich*:

Profiltiefe <1,5 m; der Zugang ist grundsätzlich möglich, erfordert jedoch einen relativ großen Aufwand, z.B. auf Grund von dichter Vegetation am Ufer, kleinen Mauern, Zäunen oder steilen Böschungen. Eigentlich unzugängliche Gewässerabschnitte können dieser Kategorie zugeordnet werden, wenn sie einzelne, kleine Zugänge aufweisen.

Abb. 4: Gewässerabschnitte werden anhand ihrer Zugänglichkeit einer von fünf Kategorien zugeordnet

13 Vgl. W. Hellpach, Geopsyche. Die Menschenseele unter dem Einfluss von Wetter und Klima, Boden und Landschaft, Stuttgart 1977.

– *unzugänglich:*

Tief liegendes Profil (>1,5 m), sehr steile Uferböschungen; Gewässer durch Gebäude, unüberwindbare Mauern oder Zäune abgesperrt. Es besteht kein Zugang zum Gewässer bzw. der Aufwand oder die Unfallgefahr sind sehr hoch.

– *verdolte und überbaute Gewässerabschnitte:*

Das Gewässer ist unter die Erde verlegt oder wird unter Gebäuden hindurchgeführt.

Für die Zugänglichkeit besonders günstige Strukturen wie künstlich angelegte Trittsteine oder Stege werden als aufenthaltsfördernde Elemente gesondert aufgenommen (s.u.). Bei der Bewertung der Zugänglichkeit wird ein Gewässer auch dann als zugänglich eingestuft, wenn der Zugang über ein gemeinschaftlich genutztes Privatgelände erfolgt, beispielsweise über einen Garagenhof oder eine allgemein zugängliche Grünanlage. Eingezäuntes Privatgelände wird dagegen als unzugänglich eingestuft.

Die Zugänglichkeit wird abschnittsweise und nach linkem und rechtem Ufer getrennt ermittelt und kann im GIS mittels einer Doppelbandsignatur dargestellt werden (vgl. Abb. 5).

4.3 Visuelle Wahrnehmbarkeit

Die Sichtbarkeit ist wahrscheinlich der wichtigste Faktor für den Erlebniswert eines Gewässers. Ist ein Wasserlauf nicht sichtbar, weil er beispielsweise in einem tiefen Profil verläuft, so wird er in der Regel vom Menschen nicht wahrgenommen und kann somit eine Vielzahl von Funktionen nicht mehr uneingeschränkt erfüllen.

Die Sichtbarkeit oder visuelle Wahrnehmbarkeit eines Wasserlaufs hängt zum einen von der Gestaltung des Gewässerprofils, zum anderem von der Nutzung und Bebauung des Gewässerumfelds ab. Kriterium für die Bewertung ist die maximale Entfernung vom Gewässerrand, aus der ein Erwachsener die Wasseroberfläche gerade noch sehen kann („Sichtweite des Gewässers“). Linkes und rechtes Ufer werden getrennt bewertet. Die Sichtbarkeit des Gewässers von Brücken oder vom Inneren angrenzender Gebäude aus wird nicht berücksichtigt. Bei der Bewertung der visuellen Wahrnehmbarkeit werden die folgenden fünf Wertstufen verwendet:

- gut sichtbar (Sichtweite > doppelte Gewässerbreite)
- bedingt sichtbar (Sichtweite = einfache bis doppelte Gewässerbreite)
- schlecht sichtbar (Sichtweite < einfache Gewässerbreite)
- nicht sichtbar (Mauern, Gebäude, dichte Vegetation o.ä. behindern die Sicht)
- verdolt bzw. überbaut (das Gewässer verläuft unterirdisch)

Diese Einteilung der Wertstufen ermöglicht erfahrungsgemäß eine gute Differenzierung der visuellen Wahrnehmbarkeit bei kleinen und mittelgroßen Gewässern. Die Festlegung der Wertstufen kann jedoch bei Bedarf verändert werden. Im GIS wird die visuelle Wahrnehmbarkeit nach linkem und rechtem Ufer aufgeschlüsselt mit einem Doppelband dargestellt (vgl. Abb. 5).

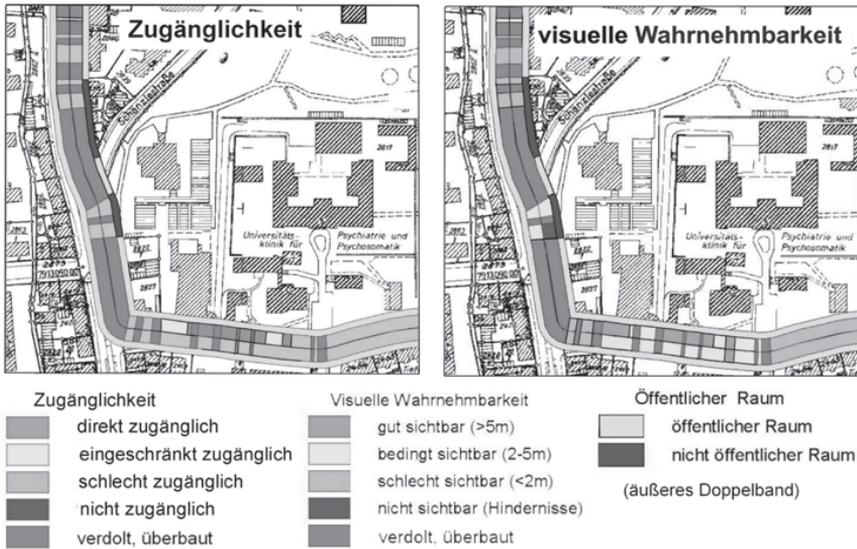


Abb. 5: Darstellung der Zugänglichkeit (linke Bildseite) und der visuellen Wahrnehmbarkeit (rechte Bildseite) eines Abschnitts des Freiburger Glasbachs (inneres Doppelband). Längere Abschnitte des Bachs sind verdolt. Der Bach kann daher nur bedingt als lineare Struktur wahrgenommen werden. In beiden Kartenausschnitten wurde der Aspekt des öffentlichen Raums als Doppelband hinterlegt (äußeres Doppelband). Ein Großteil des Glasbachs liegt im öffentlichen Raum und ist somit für die Allgemeinheit erreichbar.

4.4 Akustische Wahrnehmbarkeit

Bei der Umweltwahrnehmung spielt neben dem Sehsinn auch die akustische Wahrnehmung eine maßgebliche Rolle. Eine Besonderheit ist, dass der Gehörsinn sich nicht wie die Augen gegen Umweltreize verschließen kann und nur bedingt selektiv arbeitet. Wassergeräusche werden jedoch von den meisten Menschen als positiv empfunden.¹⁴ Im städtischen Raum werden sie allerdings häufig von Lärm überlagert und sind daher kaum wahrnehmbar. Zudem sind viele urbane Fließgewässer so stark verbaut und strukturarm, dass kaum Wassergeräusche entstehen. Die akustische Wahrnehmbarkeit von Wassergeräuschen ist insbesondere dann von großer Bedeutung, wenn das Gewässer nur schlecht sichtbar ist, weil es beispielsweise in einem tiefen Profil liegt.

14 Vgl. W. Harfst / B. Kreisel / H. Scharpf, Uferstreifen an Fließgewässern, DVWK-Schriften, Heft 90, Hamburg/Berlin 1990, S. 241 – 345.

Beim vorliegenden Kartierverfahren werden Gewässerabschnitte aufgenommen, an denen Wasser- und Fließgeräusche eine gewisse Fernwirkung erzielen und auf den Wasserlauf aufmerksam machen. Kriterium für die Bewertung ist die akustische Wahrnehmbarkeit von Wassergeräuschen in einem Abstand von mindestens fünf Metern vom Gewässerrand. Die Art und Lautstärke der Wassergeräusche selbst wird nicht bewertet, da die subjektive Wahrnehmung hier sehr unterschiedlich ausfallen kann. Die Erhebung am Gewässer sollte bei mittlerem Abfluss und zudem tagsüber erfolgen, um auch eine etwaige verkehrsbedingte Verlärmung erfassen zu können.

4.5 Anbindung des Gewässers an das öffentliche Wegenetz

Die Erschließung des Gewässers mit öffentlichen Wegen für Fußgänger und Radfahrer ist neben der Zugänglichkeit ein weiteres wichtiges Kriterium für dessen Integration in den städtischen Raum. So können Gewässerabschnitte auf Grund eines tief eingeschnittenen Profils zwar gemäß der Definition im vorhergehenden Abschnitt unzugänglich sein, aber dennoch über einen durchgängigen Uferweg erreichbar und damit für den Menschen wahrnehmbar und erlebbar sein. Entsprechend wird mit diesem Verfahren die Anbindung des Gewässers an das öffentliche Wegenetz und die Durchgängigkeit der öffentlichen Wege beurteilt. Als nicht durchgängig gilt ein Weg, wenn er auf Privatgelände verläuft und die Benutzung für Unbefugte ausdrücklich untersagt ist, er so weit vom Gewässer wegführt, dass dieses nicht mehr wahrgenommen werden kann oder eine stark befahrene Verkehrsstraße kreuzt.

Die Bewertung der Anbindung des Gewässers erfolgt abschnittsweise und für das linke und rechte Ufer getrennt. Dabei werden vier Kategorien unterschieden:

- gute Anbindung / gut erreichbar: Es ist ein durchgängiger Fuß- und/oder Radweg entlang des Gewässerabschnitts vorhanden.
- mittlere Anbindung / eingeschränkt erreichbar: Es sind keine durchgängigen Fuß- oder Radwege entlang des Gewässerabschnitts vorhanden.
- geringe Anbindung / schlecht erreichbar: In dem Gewässerabschnitt führen einzelne Wege punktuell an den Wasserlauf heran.
- keine Anbindung / nicht erreichbar: Es gibt keine Fuß- oder Radwege am oder zum Gewässer.

Die Länge der einzelnen Gewässerabschnitte kann an die jeweiligen Anforderungen und örtlichen Gegebenheiten angepasst werden. Gewässerabschnitte, die zu mehr als 50% verdolt sind, werden nicht bewertet. Die Darstellung kann tabellarisch oder wie beim Aspekt »Zugänglichkeit« mittels einer Doppelbandsignatur im GIS erfolgen.

4.6 Nutzung und Bebauung des Gewässerumfelds

Die Entwicklungsziele für ein Gewässer können je nach Gewässerumfeld sehr unterschiedlich sein. So spielen etwa im mittelalterlichen Stadtzentrum gestalterische und denkmalpflegerische Aspekte eine große Rolle, während in einem Gewerbe- oder Industriegebiet eher wasserwirtschaftliche oder ökologische Belange im Vordergrund stehen. Die Nutzung und Gestaltung des Gewässerumfelds muss daher auch schon bei der Bewertung eines Wasserlaufs berücksichtigt werden. Das weitere Umfeld des Gewässers kann z.B. in folgende Kategorien eingeteilt werden:

1. Wohngebiet
2. Mischgebiet (Wohnen, Einzelhandel, Gewerbe)
3. Dienstleistungs- und Gewerbegebiet
4. Industriegebiet
5. Sportgelände, Grün- oder Parkanlage
6. Kleingartenanlage
7. Forstwirtschaftliche Flächen
8. Landwirtschaftliche Flächen

Weitere Kategorien können bei Bedarf hinzugefügt werden. Kriterium für die Einteilung ist die vorwiegende Nutzung des Gewässerumfelds in einem Abstand von bis zu 200 m vom Gewässer. Die Daten werden für die linke und rechte Gewässerseite getrennt erhoben und im GIS mittels einer Doppelbandsignatur dargestellt.

4.7 Öffentlicher und nicht-öffentlicher Raum

Bei der Bewertung der Zugänglichkeit und der Wahrnehmbarkeit des Gewässers spielen Besitzverhältnisse und juristische Aspekte (Zugangs- und Wegerechte) zunächst keine Rolle. Allein die physische Zugänglichkeit bzw. die Wahrnehmbarkeit des Wassers ist maßgeblich. Die Unterscheidung von öffentlichem und nicht-öffentlichem Raum ermöglicht hier eine weitere Differenzierung (vgl. Abb. 5).

Als öffentlicher Raum werden Flächen und Anlagen gewertet, die vom „Normalbürger“ betreten werden können. Dazu zählen der öffentliche Verkehrsraum, städtische Parks und Grünanlagen, Waldflächen und nicht abgesperrte Flächen von öffentlichen Einrichtungen. Privatgrundstücke, auch wenn sie vom Verkehrsraum problemlos zugänglich sind, werden dagegen als nicht-öffentlicher Raum bewertet. Ausnahmen stellen Privatgrundstücke mit eingetragenen Wegerechten für die Öffentlichkeit dar. Im GIS kann die Themenkarte „öffentlicher und nicht-öffentlicher Raum“ mit anderen Themenkarten wie beispielsweise der Zugänglichkeit oder der visuellen Wahrnehmbarkeit kombiniert werden. Die Bewertung der Gewässer kann so differenziert und verfeinert werden.

4.8 Eigenart des Gewässers

Die im Rahmen des Projekts durchgeführte Bewertung der Eigenart eines Gewässers orientiert sich an Methoden der Landschaftsbildbewertung. Harfst definiert die Eigenart eines Ortes als dessen Charakteristik, die sich im Lauf der Geschichte entwickelt hat und die einen Ort vom anderen abhebt.¹⁵ Bestandteil der Eigenart sind typische, häufig auftretende Elemente und Phänomene, jedoch auch besonders markante, seltene Einzelercheinungen, die durch ihre zeitliche und räumliche Verteilung den spezifischen Charakter eines Raums prägen.¹⁶ Bei der Erfassung der Eigenart eines Gewässers muss somit einerseits die historisch bedingte Charakteristik des Gewässerraums erfasst werden, andererseits auch dessen Wiedererkennungswert und Attraktivität. Eine Operationalisierung gestaltet sich jedoch schwierig, da zahlreiche Faktoren und Ausstattungselemente¹⁷ zu berücksichtigen sind, wie zum Beispiel bauliche Anlagen, Sichtbeziehungen, Vegetationsstrukturen, Gerüche und Geräusche. Deren Erfassung, Bewertung und Gewichtung ist sehr stark von der subjektiven Wahrnehmung und der normativen Wertung des bewertenden Individuums abhängig. Für die Eigenart eines urbanen Gewässerraums lassen sich somit keine eindeutigen, objektiven Wertmaßstäbe formulieren. Um die Bewertung dennoch möglichst nachvollziehbar zu gestalten, können jedoch für die Eigenart relevante Faktoren und Ausstattungselemente benannt werden:

- historische Gebäude, Denkmäler, Querbauwerke im Gewässer
- Materialien und Baustile
- Vegetationsstrukturen und Biotope
- Verlauf und Strukturen des Gewässers
- faunistische oder floristische Besonderheiten
- Nutzungen des Gewässerraums
- Räume und Dimensionen
- Sichtbeziehungen
- Kulissenwirkungen des Umfelds
- sinnliche Reize (Licht, Farben, Geruch, Geräusche)

Bei der Bewertung können natürlich noch weitere Faktoren berücksichtigt werden. Die Eigenart eines Gewässers wird entsprechend der Ausprägung der Faktoren und Ausstattungselemente einer von vier Wertstufen zugeordnet (vgl. Abb. 6):

- Hohe Eigenart: Der Gewässerraum hat einen hohen Wiedererkennungswert und stellt in seiner Gesamtheit ein sehr attraktives Ambiente dar, beispielsweise auf Grund seines historischen Charakters.

15 Vgl. *W. Nohl*, Über die Rezeption der Eigenart, in: *Berichte der ANL* Nr. 21, 1997, S. 25-37.

16 Vgl. *I. Gerhards*, Die Bedeutung der landschaftlichen Eigenart für die Landschaftsbildbewertung, Freiburg 2002, S. 96 ff.

17 Vgl. *Dt. Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau e.V. (DVWK)*, Gestaltung und Pflege von Wasserläufen in urbanen Gebieten, Hennef 2000.

- Mittlere Eigenart: Der Gewässerraum erhält durch einzelne Elemente und Strukturen eine gewisse Charakteristik und Attraktivität, vermittelt jedoch keinen einheitlichen Gesamteindruck.
- Geringe Eigenart: Es sind kaum charakteristische Merkmale vorhanden, der Wiedererkennungswert und die Attraktivität sind gering.
- Keine erkennbare Eigenart: Es sind keine charakteristischen Merkmale erkennbar. Der Gewässerraum ist unattraktiv.

Zur Erfassung und Bewertung der Eigenart wird das Gewässer von der kartierenden Person in möglichst homogene Abschnitte eingeteilt (Abschnittslänge ca. 50 m bis 2.000 m). Linkes und rechtes Ufer werden dabei getrennt erfasst. Die Kartierungsergebnisse können im GIS als Doppelband oder tabellarisch dargestellt werden.

4.9 Die Aufenthaltsqualität beeinflussende Elemente

Unter diesem Sammelbegriff werden diejenigen Ausstattungselemente zusammengefasst, die im Gewässer oder in dessen näherer Umgebung zu finden sind und die Aufenthalts- und Erlebnisqualität sowie die Attraktivität des Gewässerraums beeinflussen. Die folgenden Ausstattungsfaktoren¹⁸ beeinflussen die Aufenthaltsqualität in der Regel positiv:

- attraktive Ufer mit Kulissenwirkung (z.B. historische Gebäudezeilen am Ufer)
- historische Elemente, die zum Gewässer gehören, beispielsweise Mühlen, Wehre, Brücken usw.
- Sitzgelegenheiten, auch Straßencafés, sofern sie am Gewässer liegen
- Spiel- und Liegeflächen (müssen nicht offiziell als solche ausgewiesen sein)
- eine für die Badenutzung geeignete Wassergüte
- Badestellen mit einer Wassertiefe von mehr als einem Meter, z.B. bei Querbauwerken
- Strömungsberuhigte Flachwasserbereiche, die sich zum Planschen und Spielen eignen
- Kunstwerke, die in thematischen oder direktem räumlichen Zusammenhang mit dem Wasser stehen
- Lehrpfade oder Schautafeln mit Bezug zum Wasser
- Grillplätze (nur offiziell ausgewiesene, keine wilden Feuerstellen)

Die Aufenthaltsqualität eines Gewässerabschnitts kann jedoch auch durch verschiedene Störfaktoren gemindert werden. Dazu gehören:

- Lärm (z.B. Straßenverkehr)

18 *H. Schadek*, Bürger und Kommune. Die sozial- und verfassungsgeschichtliche Entwicklung Freiburgs von der Gründung bis in die Zeit um 1250, in: *H. Schadek / Th. Zotz* (Hrsg.), Freiburg 1091-1120, Sigmaringen 1995, S. 260 ff.



- Geruch (beispielsweise Emissionen von Kläranlagen, Industriebetrieben oder dem Straßenverkehr)
- Visuelle Beeinträchtigungen und Blickfeldstörungen durch Hauptverkehrsstraßen, unattraktive Gebäudekomplexe, etc.
- Hundekot
- Müll am Ufer oder im Gewässer

Die Aufenthaltsqualität fördernde Ausstattungsfaktoren und die Störfaktoren werden bei Begehungen der Gewässerabschnitte nach linkem und rechtem Ufer getrennt erfasst. Anhand der Gesamtheit der Einzelelemente sowie deren Quantität und Qualität kann die Aufenthaltsqualität der Gewässerabschnitte nach linker und rechter Uferseite getrennt bewertet werden. Hierbei sollten das Umfeld und mögliche Nutzungsformen am Gewässer berücksichtigt werden.

- Sehr geringe Aufenthaltsqualität: Am Gewässer befinden sich allenfalls vereinzelt positiv wirkende Elemente. Der Charakter des Gewässerabschnitts wird jedoch maßgeblich durch Störfaktoren geprägt.
- Geringe Aufenthaltsqualität: Am Gewässer finden sich nur wenige die Aufenthaltsqualität fördernde Elemente, die Störfaktoren überwiegen.
- Mittlere Aufenthaltsqualität: Es sind überwiegend positiv beeinflussende Elemente am Gewässerabschnitt vorhanden, jedoch auch einzelne Störfaktoren.

Abb. 6: Beispiele am Gewerbekanal und am Glasbach für die vier Kategorien der »Eigenart«.

– Hohe Aufenthaltsqualität: Am Gewässer befinden sich zahlreiche die Aufenthaltsqualität fördernde Elemente, Störfaktoren spielen eine untergeordnete Rolle.

Bei der Klassifizierung der Aufenthaltsqualität ist eine Gewichtung der einzelnen Ausstattungs- und Störfaktoren in Abhängigkeit vom angestrebten Entwicklungsziel möglich. Die Vergabe von Indexwerten für einzelne Elemente oder gar die Berechnung von Mittelwerten ist jedoch kritisch zu beurteilen, da dadurch eine Objektivität suggeriert wird, die nicht gegeben ist. Die Aufenthaltsqualität der jeweiligen Gewässerabschnitte kann im GIS z.B. mittels Doppelbandsignaturen visualisiert dargestellt werden.

4.10 Vorteile der Bewertungsverfahren

Die vorgestellten Verfahrensansätze ermöglichen eine umfassende Bewertung von urbanen Fließgewässern und stellen eine sinnvolle Ergänzung zu den herkömmlichen, rein ökologisch ausgerichteten Bewertungsverfahren dar. Am Gewerbekanal und Glasbach in Freiburg konnten neben ökologischen auch städtebauliche, gestalterische und soziokulturelle Defizite und Entwicklungspotenziale identifiziert werden. Die Freizeit- und Erholungsnutzung, die Erlebnis- und Aufenthaltsqualität, die gestalterische Qualität sowie der historische und denkmalpflegerische Wert der Gewässer erhielten dadurch deutlich mehr Gewicht als bei herkömmlichen Gewässerentwicklungsplanungen. Auch im Partizipationsverfahren des Projekts „StadtGewässer“ wurden diese Aspekte von den Bürgern und Fachleuten bei der Planung aufgegriffen.

5. Partizipative Planung

Im Rahmen des neunmonatigen Beteiligungsverfahrens haben etwa 80 Akteure in mehreren Arbeitsgruppen ca. 30 Vorschläge und Entwürfe zur gestalterischen und ökologischen Aufwertung und städtebaulichen Integration des Gewerbekanal und des Glasbachs erarbeitet. Das Spektrum reicht dabei von naturnahen Umgestaltungen von Gewässerabschnitten und der Öffnung verdohlter Bereiche über künstlerische Installationen am und im Wasser bis hin zu Aufenthaltsbereichen und Erlebnisplätzen an den beiden Gewässern. Zwei aus städtebaulicher und kulturhistorischer Sicht besonders bemerkenswerte Vorschläge der Bürgergruppen sollen im Folgenden vorgestellt werden.

5.1 Ein Wasserrad als Blickfang

Der Gewerbekanal fließt häufig in einem recht tiefen Profil und ist daher an vielen Stellen für Passanten kaum wahrnehmbar. Um die Aufmerksamkeit der Menschen

verstärkt auf den Gewässerlauf zu lenken, könnte am Kanal ein sich an historischen Vorbildern orientierendes Wasserrad installiert werden, welches mit Gefäßen Wasser in eine Metallrinne schöpft (vgl. Abb. 7). Im hinteren Teil der Rinne fließt das Wasser durch kleine Löcher zurück in den Kanal, so dass ein feiner Wasservorhang entsteht. Das übrige Wasser kann entweder am Ende der Rinne ebenfalls zurück in den Kanal fließen oder für gestalterische und spielerische Zwecke im Umfeld genutzt werden. Die Installation sollte nachts illuminiert werden. Das Wasserrad stellt nicht nur ein historisches Element dar, welches an die jahrhundertlange Wasserkraftnutzung am Gewerbekanal erinnert, sondern ist auch ein künstlerischer Blickfang, der mit dem faszinierenden Wasserspiel alle Sinne des Betrachters anspricht.

5.2 Historischer Wissenspfad

In Freiburg finden sich noch zahlreiche Relikte und Spuren der Jahrhunderte langen Nutzung des Wassers und der Wasserkraft. Besonders der Gewerbekanal – ein künstlich angelegter Wasserlauf – hat das Erscheinungsbild der Stadt vielerorts geprägt. Seine Ursprünge reichen bis in die Zeit um 1091 zurück, als das Herzogsgeschlecht der Zähringer auf dem Freiburger Schlossberg eine Burg errichtete.¹⁹ Seit der Marktprivilegierung Freiburgs von 1120 nahm der Kanal die Entwicklung eines gewerblich sehr beanspruchten Wasserlaufs. In Folge gab es immer wieder Streitigkeiten um die Verteilung und Nutzung des Wassers, und so bildeten sich in Freiburg seit dem 15. Jahrhundert sogenannte „Runzgenossenschaften“²⁰ heraus, die sich in zwei Gruppen einteilen lassen. Die agrarisch ausgerichteten Runzgenossenschaften machten sich das Brauchwasser zur Wässerung der Wiesen rund um Freiburg zu Nutze, während die gewerblichen sich um den Unterhalt des Gewerbekanal kümmerten und die Nutzung des Wassers in der Stadt regelten. Das gewachsene Kleingewerbe am Kanal wurde im 19. Jahrhundert von größeren, investitionswilligen Industriebetrieben verdrängt, welche die Wasserkraft zunächst zur Erzeugung von Transmissionsenergie und später für die Stromproduktion nutzten. Noch 1928 produzierten an den Armen des Gewerbekanal 23 Turbinen unterschiedlichster Stärke Strom aus Wasserkraft.²¹ Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor die Wasserkraftnutzung am Kanal stark an Bedeutung, viele Anlagen wurden stillgelegt. Mit der Wende auf dem Energiemarkt in den letzten Jahren wurden mehrere Kleinkraftwerke

19 Runz = „Runs“: Rinne, Bachbett; mhd. „runs(t), ahd. „runsa“ (F. Kluge, Etymologisches Wörterbuch, Berlin 1999).

20 *Badischer Wasserkraftkataster*, Heft 11: Elz, Dreisam, Glotter, Veröff. der Wasser- und Straßenaubdirektion Karlsruhe, Karlsruhe 1928.

21 *Badischer Wasserkraftkataster*, Heft 11: Elz, Dreisam, Glotter, Veröff. der Wasser- und Straßenaubdirektion Karlsruhe, Karlsruhe 1928.

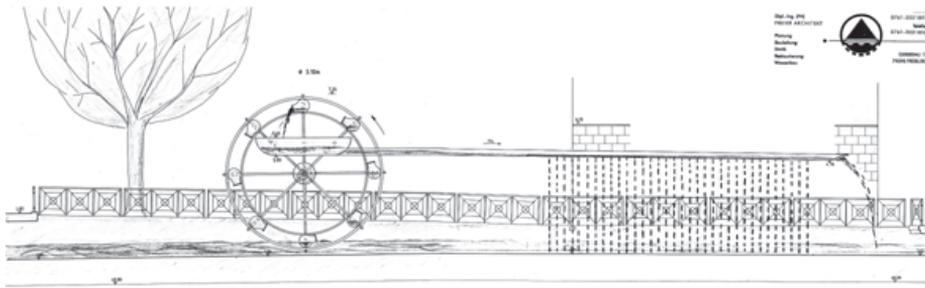


Abb. 7: Wasserrad mit Wasservorhang: Krüge schöpfen Wasser aus dem Gewerbekanal in eine Metallrinne. Durch Reihen kleiner Löcher fließt das Wasser wieder zurück in den Kanal und bildet so einen Wasservorhang, der nachts illuminiert wird (Entwurf: M. Gerspacher, Freiburg).

wieder in Betrieb genommen und modernisiert. Heute produzieren sieben Wasserkraftwerke am Gewerbekanal Strom.

Dieses „wasserbauliche Erbe“ des Freiburger Gewerbekanal ist in der Öffentlichkeit bisher nur wenig bekannt. Eine der Bürgergruppen des Projekts „StadtGewässer“ hat daher einen historischen „Wissenspfad“ im Internet aufgebaut (vgl. Abb. 8). Bisher wurden knapp 30 geschichtlich bedeutsame Orte und Bauwerke ausgewählt, zu denen weitergehende Informationen zusammengetragen wurden: Anlieger wurden befragt und im Internet wurde eine Aktion gestartet, die zum Ziel hat, möglichst viele Fotos zum Leben am und mit dem Kanal zusammenzutragen (www.bachabschlag.de). Die Internetpräsenz soll künftig noch weiter ausgebaut und als „realer“ Lehrpfad in der Stadt umgesetzt werden. Dabei sollen anstelle großer Informationstafeln kleinere nummerierte Schilder mit einem Logo den Besucher führen. Die entsprechenden Informationen sollen über Begleitbroschüren vermittelt werden, die zielgruppengerecht zusammengestellt werden können. Auch ist denkbar, dass die Besucher über ihr Mobiltelefon die entsprechenden Informationen abrufen können.

Da sich ein derartiger „Wissenspfad“ nicht ausschließlich an die Besucher der Stadt richtet, wird verstärkt die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen interessierten Einrichtungen gesucht. Ziel ist es, möglichst viele Gruppen mit ihren Interessen und Themen rund um den Gewerbekanal einzubinden.

5.3 Fazit

Das Freiburger Projekt „StadtGewässer“ zeigt, dass durch eine frühzeitige Beteiligung von Bürgern bei der Gewässerentwicklung und -gestaltung kreative Potenziale

freigesetzt werden können, die bei herkömmlichen Planungsprozessen ungenutzt bleiben. Auf diese Weise können Projekte am Gewässer realisiert werden, für die der Verwaltung allein meist die personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen fehlen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine ergebnisoffene Diskussion, welche den vielfältigen Nutzungsansprüchen am Gewässer Raum lässt und die Entwicklung von Visionen und ungewöhnlichen Ideen ermöglicht. Es bleibt zu hoffen, dass in Zukunft mehr Städte und Kommunen die Kreativität, Innovationskraft, aber auch die Alltagserfahrung und den Gestaltungswillen ihrer Einwohner nutzen – nicht nur bei der Gewässerentwicklung.

Autoren

HARTMUT FISCHER (1943) ist Stadtverwaltungsdirektor in Mainz und seit 1981 Leiter des Amtes für Stadtsanierung und Denkmalpflege. Veröffentlichungen u.a. zum Thema „Spielen in der Stadt“ und zur historischen Fotografie der Stadt Mainz.

KLAUS GREWE (1944) übernahm 1967 am Rheinischen Landesmuseum Bonn die neue Stelle des Vermessungsingenieurs mit dem Schwerpunkt der Erforschung römischer Wasserleitungen. 1997 Promotion zum Thema „Licht am Ende des Tunnels - Planung und Trassierung im antiken Tunnelbau“. Seit Aufteilung des Rheinischen Landesmuseums in die Bereiche Museum und Bodendenkmalpflege Wissenschaftlicher Referent beim Rheinischen Amt für Bodendenkmalpflege. Derzeit u.a. mit einem technikgeschichtlichen Projekt zum römischen Drover-Berg-Tunnel bei Düren befasst.

ISO HIMMELSBACH (1963) studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Geschichte an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt. Arbeitet heute im EDV-Bereich. In seinem Dissertationsprojekt beschäftigt er sich mit der Entstehung und Entwicklung des Wasserbaus in Freiburg. Buchveröffentlichung: „Von wegen der Badstuben...“ Zur Geschichte des Freiburger Badewesens von 1300-1800, Freiburg 2000.

OLIVER KAISER (1971) studierte Biologie mit dem Schwerpunkt Limnologie an der

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seit Januar 2000 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Landespflege in Freiburg und betreut dort mehrere Projekte im Bereich der Gewässerentwicklung. Im Rahmen seiner Dissertation beschäftigte er sich mit der Bewertung und Entwicklung städtischer Fließgewässer.

WERNER KONOLD (1950) ist seit 1997 Inhaber des Lehrstuhls für Landespflege an der Forstwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg im Breisgau. Promotion 1983 „Zur Ökologie kleiner Fließgewässer. Verschiedene Ausbauarten und ihre Bewertung“; Habilitation 1988 über „Kulturhistorische, vegetationskundliche und limnologische Untersuchungen an oberschwäbischen Stillgewässern“.

JÖRG SCHLAICH (1934); Studium der Architektur und des Bauingenieurwesens an den Technischen Universitäten Stuttgart und Berlin 1953-1958; Abschluss als Diplom-Ingenieur und praktische Arbeiten auf Baustellen in Deutschland und in der Türkei. Danach weitere Studien an der Universität Stuttgart über Probleme der Stahlbetonkonstruktion und Dissertation 1962. Heute Professor und Direktor des „Instituts für Konstruktion und Entwurf II“ an der Universität Stuttgart und Partner bei „Schlaich Bergermann und Partner, Beratende Ingenieure, Stuttgart“. Zahlreiche bekannte Großprojekte, Auszeichnungen und Ehrenmitgliedschaften.

BESPRECHUNGEN

RICHARD BAUER, *Geschichte Münchens. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, München: Verlag C.H. Beck 2003, 224 Seiten, 18,- Euro.

MARTIN SCHIEBER, *Nürnberg. Eine illustrierte Geschichte der Stadt*, München: Verlag C.H. Beck 2000, 191 Seiten, 14,90 Euro.

Die Stadt München war anders als Nürnberg in den rund 850 Jahren ihrer Stadtgeschichte nie eine freie Reichsstadt, sondern sie war als Residenzstadt unter den Wittelsbachern und seit 1918 als Landeshauptstadt des republikanischen Bayern immer abhängig von ihren Stadt- und Landesherren bzw. in das Land eingebunden, dessen Regierung sie beherbergte und das sie repräsentierte. Münchens Stadtgeschichte war verwoben mit der bayerischen Landes- und damit zugleich mit der deutschen Nationalgeschichte.

In seiner „Geschichte Münchens“ greift Richard Bauer diese Tatsache auf, indem er Stadt-, Landes-, und deutsche Geschichte miteinander verbindet. Das ist kein bloßer Kunstgriff, wie es zunächst scheinen mag, weil die „Realpräsenz“ der Stadtgeschichte immer gesichert ist, die bayerische und die deutsche Geschichte aber zu irgendeinem Zeitpunkt erst „erfunden“ werden musste. Die ersten Vaterländer waren die Städte, nicht die Länder oder das „Reich“. Kritisch registriert Bauer, wie die Stadt häufig den Versuchungen unterlag, sich historisch zu stilisieren, angefangen von dem aus dem Mittelalter überkommenen Stadtwappen, das mehrfach abgewandelt wurde, über Beinamen wie „Deutsches Rom“ (von der katholischen Gegenreformation im 16. Jahrhundert bis zur Klostersäkularisation 1802), „Isar-Athen“ (im 19. Jahrhundert), „Hauptstadt der Bewegung“ (in der NS-Zeit) und „Heimliche

Hauptstadt Deutschlands“ (nach 1945 bis zur Wiedervereinigung 1990) – Bezeichnungen, die der Stadt meist von außen angetragen, dann aber bereitwillig übernommen wurden. In der kritischen Distanz, mit der der Stadtarchivar Bauer der Geschichte seiner Stadt gegenübersteht, unterscheidet sich diese Stadtgeschichte von vielen anderen.

Durch die Jahrhunderte waren der Selbstverwaltung der Residenzstadt der Wittelsbacher starke Grenzen gesetzt, jedenfalls bis 1848. Seitdem gewannen die Liberalen begünstigt durch das Wahlrecht bis 1918 einen bestimmenden Einfluss auf die Kommunalpolitik. Eingehend befasst sich Bauer mit der Räteherrschaft in München 1919 und die Wirkung der NS-Herrschaft, wobei auch das Schicksal der jüdischen Bevölkerung und der Gruppen des Widerstands eingebracht werden. Die Stadt hatte sich durch die Jahrhunderte hindurch zu einem urbanen Schauplatz entwickelt, wobei von ihr sehr unterschiedliche Rollenspiele abverlangt wurden. Bauer spricht von einer „Dauerideologisierung“ des Stadtnamens zu jeweils ganz unterschiedlichen Zwecken, zuletzt als Austragungsort der Olympiade 1972. Nach der Wiedervereinigung mit der Entscheidung für Berlin als Hauptstadt habe München endgültig seine Rolle als „heimliche Hauptstadt Deutschlands“ verloren.

Das Buch ist für eine breitere Leserschaft geschrieben. Es ist reichlich und ansprechend illustriert und gut lesbar. Auf Anmerkungen wurde verzichtet und die Bibliographie ist knapp gehalten. Obwohl häufiger kritische Überlegungen eingeflochten werden, ist der Stil bewusst erzählend angelegt, weniger analysierend und problematisierend.

Das gleichfalls im Verlag Beck und in einer ähnlichen Ausstattung erschienene Buch „Nürnberg. Eine illustrierte Geschichte der

Stadt“, das von vier Autoren, Martina Mitenhuber, Martin Schieber, Alexander Schmidt und Bernd Windsheimer verfasst wurde, umfasst ebenso die lange Dauer einer Stadtgeschichte, diesmal von über 950 Jahren. Aber die eigentliche Stadtgeschichte wird hier dichter und detaillierter beschrieben, und die unterschiedlichen Epochen von der mittelalterlichen Reichsstadt bis zu der modernen Industrie- und Großstadt werden stärker voneinander abgesetzt. Auch hier geht es um die kritische Auseinandersetzung mit einem „Stadtmythos“, der allerdings, wie es lakonisch heißt, nur zweihundert Jahre alt ist und eine Erfindung der Romantik war, die das „altdeutsche“ Szenarium der Stadt Dürers herausstellen wollte. Nach 1933 „aktualisierten“ die Nationalsozialisten den Stadtmythos und erhoben Nürnberg zur Stadt der jährlichen „Reichsparteitage“, zu deren Abschluss regelmäßig die Oper „Die Meistersinger“ aufgeführt wurde. Die Beschreibung der NS-Zeit in diesem Buch ist sehr dicht, und sie kontrastiert eigenartig zu früheren Zeiten der Geschichte Nürnbergs, auch zu denen der entstehenden Industriestadt des 19. Jahrhunderts, als Nürnberg politisch eine Hochburg der Sozialdemokratie wurde, wengleich auch hier wie in München bis 1918 die Liberalen die Stadt regierten.

Eine historische Glanzzeit für Nürnberg als Stadt war das späte Mittelalter. Als Reichsstadt war sie ebenso wie die Stände der Herzöge Reichsgrafen und Fürstbischöfe des Reichs ein „Reichsstand“. Um 1500, zur Zeit Kaiser Maximilians I., war Nürnberg gleichsam der Mittelpunkt Deutschlands, wie es die 1494 in Nürnberg gedruckte Schedelsche Weltchronik und das Geographiebuch „Descriptio Germaniae“ des Schulmeisters Johannes Cochläus festhielten. Die Stadt lag im Schnittpunkt der großen Handelsachsen von Norden nach Süden und von Westen nach Osten. Sie war häufiger Ort der Reichstage und beherbergte lange Zeit die „Reichskleinodien“. Weil die Stadt die überkommene enge

Bindung an Kaiser und Reich nicht aufgeben wollte, trat die sehr früh lutherisch gewordene Reichsstadt nicht dem Schmalkaldischen Bund bei, der die protestantischen Fürsten und Städte gegen den katholischen Kaiser Karl V. vereinte.

Die Reichsfreiheit und politische Unabhängigkeit der Stadt Nürnberg endete mit dem Alten Reich 1806, als Nürnberg an Bayern fiel. Aber auch im 19. und 20. Jahrhundert war die bayerisch gewordene Stadt – im Vergleich zu München – eher ein Schauplatz der deutschen als der bayerischen Geschichte. Sie ist in vielem typisch für die Verwandlung einer alten deutschen Stadt in eine moderne Industriestadt, deren altstädtische Bausubstanz schließlich im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört wurde. In Nürnberg wurden nicht nur die nationalsozialistischen Rassegesetze, die sog. „Nürnberger Gesetze“ beschlossen, sondern hier fanden 1945/46 auch die Hauptkriegsverbrecherprozesse statt, die mit den Verbrechen der NS-Zeit abrechneten und die gleichfalls mit dem Namen der Stadt verbunden sind.

Die historische Symbolik und die Stadtmythen heben die Geschichte beider Städte, Nürnbergs und Münchens, weit über die lokale Stadtgeschichte hinaus. Beide Bände sind, auch wegen ihres knappen Umfangs, betont leserfreundliche gestaltet. Sie liefern aus der Perspektive der Stadtgeschichte einen neuen und anderen Einblick sowohl in die deutsche Geschichte wie in die Landesgeschichte.

Wilhelm Ribhegge, Münster

JOHANN DORNER, *Herzogin Hedwig und ihr Hofstaat. Das Alltagsleben auf der Burg Burghausen nach Originalquellen des 15. Jahrhunderts, Burghausen: Stadtarchiv Burghausen 2002, 3. Aufl. 2004 (Burghausener Geschichtsblätter 53), 240 S., ill., 12.- Euro.*

Bevor die bayerischen Teilherzogtümer 1530 endgültig vereinigt und München ab dem 16. Jahrhundert unangefochten die Residenzstadt der Herzöge von Bayern wurde, gab es eine ganze Reihe von Orten, die als Herrschaftszentren fungierten. Im Herzogtum Niederbayern ist hier unter anderem Burghausen zu nennen, das im 15. Jahrhundert Familienwohnsitz der niederbayerischen Wittelsbacher war. Eine besondere Bedeutung erhielt die Burg Burghausen, als sie Residenz der Herzogin Hedwig wurde. Diese jagiellonische Königstochter vermählte sich 1475 in der berühmten Landshuter Hochzeit mit Herzog Georg dem Reichen von Bayern-Landshut. Wahrscheinlich war Burghausen bis 1479 gemeinsamer Wohnsitz des herzoglichen Ehepaars, danach hielt sich die Herzogin hier alleine auf. In welcher Weise sich das Alltagsleben der Herzogin entwickelte, ist das Thema des Buches. Hauptquellen sind Rechnungen, die verschiedenste Ausgaben dokumentieren und damit auch verschiedene Lebensbereiche Hedwigs und Aktivitäten ihres Hofstaats erkennen lassen. Rechnungsbände sind aber nicht für die gesamte Lebenszeit der Herzogin, die sich bis zum ihrem Tod im Jahr 1502 dort aufhielt, vorhanden. Besonders aussagekräftig ist die Mautrechnung von 1485, des weiteren noch Küchen- und Landmeisterrechnungen aus den 1470er Jahren sowie einige Rechnungen aus der Spätphase Hedwigs um 1500. Aufschlüsse erhält man besonders über die Bautätigkeit in der Burg Burghausen, ansonsten gibt es eine Fülle an Details zum konsumtiven Verhalten am Hof: welche Gebrauchsgegenstände, Schmuck und Luxusartikel, aber auch Medi-

zin in Burghausen benötigt und angeschafft wurden, wird hier ersichtlich. Einblicke werden auch in die Burghausener Küche gewährt: welche Lebensmittel in welcher Menge verzehrt wurden, ist hier nachzuvollziehen. Weitere Angaben beleuchten das herzogliche Jagdvergnügen, aber auch religiöse Aspekte im Leben der Herzogin Hedwig. Der besondere Vorteil der Rechnungen ist zudem, dass nicht nur die Artikel und ihre Preise benannt sind, sondern auch die Geschäftspartner und Bezugsquellen. Auf diese Weise wird deutlich, in welchen Beziehungen die Burg Burghausen mit der Stadt und der näheren Umgebung, aber auch dem weiteren Umfeld stand. Die Befunde selbst werden ausführlich präsentiert, zahlreiche Abbildungen und faksimilierte Aktenauszüge vermitteln zudem eine große Anschaulichkeit.

Der Darstellung selbst folgt ein Quellenanhang. Die rasche Orientierung im Band gewährleistet ein ausführliches Personen-, Orts- und Sachregister. Der Anschluss an die gegenwärtige Hof- und Residenzenforschung – und hier wird man zumal für das 15. Jahrhundert in erster Linie an die Forschungen zum burgundischen Hof denken – wird nicht hergestellt. Der Bezug beschränkt sich vielmehr ganz auf den landeshistorischen und regionalen Kontext, wie auch die abschließenden und eher abschweifenden Bemerkungen zur historiographischen Bewertung Herzog Georgs des Reichen erkennen lassen. Dagegen fehlen vergleichende Aspekte oder gar die Einordnung des Burghausener Hofes in die europäische Hofkultur völlig. Ob also der Hofstaat Hedwigs besonders üppig oder eher kärglich war, seine Organisation zukunftsweisende Strukturen oder eher traditionelle Elemente aufweist, bleibt offen. Gleichwohl passt es zu gegenwärtigen Forschungstrends, dass neben den großen und bekannten Höfen auch die kleineren Beispiele verstärkt in den Blick genommen werden. Der Hof der Herzogin Hedwig, den man im Gegensatz zur Hofhaltung des regierenden

Herzog einen Nebenhof nennen kann, gehört sicher dazu. Und insofern wird hier im besten Sinne Grundlagenforschung betrieben, die ein nicht unwichtiges Beispiel höfischen Alltags erschließt.

Michael Kaiser, Köln

BARBARA ROMMÉ (Hrsg.), *Das Königreich der Täufer, Bd. 1, Reformation und Herrschaft der Täufer in Münster; Bd. 2, Die münsterischen Täufer im Spiegel der Nachwelt, Münster: Stadtmuseum 2000, 252 S., 240 S., zahlr. Abb.*

Der zweibändige Ausstellungskatalog zum Thema „Das Königreich der Täufer“ befasst sich anlässlich der Ausstellung im Stadtmuseum Münster mit der „Reformation und Herrschaft der Täufer in Münster“ und mit „den münsterischen Täufern im Spiegel der Nachwelt“. Die beiden Bände überraschen angenehm mit jeweils in die Thematik einführnden Aufsätzen, denen die dazugehörigen Ausstellungsstücke in einem kurzen Katalog nachfolgen. Diese Anordnung erleichtert einerseits die Verbindung zwischen abgebildetem Exponat und den erläuternden Aufsätzen, andererseits wird auf diese Weise eine einheitliche Darstellung erschwert. Aufgefangen wird dieser Umstand jedoch dadurch, dass die einzelnen Stücke ausführlich beschrieben werden und so eine Verbindung und Einordnung in den Zusammenhang der Ausstellung stattfindet. Aufmerksames Lesen wird durch das gewählte Layout leider nicht unterstützt. Positiv hervorzuheben sind die ausgezeichnet photographierten und detailreichen Abbildungen des Katalogteils.

Im ersten Band beschäftigt sich zunächst Wilhelm Ribhegge mit den politischen Allgemeinumständen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation unter Kaiser Karl V. und mit dessen Beziehung zum Münste-

raner Täuferreich. Die beiden Aufsätze von Ralf Klötzer „Reformation in Münster“ und „Herrschaft der Täufer“ komplettieren das Bild. Dem Aufsatz Ribhegges kann der interessierte Leser gut folgen, der Überblick ist gelungen. Bei Klötzers Aufsätzen ist der spröde Stil dem Lesen eher hinderlich. Der zweite Band behandelt die Zeit nach den Täufern. Bernd Thier stellt ihre Bedeutung für die nachfolgenden Jahrhunderte heraus und widmet sich der Täuferthematik in der bildlichen Darstellung und künstlerischen Auseinandersetzung. Thier gelingt es in einer knappen und kurzen Übersicht, die Rezeptionsgeschichte der Täufer in Münster eindrücklich darzustellen. Der Leser wird durch die Jahrhunderte geführt und erhält einen tieferen Einblick in das Denken und Fühlen der Münsteraner im Umgang mit den Täufern im Spannungsfeld von Erinnern und Verdrängen. Katja Schupp beschränkt sich in ihrem Beitrag auf die Darstellung und Erklärung der wissenschaftlichen Rezeptionsgeschichte, die kurz nach dem Ende des Täuferreichs beginnt und bis heute andauert. Gerade das Gegenbild des Täuferreichs wird zur Projektionsfläche bürgerlicher Identität. In der Auseinandersetzung mit den Täufern zeigen sich Deutungsmuster, die insbesondere in zeitgenössischen Theaterstücken und Aufführungen zu Tage treten. Im letzten Aufsatz des Katalogs beschäftigt sich Thier nochmals mit der Rezeptionsgeschichte der Täufer, nun aber im Umfeld der Kunstproduktion. Zeitgleich mit dem Verschwinden des Täuferreichs setzte eine rege Produktion von Holzschnitten und Kupferschnitten ein, die das Königreich und sein Ende zum Thema hatten. Diesen eher handwerklichen Kunstprodukten wird ein Großteil des kurzen Beitrags gewidmet. Leider fehlt diesen summarischen Aufzählungen die entsprechende Tiefe, was wohl mit der dünnen Quellendecke erklärt werden kann. Insgesamt jedoch scheint der zweite Band etwas besser gelungen zu sein als der erste.

Festzuhalten bleibt, dass der zweibändige Ausstellungskatalog die wissenschaftliche Forschung bereichert und der Stadt Münster ein interessantes Buch zum Themenkomplex Täufer bietet. Bedauerlicherweise führt der enge Blick auf die Stadt Münster ohne deren Umland oder das Reich der Täufer ausreichend mit einzubeziehen, manchmal zu Unschärfen, insbesondere ein Kontrast zu überregionalen Quellen hinterlässt eine spürbare Lücke. Insgesamt jedoch ist der Katalog gelungen und allemal eine Anschaffung wert, wenn man sich mit den Täufern und ihrem Königreich auseinandersetzen möchte.

Daniel Kirn, Stuttgart

WERNER ZAPOTETZKY, „*Was noch geschieht, muss man abwarten*“. *Karlstadt im Dreißigjährigen Krieg; die sogenannte „Satz’sche Chronik“ im Stadtarchiv. Karlstadt: Kralik o. J. [1999], (Museum Karlstadt 6), 92 S., 11 Abb.*

Die Forschung nicht nur zum Dreißigjährigen Krieg hat sich seit langem von den Haupt- und Staatsaktionen der großen Politik und der Schlachten abgewandt, um Mentalitäten, Kultur- und Alltagsgeschichte oder „Geschichte von unten“ in den Blick zu nehmen. Für all diese neuen Methoden und Fragestellungen lassen sich oft die traditionellen Quellen aus den Kanzleien der Fürsten und Regierungen nicht heranziehen, weil in ihnen die Sicht der Herrschaft dominiert. Es ist also wichtig, die in vielen kleinen Stadtarchiven und Sammlungen verstreuten Quellen ausfindig zu machen und auszuwerten, die eine neue Perspektive in die Diskussion bringen können. Unter diesem Aspekt ist der von Werner Zapotetzky besorgte Druck der sogenannten „Satz’schen Chronik“ im Stadtarchiv des unterfränkischen Karlstadt ver-

dienstvoll. Nicht unbedingt, weil es sich um eine Quelle handeln würde, die überraschende Neuinterpretationen zuließe, sondern weil der Forschung damit ein weiterer Baustein zur Abrundung der Quellenlage für vielfältige Untersuchungen zum Dreißigjährigen Krieg in Franken wie auch zur Geschichte eines kleineren Ortes im Krieg zur Verfügung gestellt wird. Überliefert ist diese Chronik in einem Kopialbuch im Stadtarchiv Karlstadt, das eigentlich landesherrliche Verordnungen enthält – insofern ein bemerkenswerter Umstand, als den geschilderten Ereignissen offensichtlich aus der Sicht der lokalen Verwaltung eine so große Bedeutung zukam, dass ihre Überlieferung auf eine Stufe mit diesen gestellt wurde. Auf 73 Seiten werden die Ereignisse der Jahre 1631/32 (als Karlstadt unmittelbar von den Kriegereignissen betroffen war und sich mit Einquartierungen, Schanzarbeiten und Zahlungen auseinanderzusetzen hatte) und kursorisch der Friedensschluss 1647/48 beschrieben. Als Verfasser hat eine Tradition den Notar und Stadtschreiber Johannes Satz bezeichnet, doch dafür gibt es keine Belege. Ein anderer Verfasser ist jedoch auch nicht auszumachen, so dass es bei der Bezeichnung „Satz’sche Chronik“ bleiben mag.

Zapotetzky erweist sich bei der Herausgabe des Textes als Minimalist. Er hat ihn anscheinend buchstabengetreu transkribiert und in einem Anmerkungsapparat heute nicht mehr gebräuchliche Wörter, Wendungen sowie Abkürzungen erklärt, soweit möglich auch Personen und Orte identifiziert. Zu einer wissenschaftlichen Edition fehlt indes der kritische Apparat. Während man noch darüber diskutieren mag, ob ein solcher bei der Publikation neuzeitlicher Quellen wirklich notwendig ist, ist es schade, dass darüber hinaus auf jegliche Analyse verzichtet wird, die vielleicht zu einer besseren Einordnung des Textes hätte führen können. So hätte man den Verfasser, wenn schon nicht identifizieren, so doch sozial besser einordnen können,

wenn Wortschatz und Informationsstand näher untersucht worden wären. Interessant wäre auch eine quellenkritische Untersuchung gewesen, insbesondere zu der Frage, wann denn die Chronik eigentlich niedergeschrieben wurde. Zu identifizieren sind anscheinend zwei Hände, nämlich der eigentliche Text sowie spätere Korrekturen und Ergänzungen (S. 7). An dieser Stelle müssten sich Überlegungen zur Datierung und zur Zuverlässigkeit der Chronik anschließen. Mehrfach hat der Verfasser andere Quellen wie z.B. eine schwedische *Salva Guardia*, einen Schutzbrief (S. 26 f.), wörtlich zitierend in die Chronik aufgenommen. Hier hätte eine Suche nach paralleler Überlieferung zu einer besseren Einordnung des Textes führen können. Untersuchungen und Betrachtungen dieser Art sind also noch anzustellen, bevor die „Satz’sche Chronik“ nicht nur als Steinbruch für eine Ortsgeschichte, sondern als eine Quelle für Forschungen mit einem weiter gesteckten Ziel herangezogen werden kann. Zapotetzky kann sich jedenfalls den Verdienst zuschreiben, den Weg dazu gewiesen zu haben.

Max Plassmann, Düsseldorf

JOACHIM EIBACH, *Frankfurter Verhöre. Städtische Lebenswelten und Kriminalität im 18. Jahrhundert, Paderborn: Schöningh 2003, 476 S., ill., 44,80 Euro.*

Die Reichsstadt Frankfurt am Main war eine der Metropolen des Alten Reiches. Frankfurter Befunde können daher eine besondere Relevanz beanspruchen, und Joachim Eibach hat schon deswegen recht daran getan, nicht irgendeine Stadt, sondern mit der Mainmetropole ein gewichtiges Fallbeispiel für seine Forschungen zu wählen. Stadtgeschichte

wird in der Gießener Habilitationsschrift als Teil der Kriminalitätsgeschichte aufgefasst. Bezugsrahmen der Untersuchung sind die städtischen Lebenswelten (bzw. die Lebenswelt – eine nicht unproblematische begriffliche Unschärfe, die sich durch das gesamte Werk zieht), verstanden als soziokulturelle Kontexte, die von den Akteuren in bestimmter Weise wahrgenommen wurden. Inwieweit die Menschen in diesen Lebensräumen gegen Normen verstießen und damit auch „das selbstverständlich Gegebene der Lebenswelt in Frage stellten“ (24), ist Gegenstand der Untersuchung.

Konkret werden in dieser Studie nur bestimmte Erscheinungsformen von Delinquenz in den Blick genommen. Zum einen ist dies der Bereich der städtischen „Unruhen“, also Proteste gegen die Obrigkeit. Zum zweiten rückt die Gewaltdelinquenz in den Vordergrund, und zum dritten werden Eigentumsdelikte thematisiert. Der Zeitrahmen für die Untersuchung ist das 18. Jahrhundert. Damit wird eine Zeit erschlossen, die von der Kriminalitätsforschung, in deren Fokus vornehmlich eher spätmittelalterliche oder Beispiele des 16. Jahrhunderts gestanden haben, bislang weitgehend vernachlässigt worden ist. Hier markiert dieses Werk einen wichtigen Baustein, um diese Forschungslücke zu schließen. Jede Arbeit, die sich mit der Spätphase des Ancien Régime beschäftigt, stößt auf die Frage nach Veränderungen, wenn nicht nach Anzeichen für einen Zeitenwechsel und den Anbruch der Moderne. Tatsächlich ist dies auch für den Autor der Fluchtpunkt seiner Arbeit. Er sucht und findet in allen Untersuchungsfeldern deutliche Anzeichen für Veränderungen, gesellschaftliche Neuformierungen und entsprechende Auswirkungen auf die Wahrnehmung und Bewertung städtischer Delinquenz. So lässt sich zum 18. Jahrhundert hin eine Entpolitisierung der Unruhen feststellen. Einerseits kann dies als Indiz für den Erfolg der konsensualen Regierungspraxis in Frankfurt gelten, zumal

Konfliktpotential gerade in der Reichsstadt auch über den Weg der Reichsjustiz ein Ventil fand. Andererseits wurde aus dem politischen Protest in wachsendem Maße ein sozialer: Immer deutlicher wurden Unterschichten Träger dieser Protestaktionen. Für diese stellte die Juridifizierung der Proteste, wie sie für Bürgeroffiziere oder Kaufleute und überhaupt für politikfähige Gruppierungen der Stadt längst der übliche Weg geworden waren, keine Option dar. Interessanterweise lassen sich in dem manifesten Protest, der vor allem zum Ende des Reiches die Stadt vielfach erschütterte, Vorformen der Protestkultur erkennen, wie sie sich dann in der Zeit des Vormärz artikulierten.

Soziale Differenzierungen lassen sich ebenfalls für das Phänomen der Gewaltdelinquenz beobachten. Gewalt wurde im 18. Jahrhundert für das höhere Bürgertum nicht mehr als adäquates Mittel für den Streitaustrag akzeptiert – ein deutlicher Unterschied zu den Verhältnissen etwa im 16. Jahrhundert. Freilich waren die bürgerlichen Eliten der Gewalt nicht völlig abgeneigt, wie die Duellkultur und die nach wie vor praktizierte hausväterliche Gewalt in der Familie zeigen. Deutlich wird aber, dass die Gewalt mehr und mehr zur Praxis der Unterschichten wurde. Bildete der bürgerliche Salon und das Kaffeehaus den Gegenentwurf zum Wirtshaus, so blieb letzteres durchaus ein Ort des gewaltsamen Streitaustrags für die Unterschichten. Das soziale Konfliktpotential wirkte sich nirgends so eindeutig aus wie bei den Eigentumsdelikten: „Das 18. Jahrhundert wurde zum Jahrhundert des Diebstahls, weil die Armut zunahm.“ (371) War Armut in der Vormoderne nie ein unbekanntes Phänomen gewesen, erlebte sie im ausgehenden Ancien Régime eine neue Dimension. Im Gegensatz zur Gewaltdelinquenz galt Eigentumsdelinquenz immer als „unehrlich“. Motiv für Diebstahl war vor allem die Sorge um den Lebensunterhalt; doch neben dem Streben um die Subsistenzerhaltung ging es mitunter auch

darum, den sog. „kleinen Luxus“ zu ergattern und zu ergaunern und auf diese Weise kulturelles Kapital zu erwerben. Wandlungen lassen sich nicht nur im Bereich der Delinquenz nachvollziehen, sie erfolgten auch in der Praxis der Strafjustiz. So erwies sich das alte Instrument der stigmatisierenden Ehrenstrafen insofern als inopportun, als es dem neuen, aufgeklärten Prinzip der Nützlichkeit, die das neue Strafverständnis kennzeichnete, entgegen arbeitete. Gleichwohl überwand die Strafgewalt keineswegs ständische Grenzen, sondern konservierte sie, indem vor allem Angehörige der Unterschichten mit der Härte des Gesetzes zu rechnen hatten und erst recht Fremde, die stets besonders der Gefahr der Kriminalisierung ausgesetzt waren.

Wie lassen sich diese zunächst vereinzelt Befunde bündeln? Der Autor verknüpft seine Beobachtungen mit den Begriffen der Verobrigkeitlichung und Juridifizierung. Denn die städtische Obrigkeit vermochte es im Laufe der Zeit, eine immer stärkere Position aufzubauen, indem sie sich als konkurrenzloser Garant für den Stadtfrieden – ein ständeübergreifender Grundwert – etablierte. Damit eng verbunden war die Tendenz, Konflikte durch die städtische Justiz regeln zu lassen; die Praxis der Selbstregulierung der (Alltags-)Konflikte ging im 18. Jahrhundert deutlich zurück. Nicht zu übersehen ist dabei eine wachsende Polarisierung innerhalb des Bürgerverbands, indem das untere Bürgertum zu den Unterschichten abgedrängt wurde, während das höhere Bürgertum Zugang zu den Schaltstellen der Macht erwarb.

„Die Stadt des 18. Jahrhunderts bildete den Nukleus der neuen bürgerlichen Welt“ (431). Dieser Satz beschließt das knappe Fazit und die Studie insgesamt, kann aber kaum als wirklich innovative These mit großer Sprengkraft gelten. Das ändert nichts an der Plausibilität der Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Autors. Doch auffallend ist die Scheu vor großen Thesen schon. Diese Zurückhaltung muss man aber keineswegs ne-

gativ sehen, zumal unbestreitbar ist, dass mit dieser Studie Frankfurt am Main für die weitere, sich auf die Phase des ausgehenden Ancien Régime kaprizierende stadthistorische wie auch kriminalitätshistorische Forschung als Referenzpunkt zu gelten hat.

Michael Kaiser, Köln

CHRISTOPH CORNELIBEN / STEFAN FISCH / ANNETTE MAAS, *Grenzstadt Straßburg. Stadtplanung, kommunale Wohnungspolitik und Öffentlichkeit 1870-1940*, St. Ingbert: Röhrig Univ. Verlag 1997 (Saarbrücker Studien zur Interkulturellen Kommunikation mit Schwerpunkt Frankreich / Deutschland 2), 291 S., ill., graph. Darst., 25.- Euro.

„Grenzstadt Straßburg“ ist eine Veröffentlichung der Saarbrücker Studien zur interkulturellen Kommunikation. In drei Beiträgen werden exemplarisch Stadtplanungsmodelle und Urbanisierungsprozesse im deutsch-französischen Grenzraum am Beispiel Straßburgs untersucht. Nun sind Grenzen als Forschungsobjekt für gesellschaftliche und soziale Entwicklungen nicht neu; doch der französische Grenzraum ist durch die dreimalige Verschiebung der Grenzen zwischen 1870 und 1940 ein besonders lohnenswerter Untersuchungsgegenstand.

Christoph Cornelißen beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der deutsch-französischen Wohnungspolitik in Straßburg von 1886 bis 1929, Stefan Fisch mit dem Straßburger „Großen Durchbruch“ (1907-1957), an dessen Beispiel er Kontinuität und Brüche in der Architektur, Städtebau und Verwaltungspraxis darstellt. Anette Maas behandelt den Komplex Stadtplanung und Öffentlichkeit in Straßburg (1870-1918/25). Diese Veröffentlichung ist zugleich ein Teilbericht des von

der Asko-Europa-Stiftung geförderten DFG-Projekts zur Stadtentwicklung im Grenzraum Deutschlands, Frankreichs und Luxemburgs. Die Quellenlage bedingt es, sich zunächst exemplarisch mit Straßburg zu beschäftigen, um in der Folge mit weiteren Forschungen das elsässisch-lothringische Gebiet als Ganzes würdigen zu können. Die drei Beiträge sind trotz ihrer Verschiedenheit gut abgestimmt und passen gut zu dem übergeordneten Thema der Grenzstadt Straßburg. Cornelißen gelingt es, die Kontinuität der deutschen Verwaltung in der Stadtplanung Straßburgs nach 1918 überzeugend darzulegen, jenseits aller rhetorischen Aussagen französischer, aber auch deutscher Quellen. Gerade auf personeller Ebene wie auch in ihrer Programmatik knüpfte die Stadt nach 1918 an die deutschen Traditionen an. Auch in der Diskussion gesellschafts- und sozialpolitischer Fragestellungen orientierte sich die Diskussion in Straßburg an den Meinungsbildern des Deutschen Reiches.

Die Untersuchung Straßburgs in drei Teilen, im Kaiserreich, vor und nach 1919 ist umfassend, anschaulich und gut strukturiert. Stefan Fisch beschäftigt sich mit dem „Großen Durchbruch“ und zeigt dort Kontinuität und Brüche in der Architektur, dem Städtebau und der Verwaltungspraxis zwischen 1907 und 1957. Der Plan des „Großen Durchbruchs“ sah vor, in der Straßburger Innenstadt eine neue Hauptverkehrsstraße mit moderner Bebauung anzulegen. Fisch liefert eine überzeugende Darstellung der städtebaulichen Entscheidungen, die einerseits architektonisch, andererseits sozialpolitisch geprägt waren. So wird der Ideenwandel vom bloßen Grundstücksverkauf zur Sanierung der Stadtkasse hin zu einem neuartigen Mittel der kommunalen Bodenpolitik, dem Erbbaurecht, beleuchtet. Ebenso beschäftigt sich Fisch mit den internen Entscheidungsprozessen z.B. in Fragen der Finanzierung oder in den obligatorischen Architekturwettbewerben, die den Bauvorgang begleiteten, aber ihren Wert vor

allem für die Stadtgeschichte Straßburgs haben. Interessant sind vor allem die stockende Weiterführung des Projekts zwischen 1919 und Zweitem Weltkrieg sowie die dezidiert französische Sichtweise, die das Projekt in dieser Zeit maßgeblich beeinflusste. Annette Maas beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit dem Thema Stadtplanung und Öffentlichkeit in Straßburg zwischen 1870 und 1918/1925. Sie kommt dabei zu dem Schluss, dass das Straßburger Bauprojekt der nördlichen Stadterweiterung – obwohl in deutscher Zeit geplant – nicht zu einer Zerreißprobe zwischen Deutschen und Elsässern wurde. Hauptgrund hierfür war, dass das Projekt schon lange vor 1870 geplant wurde und sich das Bauprojekt für nationale Agitation auf beiden Seiten kaum eignete, weil bewusst auf politische Symbolik verzichtet wurde. Es fand eine Separation der elsässischen Bevölkerung statt, die im Ortskern um das Münster sich zu Hause fühlte, während die Deutschen im neuen, modernen nördlichen Stadtteil Quartier bezogen. Ebenso fanden sich keine Persönlichkeiten, die sich zum Sprachrohr der einen oder anderen politischen Richtung machten. Straßburg wurde durch diese stadtplanerische Maßnahme quasi zur geteilten Stadt. Auch dieser letzte Beitrag ist, wie die vorhergehenden Beiträge des Bandes, interessant, informativ und leicht nachvollziehbar. Die Veröffentlichung leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der elsässisch-deutsch-französischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Insbesondere für die Stadtgeschichte Straßburgs ist sie von hohem Wert, ebenso als Beispiel für Urbanisierungsprozesse im frühen 20. Jahrhundert.

Daniel Kirn, Stuttgart

HORST HECKER, *100 Jahre Strom in Frankenberg 1903–2003. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Stadt. Frankenberg (Eder): EGF EnergieGesellschaft Frankenberg mbH 2003, 305 S., zahlr. Abb.*

Das Buch zur Energieversorgung in Frankenberg an der Eder, im Eigenverlag herausgegeben von der städtischen EnergieGesellschaft Frankenberg mbH (EGF), ist eine hervorragende Festschrift – nicht mehr und nicht weniger. Nicht mehr: Der Autor, Stadtarchivar Horst Hecker, richtet seinen Blick genau so weit, wie die eigenen Stromleitungen reichen. Keine Spur einer vergleichenden „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“, die Stadt im hessischen Nordwesten erscheint hier wie eine einsame Insel. Allenfalls tauchen Aussagen auf wie der – vielerorts gern gebrauchte – Rückständigkeitstopos: „Wie in vielen anderen Bereichen, so hinkte die Stadt auch hier der allgemeinen Entwicklung (...) weit hinterher“ (S. 18). Die folgenreichen Auswirkungen der Liberalisierung des Strommarkts auch für Frankenberg verschwimmen hinter den sattsam bekannten Floskeln vom „dynamischen Wettbewerbsprozess“, von der „Herausforderung“, der „Kunden- und Kostenorientierung“ usw. (S. 223). Um Geschichtsschreibung handelt es sich hier nicht. Dafür hätte der Autor außer den Gegebenheiten und Ereignissen auch Antriebe und Folgen sowie eine historische Umgebung deutlich machen müssen. Aber auch nicht weniger: Denn als Festschrift – und mehr sollte die Publikation trotz des Untertitels vielleicht auch gar nicht werden – setzt das Buch nachahmenswerte Maßstäbe. Nach einem Rückblick auf die Anfänge der Straßenbeleuchtung mit Petroleum beschreibt Hecker ausführlich und detailreich die zähe Gründung des Elektrizitätswerks, den Umbau von Gleich- auf Wechselstrom, die Anlagen der Eigenerzeugung und den Fremdbezug, die Energiekrise nach dem Ersten Weltkrieg, die Konkurrenz zum

alternativen Energieträger Gas, den Zusammenschluss von Elektrizitäts- und Wasserwerk und dergleichen einschlägige Themen mehr. Das Gewicht liegt klar auf den ersten fünfzig Jahren, denen Hecker rund zehnmals so viele Seiten einräumt wie der zweiten Jahrhunderthälfte. Die Darstellung gründet auf reichlich verwendeten und, soweit man dies beurteilen kann, sauber zitierten Archivquellen vor allem des Staatsarchivs Marburg, daneben aus dem eigenen Kommunalarchiv und dem Werksarchiv der EGF. Die Archivsignaturen sind nachgewiesen, die Fundstellen umfassend in 658 Endnoten belegt, womit Autor und Herausgeber eine auch wissenschaftliche Nutzung des Buchs ermöglichen. Dessen „Serviceteil“ umfasst ein Abkürzungsverzeichnis, die (stadthistorische) Literaturliste, einen kompakten Materialanhang und eine Zeittafel. Was einzig fehlt, wäre ein Index, wenigstens der Personen. Zahlreiche Schwarzweißabbildungen, allesamt mit sinnvollen Bildunterschriften und den Fundstellen versehen, illustrieren den flüssig lesbaren Text, der auch stromtechnisches Laien verständlich darbringt. Die solide Ausstattung mit Fadenheftung und qualitativem Papier komplettieren den erfreulichen Eindruck. Die genannten Vorzüge sind in Festschriften, selbst in teuer aufgemachten, keineswegs selbstverständlich zu finden! Wer sich zuverlässig über die Stromwirtschaft in Frankenberg informieren möchte, wird mit dieser Festschrift sehr gut bedient.

Martin Burkhardt, Stuttgart-Hohenheim

JÖRG ENGELBRECHT / CLEMENS VON LOOZ-CORSWAREM (Hrsg.), *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit, Düsseldorf: Grupello Verlag 2004 (Veröff. aus dem Stadtarchiv Düsseldorf 10), 376 S., 231 Abb., 24,80 Euro.*

Im Rahmen der Euroga 2002 plus präsentierten zahlreiche deutsche und niederländische Städte und Gemeinden im Großraum mittlerer Niederrhein Projekte, die die Region als Kultur- und Naturraum vorstellen und im Bewusstsein der Bevölkerung verankern sollten. Die Stadt Düsseldorf beteiligte sich mit einer Aktion, in der „sichtbare Zeichen der Vergangenheit“, nämlich Bauwerke, deren Zweckbestimmung, Funktion und Geschichte in der Bevölkerung nicht mehr ohne weiteres bekannt sind, durch Ausstellungen und Veranstaltungen im städtischen Erinnerungsraum wieder präsent gemacht wurden. Düsseldorf wählte dabei das Oberthema Krieg und Frieden, das gut gewählt war, weil hier ein scharfes Spannungsverhältnis besteht zwischen großer Aktualität (durch den Krieg gegen den Terrorismus und den Irak-Krieg) und weit gehender Unkenntnis der Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis nicht allein der Bürgerinnen und Bürger, der historischen Laien, sondern vielfach auch der Geschichtswissenschaft, die sich lange Zeit dem 1945 diskreditierten Thema nicht mehr im gebotenen Umfang zuwenden mochte. Doch dieser Aspekt, die wissenschaftliche Aufarbeitung, stand zunächst im Hintergrund. Denn für ein Euroga-Projekt mussten fünf Gebäude bzw. Bauwerke ausgewählt werden, die öffentliches Interesse wecken konnten. Gleichzeitig sollte es möglich sein, das Oberthema über die Jahrhunderte hinweg zu verfolgen.

Der Bogen wird vom Mittelalter bis nach den Zweiten Weltkrieg geschlagen, indem als Anknüpfungspunkte die Pfalz in Kaiserswerth, die frühneuzeitliche Zitadelle in der

Altstadt, die im Ersten Weltkrieg entstandene Westdeutsche Kieferklinik, das nach diesem entstandene Ulanendenkmal und schließlich die Bunkerkirche in Heerdt (entstanden aus einem Luftschutzbunker des Zweiten Weltkrieges) ausgewählt wurden. Der Erfolg des Projektes ließ den richtigen Gedanken reifen, seine Ergebnisse in dem vorliegenden Buch zu verewigen. Man merkt ihm zwar bisweilen an, dass es nicht einfach ist, eine Konzeption, die auf dreidimensionale Objekte und ihre Verortung im Stadtplan zugeschnitten war, auf ein Buch mit wissenschaftlichem Anspruch zu übertragen. Dennoch ist ein Band herausgekommen, der nicht nur von den Bürgerinnen und Bürgern Düsseldorfs, sondern künftig auch von Stadt- und Militärgeschichtlern mit Gewinn zur Hand genommen werden wird. Ausgewiesene Fachleute erreichen in ihren Beiträgen (oft auf der Basis eigener einschlägiger Arbeiten) zum Teil das Niveau eines militärgeschichtlichen Handbuchs der Stadt Düsseldorf, was der Publikation einen dauerhaften Wert für die Forschung gibt, während andere Neuland beschreiten und damit den Ausgangspunkt für eine weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit den mit „Krieg und Frieden“ in einer Großstadt verknüpften Phänomenen markieren. Einzig der Wiederabdruck eines klassischen kunsthistorisch-archäologischen Beitrages über die Pfalz von Kaiserswerth aus der Feder von Paul Clemen aus dem Jahr 1909 fällt dabei aus dem Rahmen. Hier wäre es angebracht gewesen, einen neuen Bearbeiter der gleichen Thematik zu gewinnen, der die seit 1909 gewonnenen Erkenntnisse hätte präsentieren können. Insgesamt handelt es sich jedoch um einen gelungenen und gut ausgestatteten Band, der mit 24,80 € auch preislich nicht den Rahmen sprengt.

Max Plassmann, Düsseldorf

KIRSTEN BAUMANN / ROLF SACHSSE (Hrsg.), *Moderne Grüße. Fotografierte Architektur auf Ansichtskarten 1919-1939, gesammelt, konzipiert und ausgewählt von Bernd Dicke, Stuttgart: Arnoldsche Verlagsanstalt GmbH, 2004, 216 S., zahl. Abb., 24,80 Euro.*

„Moderne Grüße“ ist der Katalogband einer von der Stiftung Bauhaus Dessau konzipierten Wanderausstellung, die 2004 zuerst im Meisterhaus Schlemmer in Dessau und dann in der Architekturgalerie am Weißenhof in Stuttgart zu sehen war. Anhand von Bildpostkarten mit Architekturmotiven werden Beispiele des „Neuen Bauens“ der 1920er Jahre vorgestellt. Gezeigt werden auch Innenaufnahmen und Nachtansichten von Gebäuden. Rund 180 Bildpostkarten, die aus der Sammlung eines Designers stammen, vermitteln so einen zeitgenössischen Blick auf die Moderne. Alle Postkarten sind in Originalgröße wiedergegeben. Es gibt Abbildungen von Architekturbeispielen aus nahezu dreißig deutschen Städten. Mit zahlreichen Bildern sind natürlich das Bauhaus in Dessau und die Weißenhofsiedlung in Stuttgart vertreten. Die Allgegenwärtigkeit der architektonischen Moderne und ihre visuelle Omnipräsenz lässt heute beim Betrachten der Bilder kaum mehr die einstige Faszination erahnen, die manche Fotografen erfüllt haben mag, als sie ihre Bilder aufgenommen haben. Auch die Moderne altert. Dies machen besonders die überlieferten Postkarten als zeitgenössisches Mittel der Dokumentation deutlich. Deren angegilbtes Aussehen wird in dem Bildband schön reproduziert. Die Moderne ist Schwarz-weiß, sei es moralisch, sei es ästhetisch. Und so setzt sie sich auch am besten ins Bild. Die Architekturfotos werden so zu besseren Graphiken. Nur vier der Karten sind in Farbe abgedruckt. Damit wirken sie wenig spektakulär. Selbstverständlich ist auch die Ikone des architektonischen Anti-Modernismus vertreten: „Die Weißenhofsiedlung als Araberdorf“. Gene-

rationen von Architekten und Architekturhistorikern diene diese böse Fotomontage vom Ende der 1920er Jahre als Mittel der eigenen Selbstvergewisserung. Schlendert man heute an den musealisierten Straßenzügen des Weltkulturerbes in seiner öden Stuttgarter Halbhöhenlage entlang, wäre man geneigt, sich gelegentlich einen urbanen Event von der Vitalität eines orientalischen Bazars zu wünschen.

Die Texte des Buches sind in Deutsch und in englischer Übersetzung abgedruckt. Kurzbiographien der Fotografen sind vorhanden. Aufschlussreich sind die Angaben über deren Wirken in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine kleine nützliche Bibliographie gibt Anregungen zur weiterführenden Lektüre. Einen faszinierenden Lesestoff bietet der Aufsatz von Rolf Sachsse, der die Abbildungen in einen historischen Rahmen zu stellen versucht. Zwischen jedem Komma seines Textes quillt die tiefe Verachtung des Designers und Fotohistorikers vor der Bildpostkarte hervor. Die Faszination vor dem Massenmedium, d.h. natürlich immer auch vor dessen ökonomischem Potential, bei gleichzeitiger ästhetischer Distanzierung vom Geschmack eben dieser Massen, zeichnet ja auch eine ganze Generation aus, die sich traditionell besonders „modern“ dünkt. Der Verf. setzt das Unmoderne der Postkarte gegen die Modernität der damals „wirklich“ modernen Menschen, die für solche antiquierten Späße wie das Schreiben und Sammeln von Postkarten eigentlich wenig übrig gehabt haben müssten, es aber offenbar doch hatten. In wieweit das „Sammeln“ von Postkarten dann auch „modern“ gewesen sein soll, bleibt das Geheimnis des Verf. Der Beitrag ließe sich frei nach dem Motto zusammenfassen: Der moderne Blickwinkel ist nur vom modernen Standpunkt aus wirklich modern... Der Text tut dem Genuss der vorzüglich reproduzierten Abbildungen nun wirklich keinen Abbruch.

Winfried Mönch, Stuttgart

ADELHEID VON SALDERN (Hrsg.), *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2003 (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsfor-schung 1), 418 S., ill., 68.- Euro.

Stadtfeiern als Herrschaftspräsentation, Identitäts- und „stadtsozialistische Vergemeinschaftungsangebote“ sind Gegenstand der Untersuchungen, die Adelheid von Saldern für ihre Arbeitsgruppe (Lu Seegers, Alice von Plato, Elfie Rembold) im Rahmen des von der Volkswagenstiftung geförderten Projekts „Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts“ herausgegeben hat. Der Band versammelt Untersuchungen über Rostock, Magdeburg, Chemnitz, Erfurt, Leipzig und Leinefelde, Städte unterschiedlichen Typs also und unterschiedlicher Bedeutung. Die Auswahl ist zielorientiert getroffen, denn alle Städte (bis auf Leinefelde) waren als Bezirksstädte Zentren ihrer Region und versuchten unter anderem, ihr Profil im Rahmen der auch in der DDR herrschenden Städtekonkurrenz durch Veranstaltungen und Feierlichkeiten zu stärken. Um diese städtetypologischen Ähnlichkeiten aufzubrechen, wäre ein Vergleich mit Dresden als herausgehobene Kunststadt mit starker historischer (Selbst)-Orientierung und Berlin als geteilte und mit Statusproblemen behaftete Hauptstadt der DDR aufschlussreich gewesen. Dennoch bieten die untersuchten Städte vergleichendes und vor allem reichhaltiges Anschauungsmaterial über die Chancen, Hoffnungen und Probleme städtischer Politik. Die Untersuchungen konzentrieren sich dabei auf die 1950er und 1960er Jahre, eine Zeit also, in der die DDR ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele rigide und mit stark utopischer Komponente (Aufbau des Sozialismus, Angleichung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land) durchzusetzen suchte, regionale und stadtspezifische Besonderheiten, im Gegensatz zu den späten 1970er und den 1980er Jahren, dage-

gen eine untergeordnete Rolle spielten. Es ist diese Spannung zwischen Unterordnung und Vereinheitlichung einerseits, Stadtentwicklungspotentialen und ihrer öffentlichen Präsenz andererseits, die den Reiz des Bandes ausmacht. Die Feierlichkeiten und Veranstaltungen des Jubiläumsjahrs der Leipziger Messe 1965, bei der städtische, staatliche und der Wirtschaft verbundene Akteure den Charakter der Veranstaltungen aushandelten, ist dafür ein besonderes Beispiel. Jubiläumsmesse und Stadtjubiläum fanden als zwei getrennte Veranstaltungen mit unterschiedlicher Scherpunktsetzung statt. Während die Jubiläumsmesse die Bedeutung der DDR im Welthandel in den Vordergrund stellte und für die örtliche Bevölkerung ein „historischer Markt“ veranstaltet wurde, galt das Stadtjubiläum der Präsentation der Fortschritte der DDR-Zeit („20 Jahre sind mehr als 780“). Signifikant für die DDR insgesamt ist die Einbeziehung der Bevölkerung in die Ereignisse. Sollte sie einerseits durch eine verbesserte Versorgung mit Mangelwaren in gute Stimmung versetzt werden, wurden ihr andererseits vermehrte Produktions- und Aufbauleistungen abgefordert, die als Geschenk an Stadt und Staat deklariert und in Form eines „Gratulationscourts“ präsentiert wurden. Diese Form der „Masseninitiative“ als Kampagne und ihre Präsentation als Geschenk symbolisiert eine Einigkeit und Gemeinsamkeit, die in ihrer Vielschichtigkeit von Einverständnis und Zwang noch genauer zu untersuchen wäre; erste Hinweise auf Marcel Maus' Theorie des Gabentauschs lassen die Dimensionen des Themas lediglich erahnen.

Das Leipziger Muster findet sich dementsprechend auch in anderen Städten, wobei vor allem für Rostock, Magdeburg und Erfurt die langfristige Wirkung prägender Veranstaltungen vergleichend untersucht wird. Während die Rostocker Ostseewoche das Prestige der Stadt nachhaltig verbesserte, war die Wirkung der Magdeburger Kulturfesttage

begrenzt. Die dauerhafte Ansiedlung der Internationalen Gartenbauausstellung in Erfurt hatte im Gegensatz zu den ursprünglich international ausgerichteten Intentionen vor allem eine positive Binnenwirkung. In völlig andere Verhältnisse führt die Untersuchung der Stadt Leinefelde ein, die 1969 Stadtrecht erhielt. Hier, in der „tiefsten Provinz“ der DDR, kam es zu einer Auseinandersetzung über den Charakter des Ortes als historisches Gemeinwesen mit katholischer Bevölkerung, der durch die Industrialisierungspolitik der DDR „modern“ überformt wurde. Diese Auseinandersetzung machte sich auch begrifflich bemerkbar, indem um die Bezeichnung „sozialistische Stadt“ (ein Ehrentitel, den zuerst Eisenhüttenstadt erhalten hatte) oder „Stadt im Sozialismus“ gerungen wurde. Letztere Bezeichnung setzte sich schließlich durch und charakterisiert deutlich die massiven sozialstrukturellen Veränderungen, denen die Städte durch die Industrieansiedlungspolitik der DDR durchlaufen konnten. Leinefelde könnte sich damit als eine Art Muster für die Entwicklung kleiner und mittlerer Städte herausstellen.

Die Städte in der DDR waren in den vergangenen Jahren Gegenstand intensiver Forschung, die sich in der Auswahlbibliographie dieses Bandes, den von Holger Barth herausgegebenen Tagungsbänden des IRS in Erkner, aber auch in den laufenden Bibliographien der Zeitschrift „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ spiegelt. Schwerpunkt des Forschungsinteresses war die Architektur- und Stadtplanungsgeschichte. Der Band von Salderns geht in diesem Kontext neue Wege, indem er die Akteure und ihre Interessen vor dem Hintergrund der DDR-Entwicklung ins Spiel bringt und damit der These von der Entmachtung und Entdifferenzierung der Städte ein nuanciertes Bild entgegensetzt.

Andreas Ludwig, Berlin / Eisenhüttenstadt

ANNOTATIONEN

DIETER GRIESBACH-MAISANT, *Kreis Bergstraße I. Die Städte Bensheim, Heppenheim und Zwingenburg*, hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Stuttgart: Theiss 2004 (*Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Kulturdenkmale in Hessen*), 896 S., zahl. Abb., 74,90 Euro.

In bewährter Manier werden alle Kulturdenkmäler der Städte in Wort, Bild und Karte vorgestellt.

ALBRECHT GÜHRING (Hrsg.), *Zuffenhausen. Dorf, Stadt, Stadtbezirk*, Stuttgart-Zuffenhausen: Verein zur Förderung der Heimat- und Partnerschaftspflege sowie der Jugend- und Altenhilfe e. V. 2004, 606 S., zahlr. Abb., 29 Euro.

Zuffenhausen ist heute ein Stuttgarter Stadtteil, der außerhalb vor allem als Standort der Automobilfabrik Porsche bekannt ist. Dem Stil eines Heimatbuches entsprechend reicht die behandelte Zeit bis in geologische Zeiträume zurück. Die erste urkundliche Erwähnung des Ortes ist für 1204 belegt. Zahlreiche Fachleute schildern die 800jährige Geschichte Zuffenhausens, ohne dass bestimmte Epochen unverhältnismäßig herausgehoben oder vernachlässigt würden. Es ist immer wieder erstaunlich, was für umfangreiche und fundierte Arbeiten für die Vororte von Stuttgart geschaffen werden. Ähnlich Werke würde man sich auch für die Innenstadt, d. h. für Stuttgart selbst, wünschen. Das Buch ist u. a. über das Bezirksrathaus Zuffenhausen zu beziehen.

ANDREA LIEBERS, *Spuk in Heidelberg. Mit Bildern von Julia Ginsbach*. Heidelberg: Astaria Verl., 4. überarb. Aufl., 2004 (*Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, Sonderveröffentlichung 3*), 158 S., ill., 17,90 Euro.

Neuaufgabe eines Buches, das Kindern auf unterhaltsame Weise mit der Heidelberger Stadtgeschichte vertraut machen soll. Neu ist ein Anhang, der die geschichtlichen Hintergründe der erwähnten Personen und Begebenheiten erläutert.

PETER OTTMANN / CHRISTOPH KELLER (Hrsg.), *Hasenberg. Kunst, Architektur, Bauhütte*, Frankfurt a. M.: Revolver, Archiv für aktuelle Kunst 2004, 264 S., zahlr. Abb., 29.- Euro.

Kunst und Stadterneuerung in einem stigmatisierten Wohnquartier im Münchner Norden.

REINHOLD SCHNEIDER / MARTINA WEISSENMAYER, *Stadt Wetzlar*, hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Stuttgart: Theiss 2004 (*Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Kulturdenkmale in Hessen*), 484 S., zahl. Abb., 49.- Euro.

Die frühere Reichsstadt, die im 18. Jahrhundert Sitz des Reichskammergerichtes war, ist heute Kreisstadt des Lahn-Dill-Kreises.



31. Jahrgang · 2004

Franz Steiner Verlag

Vierteljahresschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst

Die alte Stadt

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr. AUGUST GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED MÖNCH (Besprechungen).

Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches Institut – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbereich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Universität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen – Dr. HELMUT HERBST, Galerie der Stadt Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut – Prof. Dr. RAINER JOOSS, PH Schwäbisch Gmünd, Historisches Seminar – Prof. Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung – VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof. Dr. DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Institut.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungs-

exemplare werden an die Redaktionsadresse erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N., Tel.: (0711) 3512 3242, Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglie-
derschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeits-
gemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 76,- Einzelheft EUR 19,-,
jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für
Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen
Studienbescheinigung EUR 57,- zzgl. Versandkosten.
Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet

bestellt, zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündi-
gungen des Abonnements können nur zum Ablauf
eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15.
November des laufenden Jahres beim Verlag
eingegangen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH,
Sitz Stuttgart
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach
101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de

Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne
Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen
Publikationen veröffentlicht werden. Mit der
Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor
dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die
Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlos-
sen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung
elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in
Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfälti-
gung und Verbreitung online und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser Zeit-
schrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert
oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache
übertragen werden.

Druck: Printservice Decker & Bokor, München

© 2004 Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



Inhaltsverzeichnis

Themenheft

Stadt am Fluss – Stadt am Wasser, hrsg. von AUGUST GEBESSLER 239ff.

Abhandlungen

HARALD BODENSCHATZ, Die Charta von Athen. Fragen an eine Legende	83
DIETRICH DENECKE, Quartiere, Viertel, Nachbarschaften. Zur historisch-geographischen, tourismusorientierten Interpretation des innerstädtischen Gefüges	104
HARTMUT FISCHER, Denkmalzone Mainzer Rheinufer. Nutzungswandel und Zielvorstellungen	259
HANS FRIESEN, Die Zukunft der Stadt in der Medienkultur	199
AUGUST GEBESSLER, Editorial	239
KLAUS GREWE, Die Eifelwasserleitung nach Köln. Vom römischen Aquädukt zum Steinbruch für romanische Bauten	247
HARTMUT HÄUSSERMANN, Segregation durch Partizipation. Postfordistische Stadterneuerung und ihre Folgen	1
MARION HILLIGES, Entfestigung. Planungskonzepte zur Urbanisierung der „Leere“ im 18. Jahrhundert	161
SIEGFRIED HOCHÉ, Brückenschläge in Görlitz. Der Fluss als territoriale Schranke	273
ERNST-RAINER HÖNES, Historische Kulturlandschaft und Recht	117
OLIVER KAISER / ISO HIMMELSBACH, Projekt „StadtGewässer“. Bewertung und Entwicklung urbaner Fließgewässer unter Berücksichtigung soziokultureller und städtebaulicher Aspekte	297
ROBERT KALTENBRUNNER, Habitat – ein retroaktives Manifest. Das Wohnen zwischen kulturspezifischen Mustern und cartesianischer Rationalität	182
WERNER KONOLD, Wasser als Lebensgrundlage der Stadt	282
KATHARINA MANDERSCHIED, Städtische Vielfalt im Quartier als milieuspezifische Vorstellung vom „guten Wohnen“?	38
JÖRG SCHLAICH, Brückenbau und Baukultur	241
CHRISTINA SIMON-PHILIPP, Herausforderungen für die Stadterneuerung in Baden-Württemberg	22
ANDREAS THIERER, Das historische Stadtzentrum von Barquisimeto (Venezuela). Wandel in Physiognomie, Funktion und Wahrnehmung	90

Forum

CARSTEN BENKE, „Geschichte des öffentlichen Raums“. Ein Tagungsbericht	63
AUGUST GEBEßLER, Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Nur noch ein Nachruf?	58
CHRISTINA GRÄWE, Porträt: Liane Zimble (1892-1987)	139
WILHELM RIBHEGGE, Historisches Umdenken. Über die Zwangsarbeit in Westfalen 1939-1945	146

Reihe „Stadtentwicklung zum Beispiel“

BURKHARD HOFMEISTER, Bad Reichenhall. Eine stadtgeographische Skizze der Salinen- und Kurstadt	210
---	-----

Autoren

.....	67, 151, 229, 316
-------	-------------------

Besprechungen

RICHARD BAUER, Geschichte Münchens (<i>Wilhelm Ribbhegge</i>)	317
KIRSTEN BAUMANN / ROLF SACHSSE, Moderne Grüße. Fotografierte Architektur auf Ansichtskarten 1919-1939 (<i>Winfried Mönch</i>)	327
LUDWIG BRAKE / EVA-MARIA FELSCHOW, 50 Jahre Kriegsende. Stadt und Universität Gießen im Wiederaufbau 1945 – 1960 (<i>Max Plassmann</i>)	157
PETER BURG, Saarbrücken 1789 – 1860. Von der Residenzstadt zum Industriezentrum (<i>Dietrich Denecke</i>)	152
HERMANN BURGHARD / THOMAS DUPKE / MONIKA FEHSE, Essen. Geschichte einer Stadt (<i>Dietrich Denecke</i>)	234
CARLA CAMILLERI u.a., Die Schärfung des Blicks, Joseph Petzval, das Licht, die Stadt und die Photographie (<i>Winfried Mönch</i>)	237
CHRISTOPH CORNELISSEN / STEFAN FISCH / ANNETTE MAAS, Grenzstadt Straßburg (<i>Daniel Kirn</i>)	324
JOHANN DORNER, Herzogin Hedwig und ihr Hofstaat. Das Alltagsleben auf der Burg Burghausen (<i>Michael Kaiser</i>)	319
JOACHIM EIBACH, Frankfurter Verhöre. Städtische Lebenswelten und Kriminalität im 18. Jahrhundert (<i>Michael Kaiser</i>)	322
EVAMARIA ENGEL u.a., Städtebuch Brandenburg und Berlin (<i>Gudrun Wittek</i>)	231

JÖRG ENGELBRECHT / CLEMENS VON LOOZ-CORSWAREM, Krieg und Frieden in Düsseldorf (<i>Max Plassmann</i>)	326
BENEDIKT GOEBEL, Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum (<i>Thomas Wolfes</i>)	153
HORST HECKER, 100 Jahre Strom in Frankenberg (<i>Martin Burkhardt</i>)	325
RAIMUND HUG-BIEGELMANN u.a., Friedrichshafen im Luftkrieg 1939-1945 (<i>Winfried Mönch</i>)	236
MATHIAS KÄLBLE, Zwischen Herrschaft und bürgerlicher Freiheit. Städtische Führungsgruppen in Freiburg im 12. und 13. Jahrhundert (<i>Daniel Kirn</i>)	230
UWE KÜHL, Der Munizipalsozialismus in Europa (<i>Clemens Zimmermann</i>)	155
UWE MÜLLER, Wissenschaft und Buch in der frühen Neuzeit (<i>Kai Torsten Kanz</i>) ..	68
HARUKI MURAKAMI, Untergrundkrieg. Der Anschlag von Tokyo (<i>Mario Michel</i>) ...	74
ANDREAS NUTZ / GUSTAV WALZER, Die Bürgerbücher der Stadt Villingen (<i>Daniel Kirn</i>)	231
ROLAND OSTERTAG, Das Bosch-Areal (<i>Winfried Mönch</i>)	158
PETRA RALLE, Konsequenz Abriss. Das (un)vermeidbare Ende des Kaufhauses Schocken in Stuttgart (<i>Winfried Mönch</i>)	72
BARBARA ROMMÉ, Das Königreich der Täufer (<i>Daniel Kirn</i>)	320
RALF ROTH / MARIE-NOELLE POLINO, The City and the Railway in Europe (<i>Clemens Zimmermann</i>)	69
ADELHEID VON SALDERN (Hrsg.), Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsen- tationen in DDR-Städten Größe. Fotografierte Architektur auf Ansichtskarten 1919-1939 (<i>Andreas Ludwig</i>)	328
STEFANIE SCHÄFERS, Vom Werkbund zum Vierjahresplan. Die Ausstellung „Schaffendes Volk“ 1937 (<i>Clemens Zimmermann</i>)	156
MARTIN SCHIEBER, Nürnberg. Eine illustrierte Geschichte der Stadt (<i>Wilhelm Ribbhegge</i>)	317
MARCUS SCHÜLLER, Wiederaufbau und Aufstieg der Kölner Messe 1946-1956 (<i>Helmut Vogt</i>)	73
WERNER ZAPOTETZKY, Karlstadt im Dreißigjährigen Krieg (<i>Max Plassmann</i>)	321
THOMAS ZELLER, Straße, Bahn, Panorama. Verkehrswege und Landschafts- veränderungen in Deutschland (<i>Michael Hascher</i>)	70
Eingegangene Literatur 2003	76

Annotationen

..... 238, 330

